

Informationen für Energieverbraucher



energiepreise-
runter.de

energiepreise-runter.de

**Erfolgreicher Protest
gegen Preiserhöhungen**

Sparsame Duschköpfe

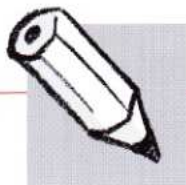
340 Euro sparen pro Person

Flüssiggas

Verbraucher siegen vor Gericht

Demokratie in Gefahr?

**Der lange Arm
der Energiewirtschaft**



Liebe Leserinnen und Leser,

Mut, Hoffnung, Verzweiflung und Erkenntnis liegen in diesem Heft sehr dicht beisammen.

Mut macht unser Erfolg beim Kampf gegen Preiserhöhungen (Seite 8). Der Erfolg gibt uns in vielerlei Hinsicht Recht: auf juristischer Ebene durch bestätigende Gutachten und Gerichtsbeschlüsse, auf menschlicher Ebene durch die vielen Menschen, die sich in Bewegung setzen und sich zu wehren beginnen in ihrem eigenen Interesse. Einen großartigen Erfolg konnte auch unser Verein verbuchen, der die 8.000-Mitglieder-Marke nun endlich überschritten hat. Die Stimmung im Land hat sich geändert: Energieverbraucher erlangen ein neues Selbstbewusstsein, erstarken. Und ihre Interessen werden öffentlich immer stärker wahrgenommen.

Hoffnung macht die hervorragende öffentliche Resonanz des Verbraucherprotestes. Hoffnung darauf, dass mit den stillschweigenden Mausehelein in Ministerien und Parlamenten nun bald Schluss sein wird.

Auch viele hunderttausend Bezieher von Flüssiggas können hoffen. Denn durch zahlreiche Gerichtsverfahren hat der Bund der Energieverbraucher Klarheit zugunsten der Verbraucher geschaffen (Seite 28).

Der Verbraucherprotest hatte auch politische Folgen. Der Bundesrat hat das Energiewirtschaftsgesetz nicht stillschweigend verabschiedet, sondern die Einseitigkeit zugunsten der Energiewirtschaft lautstark bemängelt. Wer jetzt gedacht hat, der Bundestag würde sich nun um eine sachgerechte Lösung bemühen, der sieht sich bisher enttäuscht (Seite 14). Die Diskussion dreht sich weniger um die Senkung der Preise und die Öffnung der Strom- oder Gasmärkte und die Netz-

sicherheit und darum, wer dafür verantwortlich ist. Sondern es geht vorwiegend darum, zusätzliche Sonderwünsche von Stromwirtschaft und stromintensiver Industrie zu erfüllen. Als ob es von diesen Bonbons in den vergangenen Jahrzehnten nicht genug gegeben hätte! Preissenkung, Verbraucherrechte und Versorgungssicherheit sind hingegen kaum ein Thema. Finden Sie das nicht auch merkwürdig?

Damit sind wir bei der Verzweiflung, die sich beim Lesen des Beitrags von Matthias Corbach (Seite 30) breit macht, denn er analysiert die Verflechtung von Energie und Staat. Eine mögliche Gefährdung unserer Demokratie, von Corbach nur theoretisch angesprochen, wird im Bundestag plötzlich zur tagespolitischen Realität, zum Alltag (Seite 14).

Für wie dumm lässt sich die Öffentlichkeit denn nun eigentlich verkaufen? Wer beschließt eigentlich im Bundestag? Von wem wird der Bundeskanzler bezahlt? Und für welche Leistungen?

Hier laufen nun die heißen Fäden dieses Heftes zusammen, liebe Leser. Das Volk leistet sich Parlamente und Beamte und Regierung und bezahlt sie mit sauerverdienten Steuergeldern. Haben diese Amtsträger dann nicht die Pflicht, für das Volk, für die Verbraucher zu entscheiden? Wenn die Abgeordneten und Minister Politik so vollkommen offenkundig nicht für die Verbraucher, sondern für die Energiewirtschaft machen, obwohl dies nun wirklich nur diesen Leuten nutzt, dann ist etwas ganz und gar grundverkehrt. Dann wünscht man sich, dass der Volkszorn die korrupten Amtsträger hinwegfegt.

Dieses Heft will Sie aber nicht aller Illusionen berauben, sondern mit Hoffnung und Wissen erfüllen. Und Ihnen geld-



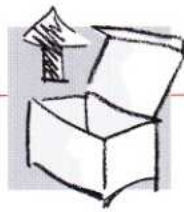
werte Tipps bringen. Das fängt schon morgens früh im Bad an: Wenn Sie täglich zehn Minuten duschen, kostet Sie dieser Spaß über 800 Euro jährlich, wenn Ihr Wasser elektrisch erwärmt wird. Durch einen sparsamen Duschkopf könnten Sie bis zu 340 Euro sparen (Seite 25). Selbst wenn Sie Ihr Wasser durch Öl oder Gas weit preiswerter erwärmen, sparen Sie immer noch 200 Euro. Bei einer mehrköpfigen Familie ist das mit der Personenanzahl zu multiplizieren. Nachdenken und Energiedepesche lesen wird also auch diesmal wieder königlich belohnt!

Und bitte vergessen Sie nie: Wer die überhöhten Gaspreise zahlt, bestraft sich selbst!

Viel Spaß wie immer beim Lesen und Nachdenken

Ihr

Aribert Peden



Nr 1 März 2005

www.energiedepesche.de

19. Jahrgang



Seite 8: Erfolgreich – Bundesweiter Protest gegen überhöhte Preise



Seite 25: Der Putzeimer test



Seite 36: Sparen oder Untergehen?

Editorial	2
Aktuelles	4
Bürgerprotest erfolgreich: Preiserhöhungen am Pranger	8
Energielegenden aus 1001 Nacht	12
Energiewirtschaftsgesetz	14
Leserforum	16
Strom aktuell	18
Hochkonjunktur für E-Fit	20
Gas aktuell: Langfristige Bezugsverträge	22
Gas aktuell: Falsche Gasabrechnungen	23
Fenster schließt automatisch	24
Dusch-Spaß mit halb so viel Naß	25
Erneuerbare aktuell	26
Flüssiggas: Preisanpassungsklauseln nichtig	28
Der lange Arm der Energiewirtschaft	30
Recht und Unrecht: Strom- und Gassperren	33
Emissionshandel	34
Sparen oder Untergehen?	36
Aktuelle Klimadaten	37
Impressum	37
Nachhilfe-Set für Kommunen	38
Intern	40
Service	41
Vor-Ort-Energieberater	42
Staatliche Fördergelder	43
Literatur und Veranstaltungen	43



25 Prozent sparen

Sprit-Spar-Schule

In ganz Europa gibt es zahlreiche Initiativen, um Autofahrer zum energiesparenden Fahren zu erziehen (www.eco-drive.com, Deutschland: www.neuer-fahren.de). Für Fahrschulen ergeben sich interessante Möglichkeiten für zusätzliche Kurse. Österreich ermittelte in Wettkämpfen den besten Spritsparer (www.spritspar.at). In einem Auto mit Normverbrauch von sechs Litern pro 100 Kilometer verbrauchte der Sieger nur 3,76 Liter.

Weitere Kurzmeldungen unter STROM aktuell auf Seite 18, GAS aktuell auf Seite 22 und SOLAR aktuell auf Seite 26

Geduld angesagt

Honda lässt auf sich warten

Das Klein-Blockheizkraftwerk von Honda bleibt hierzulande vorerst ein Traum. In Japan ist die Wundermaschine seit April 2003 am Markt. Monatlich installieren die dortigen Gasversorger etwa tausend Stück. Derzeit prüft

Honda noch, ob das Gerät auch in Deutschland einsatzfähig ist. Praktische Feldtests stehen noch bevor. Erst danach will das Unternehmen entscheiden, ob das Gerät auch hierzulande auf den Markt kommt. Das könnte in frühestens zwei Jahren der Fall sein.

Förderung

Hybrid-Technologie

Das Bundesforschungsministerium fördert die Hybrid-Technologie als Fahrzeug-Antrieb, bei dem das Fahrzeug neben einem Verbrennungsmotor auch einen Elektromotor hat.

Die nächste Generation der Hybridfahrzeuge wird ihre größeren Batterien vor allem nachts an der Steckdose aufladen. Diese Energie reicht für mittlere Strecken aus – zugleich ist der Akku leicht genug, um das Fahrzeug nicht unnötig schwer zu machen. Da Experten mit deutlich steigenden Spritkosten rechnen, haben Fahrer künftig ein großes Interesse, möglichst viel mit Strom und möglichst wenig mit Benzin und Diesel zu fahren.

Der Elektromotor hat einen deutlich besseren Wirkungsgrad als Verbrennungsmotoren. Für die Energie, mit der Hybridfahrzeuge mit Netzanschluss fahren, werden folglich deutlich weniger Treibhausgase ausgestoßen als bei heutigen Fahrzeugen. Sie werden im Stadtbereich wesentlich leiser und schadstoffärmer sein.

Denkbar ist auch, dass die Hybrid-PKW's ihre Batterien als Speicher für fluktuierende Energien wie Wind- und Solarstrom zur Verfügung stellen.

Vergütung

Mehr Geld für Strom aus Pflanzenöl

Für Strom aus Pflanzenöl gibt es jetzt erheblich mehr Geld: je nach Größe und Technologie der Anlage bis zu 21,5 Cent pro Kilowattstunde.

Die Vergütung erfolgt nicht nach dem KWK-Gesetz für fossile Brennstoffe, sondern nach dem neuen EEG, das seit dem 1. August 2004 in Kraft ist.

Für Anlagen bis 150 Kilowatt (genau genommen für die ersten 150 Kilowatt x 8.760 Stunden = 1.314.000 Kilowattstunden des Jahres jeder EEG-Anlage) gibt es danach 11,5 Cent pro Kilowattstunde Einspeisevergütung für den Strom.

Hinzu kommen sechs Cent pro Kilowattstunde Zuschlag für nachwachsende Rohstoffe, ferner bei Wärmenutzung für den KWK-Stromanteil (also der Strom, dem auch tatsächlich genutzte Wärme gegenübersteht) nochmals zwei Cent pro Kilowattstunde und bei Einsatz bestimmter innovativer KWK-Technologien wie Stirlingmotor, Brennstoffzelle,

Ort-Prozess oder Gasturbine erhöht sich der Betrag um ein Innovationsbonus von nochmals zwei Cent.

Wird Strom dagegen aus Heizöl oder Gas in kleinen BHKW erzeugt, beträgt die Vergütung 5,11 Cent pro Kilowattstunde nach KWK-Gesetz zuzüglich des „üblichen Erzeugungspreises“, derzeit circa drei Cent pro Kilowattstunde, plus vermiedener Netznutzungsentgelte von nochmals etwa 0,2 bis 0,5 Cent pro Kilowattstunde.

Wird Strom aus kalt gepresstem Frittenöl erzeugt, ist das ein Grenzfall zwischen Strom aus Pflanzenöl mit der hohen Vergütung nach EEG wie oben und Abfallverwertung mit Vergütung nach KWK-Gesetz wie oben dargestellt.

Deutsche Bank

Verknappungsschock mit Preiskrise

Die Deutsche Bank Research warnt in einem Bericht „Energieperspektiven nach dem Ölzeitalter“ vor Preissprüngen beim Öl:

„Dass die realen Ölpreise bisher noch nicht wieder die alten Höchststände erreicht haben, ist nur ein schwacher Trost. Der längerfristige Preistrend ist aufwärts gerichtet.“

Seit Monaten korrigieren namhafte Ölkonzerne und Produzentenländer ihre Reserve-schätzungen nach unten. Dies deutet auf geringere Reichweiten hin als bisher von vielen Experten angenommen. Dadurch steigt die Unsicherheit bezüglich der längerfristigen Versorgung und damit der Preise.“

Laut den Experten mehren sich die Zeichen dafür, dass

Das sparsamste Benzinauto am Markt: Toyota Prius (78 PS)



bereits sehr viel früher als bisher erwartet mit einer physischen Verknappung bei Erdöl gerechnet werden muss.

Im Extremfall könnte das sich abzeichnende Öffnen der Angebots-/ Nachfrageschere zu einem Verknappungsschock mit Preiskrise führen mit entsprechenden Folgen für die Entwicklung der Weltwirtschaft.

„Deshalb ist das Szenario vom Ende der fossilen Kohlenwasserstoffe kein Horrorgemälde pessimistischer Weltuntergangspropheten, sondern eine in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ernst zu nehmende Verknappungsperspektive“, heißt es in dem Bericht. Vorausschauende Politiker, Unternehmenslenker und Ökonomen sollten sich frühzeitig auf diese Zeit vorbereiten, um die Übergänge möglichst effektiv gestalten zu können.

Royal Dutch Shell

18,5 Milliarden Gewinn

Die Royal Dutch Shell hat ihren Nettogewinn im Jahr 2004 auf 18,5 Milliarden US-Dollar gesteigert. Im Vorjahr lag der Gewinn noch bei 12,5 Milliarden US-Dollar. Das Unternehmen profitierte nach Angaben von Vorstandschef Jeroen van der Veer unter anderem von hohen Ölpreisen.

Deutscher Naturschutzring

Konzept für neue Energiepolitik

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Dachverband deutscher Umweltverbände hat ein Konzept für eine neue Energiepolitik erarbeitet. „Die

Energiefrage ist der Mittelpunkt allen Lebens und muss von der Frage des Wirtschaftswachstums entkoppelt werden. Deshalb braucht Deutschland auch ein Gesamt-Energiekonzept für die Zukunft, das nicht an kleinkariertem Ressortstreit oder an den Einflüssen der Machtspiele von Kapital- und Wirtschaftsinteressen scheitern darf“, verlangte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Zukunftsfähige Energiepolitik müsse beim Energiesparen und der Energieeffizienz – Beispiel Wärmedämmung und Bausanierung – ansetzen und dürfe sich nicht um noch so unpopuläre Instrumente wie die Fortsetzung der Ökosteuern im Kraftverkehrsbereich herumdrücken.

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen spricht sich ferner für eine Weiterentwicklung der Ökosteuern und eine Besteuerung von Flugbenzin

aus. Kohle und Kernbrennstoffe müssten ebenfalls vom Fiskus höher belastet werden.

Die CO₂-Emissionen müssten sich an einer 40-prozentigen Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 orientieren. Überfällig sei ein Kurswechsel bei der Energieforschung. Die bisher bei der Energieforschung auf den nuklearen Bereich entfallenden 70 Prozent der Budgetmittel des Bundes müssten zukünftig für Energieeinsparung und erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.

Eine große Herausforderung besteht laut Röscheisen darin, den veralteten Kraftwerksbau in Deutschland weitestgehend durch dezentrale, vorwiegend erdgasbefeuerte KWK-Anlagen zu ersetzen. So sei der bisherige Anteil der KWK an der Stromerzeugung von elf Prozent bis 2010 zu verdoppeln. Auf weitere Steinkohle-Großkraftwerke sollte

man dagegen verzichten. Im rheinischen Braunkohlerevier bestehe dagegen noch ein begrenzter Erneuerungsbedarf.

Finnland

Stoiber subventioniert Reaktor

Atomenergie ist nach Jahrzehnten immer noch ein Fass ohne Boden. Dies beweisen die Subventionen, mit denen ein neuer Atomreaktor in Finnland ermöglicht werden soll. Die Subventionen sind nicht nur ein Mittelmissbrauch, sondern benachteiligen auch die Erneuerbaren Energien.

Umso wichtiger ist, dass die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien (EREF) gegen diese Wettbewerbsverzerrung vorgeht. Gemeinsam

Primärenergieverbrauch der Verkehrsträger

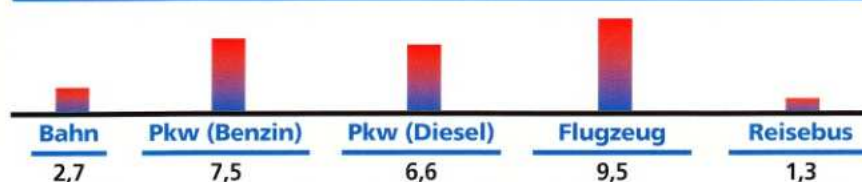
Güterverkehr in Liter Diesel je 100 Tonnenkilometer



Personennahverkehr in Liter je 100 Personenkilometer



Personenfernverkehr in Liter je 100 Personenkilometer



Bildunterschrift

Quelle: DB AG, Eco TransT, UmweltMobilCheck (ifu Heidelberg)



mit der Rechtsanwaltskanzlei Kuhbier legt sie daher bei der EU-Kommission Beschwerde ein. Aus deutscher Sicht ist vor allem problematisch, dass sich die Bayerische Landesbank mit Kreditkonditionen in das Projekt mit einem Kreditvolumen von rund zwei Milliarden Euro einbringt. Von einem Zinssatz von 2,6 Prozent können deutsche Mittelständler nur träumen. Letztlich führt das EU-rechtswidrige Vorgehen der bayerischen Staatsregierung dazu, dass der deutsche Steuerzahler einen finnischen Atomreaktor subventioniert. Dies muss mit allen legalen Mitteln verhindert werden!

WWF

Schelte für Energieversorger

Weltweit ist die Strombranche nicht gewappnet, dem Klimawandel konsequent entgegen zu treten, so lautet das Fazit der Umweltschutzorganisation WWF in seinem internationalen Klimaschutzranking für Energieversorger.

Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit Firmen durch eine nachhaltige Investitionspolitik mit dem Einsatz alternativer Energiequellen und hoch effizienter Gaskraftwerke ihren Ausstoß von Treibhausgasen verringern. 90 Prozent der Unternehmen bekamen weniger als drei von zehn möglichen Punkten.

Der WWF untersuchte insgesamt 72 Energieversorger aus den OECD-Ländern und Russland. Sie produzieren gemeinsam 65 Prozent des in diesen Ländern verbrauchten Stroms. Die deutschen Konzerne RWE und E.ON erreichen mit 1,3 beziehungsweise 0,6 Punkten die Plätze 20 und 41. Die CO₂-Emissionen aus der Stromerzeugung stiegen in Deutschland von 2002 bis 2003 um rund acht Millionen Tonnen und seit 2000 um über 20 Millionen Tonnen. Mit 4,3 Punkten lag die spanische Iberola auf Platz eins. Besonders schlecht schneiden die US-Unternehmen ab: 24 Prozent erzielten nicht einmal einen Punkt. Der WWF fordert ein schnellstmögliches

Umschalten auf saubere Energien. Die Branche sei derzeit vor allem durch Kohlekraftwerke für 35 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Uranpreis

Steigt und steigt

Zeitgleich mit dem Ölpreis ist in den vergangenen Monaten auch der Preis für Uran an den Weltmärkten in die Höhe geschossen. Noch Ende 2000 war Uran für gut sieben Dollar pro Imperial Pound (453,6 Gramm) zu bekommen. In diesen Wochen wurde nach einem rasanten Anstieg seit Jahresbeginn erstmals die 20-Dollar-Marke überschritten. Zwar schlägt bei Atomkraftwerken ein steigender Rohstoffpreis weniger stark auf die Kosten einer Kilowattstunde Strom, als dies bei fossil befeuerten Kraftwerken der Fall ist. Doch unabhängig davon macht die Preisentwicklung am Uranmarkt gerade sehr deutlich, dass auch der Rohstoff der Atomwirtschaft

nicht unbegrenzt zur Verfügung steht.

Weltweit werden derzeit pro Jahr 172 Millionen Pfund Uran verbraucht – aber zugleich nur 92 Millionen Pfund gefördert. Die Atomwirtschaft lebt derzeit von Lagerbeständen aus jahrelanger Überproduktion der Uranminen.

Der Analyst Rupert Stöger von der Performaxx Research zitiert Branchenexperten, die „langfristig ein Preisniveau von 100 Dollar erwarten“. Das Ende der Vorräte ist schließlich kaum ferner als beim Öl: Bleibt es bei rund 440 arbeitenden Atomkraftwerken weltweit, werden die heute bekannten Reserven gerade noch 50 bis 70 Jahre reichen.

Energieausweis

Klares „Pro“ im Bundestag

Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion hat sich der Bundestag mit Energieausweisen befasst. Alle Fraktionen befürworten den Pass! Unterschiedliche Standpunkte gibt es vor allem zur Frage, ob alle Gebäude nach dem rechnerischen Energiebedarf bewertet werden sollen oder ob etwa bei großen Immobilien auch der witterungsbereinigte Verbrauch eine Grundlage zur Bewertung sein darf.

Ökosteuer

Entlastung für Industrie

Die Ökosteuer entlastete die meisten Produktionsbereiche. Ohne deren Zuschüsse läge der Beitragssatz zur Rentenversicherung heute nicht bei 19,5 Prozent, sondern bei 21,2 Prozent, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsfor-



Die weltweiten Uranvorräte sind begrenzt, die Preise steigen.



Die Bürger von Krumbach in Vorarlberg fahren kostenlos mit dem Bus.

schung (DIW).

Von 1999 bis 2002 wurden per saldo noch alle Unternehmen durch die Ökosteuern entlastet. Neben den Dienstleistungen gehörte das Verarbeitende Gewerbe 2002 mit einer Nettoentlastung von rund 500 Millionen Euro zu den größten Gewinnern.

Weil sich 2003 die Steuerermäßigungen verringerten und die Steuermehreinnahmen in den Haushalt flossen, statt die Arbeitgeber bei den Rentenversicherungsbeiträgen zu entlasten, wurden die Unternehmen insgesamt netto leicht belastet. Nettozahler waren Landwirtschaft und der Verkehrssektor. Alle anderen Produktionsbereiche wurden netto weiter entlastet. Generell bevorzugt die Ökosteuern personalintensive Betriebe und Unternehmen, die energieeffiziente Produkte anbieten.

Kyoto

Nun in Kraft

Mit der Übergabe der russischen Ratifizierungsurkunde für das Kyoto-Protokoll an UN-Generalsekretär Kofi Annan trat das internationale Dokument zum Klimaschutz am

16. Februar dieses Jahres in Kraft. Als mittelfristiges Ziel für die Bundesrepublik gilt eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent, wenn die EU sich auf ein Minderungsziel von 30 Prozent verständigt.

Krumbach

Gratis Busfahren

Mit dem Bus kostenfrei zum Einkaufen, zum Arzt, in die Kirche, zum Postamt oder einfach Freunde besuchen:

Seit dem 1. Januar 2005 ist das für alle Krumbacherinnen und Krumbacher in Vorarlberg Realität. Zunächst befristet auf ein Jahr soll die Aktion motivieren, das Auto für kurze Strecken zu Hause stehen zu lassen.

Rund die Hälfte des Individualverkehrs in Städten und Gemeinden ist hausgemacht. „Wenn es uns gelingt, nur ein Stückchen davon abzufangen, ist der Erfolg bereits groß“, ist Arnold Hirschbühl, Bürgermeister der Gemeinde Krumbach, überzeugt. „Krumbach bietet sich auch von der Dorfstruktur für unsere Aktion an. Nahezu die gesamte Infra-

struktur liegt im Ortskern. In den Hauptverkehrszeiten fährt jede halbe Stunde ein Bus, in der restlichen Zeit stündlich.“

Die Gemeinde Krumbach finanziert die Aktion selber.

Ausstieg

Aus für Obrigheim

Das älteste noch im Betrieb befindliche Atomkraftwerk Deutschlands in Obrigheim am Neckar geht nach Angaben seines Betreibers Energie Baden-Württemberg (EnBW) spätestens Anfang Mai vom Netz. Obrigheim muss nach der Einigung über dem Atom-

kompromiss in Deutschland, der einen stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht, spätestens am 15. November 2005 nach rund 36 Jahren in Betrieb vom Netz.

Als erstes Kernkraftwerk Deutschlands war im November 2003 das E.ON-Kraftwerk in Stade heruntergefahren worden.

Wärmepumpen

Blauer Engel für Gas

Ab sofort können Hersteller für gasbetriebene Wärmepumpen den „Blauen Engel“ beantragen. Jedoch entschied sich die Jury des Umweltzeichens gegen einen Engel für strombetriebene Wärmepumpen.

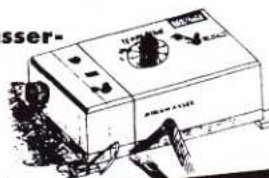
Die Jury hat drei Gründe dafür geltend gemacht: die nicht zweifelsfreie Ökobilanz, Probleme mit den Jahresarbeitszahlen und der Betrieb von Wärmepumpen mit teilhalogenisierten Kältemitteln. Schon länger existiert eine Vergabegrundlage für Mini-Blockheizkraftwerke. Erstmals wurde der Blaue Engel in dieser Produktgruppe verliehen. Das Umweltbundesamt übergab ihn in Reutlingen an die Firma SOLO Stirling.

Energiesparen leicht gemacht

mit dem Einsatz eines

Waschmaschinen-Warmwasser-Steuergerätes WWS 300

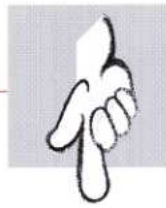
- erlaubt den Anschluß von Warmwasser an jede Haushaltsmaschine
- einfache Nutzung von Solarenergie
- mit Temperatur- und Zeitprogramm
- spart bis zu 300 kWh Strom pro Jahr
- 3 Jahre Garantie



€ 229,90
inkl. Porto und Verpackung

Stemberg Solar- und Gebäudetechnik

Im Seelenkamp 7 · 32791 Lage
Telefon: (052 32) 70 27-0 · Fax: (052 32) 70 27-29
info@stemberg-solar.de · www.stemberg-solar.de



Bürgerprotest erfolgreich: Preiserhöhungen am Pranger!

Etwas Einmaliges passiert derzeit in Deutschland: Hunderttausende von Gas- und Stromkunden zahlen nicht mehr den verlangten Preis, sondern einen Tarif, den sie selbst als billig und angemessen empfinden. Die Autorität der Strom- und Gasversorger bröckelt. Kunden glauben ihren Versorgern die Preise nicht mehr und sie zahlen sie auch nicht mehr. Verbraucher setzen ihre Rechte selbst durch.

Hier erhalten Sie die wichtigsten Informationen rund um die Aktion.

Endlich haben Verbraucher einen wirklichen Weg gefunden, um sich zu wehren: die Billigkeitskontrolle nach § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Jeder Verbraucher hat danach das Recht auf „billige“ Energiepreise. Die Preise müssen angemessen, sachlich begründet und persönlich zumutbar sein. Die Unternehmen dürfen zum Beispiel nur die Preiserhöhungen weitergeben, die sie selbst bezahlen müssen.

Die Billigkeitskontrolle wirkt überall dort, wo ein Preis einseitig bestimmt wird

Dann gilt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch: Entweder Sie sind mit dem

Preis einverstanden und bezahlen ihn. Oder Sie sind nicht einverstanden und bezahlen nur einen Teil des verlangten Preises und verlangen eine gerichtliche Entscheidung. Der Versorger darf dann nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bis zu einer gerichtlichen Entscheidung die Versorgung weder einstellen noch damit drohen. Wenn der Versorger mehr Geld von Ihnen will, als Sie bezahlt haben, dann muss er klagen. Dabei muss er dem Gericht die Zahlen offenlegen, mit denen die Preiserhöhung begründet wird. Das Gericht kann dann den billigen Preis durch ein Urteil festlegen.

Wer fehlende Billigkeit einwendet und nicht die volle Rechnung zahlt, verletzt

keine Zahlungsverpflichtung und kann deshalb auch nicht gemahnt werden.

Jedoch: Sie brauchen für diesen Weg gute Nerven!

So wird's gemacht:

Sie sollten der Preiserhöhung schriftlich widersprechen. Wichtig ist ein Hinweis darauf, dass Sie die Preiserhöhung unbillig finden. Bitten Sie um eine nachvollziehbare Begründung für die Preiserhöhung. Fragen Sie, um wie viel sich die Bezugspreise erhöht haben und welchen Anteil die Bezugspreise am Gesamtpreis ausmachen. Der Bund der Energieverbraucher hat dazu ein Musterschreiben im Internet unter der Adresse www.energiepreise-runter.de.

Dann zahlen Sie künftig den alten Gaspreis plus einem Sicherheitsaufschlag von zwei Prozent. Sie beziehen ja schließlich Gas und sollten es deshalb auch bezahlen. Sie können sich jedoch weigern, unanständig überhöhte Gewinne zu finanzieren.

Überwältigender Erfolg

Die im August 2004 gestartete Aktion „energiepreise-runter.de“ des Bundes der Energieverbraucher war bisher überaus erfolgreich:

- Juristisch hat sich das Rezept bewährt. Es stützt sich auf eine klare Rechtsprechung und wird selbst von der Versorgungswirtschaft anerkannt. Es gibt bisher weder Versorgungssperren, noch Mahnungen, noch Gerichtsverfahren.
- Unglaublich viele Verbraucher haben sich der Aktion bereits angeschlossen und zahlen die Erhöhungen nicht mehr. Wir schätzen die Zahl auf über 200.000. Es gibt eine breite Solidarisie-



800 Bürger kamen am 21. Januar zu einer Diskussionsveranstaltung in das Nixdorf-Forum in Paderborn. Eingeladen hatte die örtliche Bürgerinitiative Gaspreise-runter.

rung aller betroffenen Verbraucher quer durch alle Schichten im ganzen Land.

- In der Öffentlichkeit und in den Medien hat sich der Erfolg der Aktion herumgesprochen. Zahlreiche Zeitungen, Funk- und Fernsehsender berichteten über die Aktion. Zahlreiche Organisationen wie etwa der Miterverein und Verbraucherzentralen übernahmen die Initiative und unterstützten die Aktion.
- Das Selbstbewusstsein der Verbraucher wächst und die Autorität der Versorger bröckelt.

Angemessener Gaspreis: „September 2004 plus zwei Prozent“

Zahlen Sie die Gas- und Strompreise von September 2004 zuzüglich eines Sicherheitsaufschlags von zwei Prozent!

Für diese Formel sprechen eine ganze Reihe von Gründen:

Sie zeigen mit der Zahlung, dass Sie Ihrer Zahlungspflicht grundsätzlich nachkommen. Sie beweisen darüber hinaus, dass Sie Preiserhöhungen in gewissen Umfang anerkennen und bezahlen. Ferner ist diese Formel mittlerweile bundesweit anerkannt und verbreitet. Deshalb bewegen Sie sich damit im Rahmen des Üblichen. Diese Formel bietet Ihnen deshalb auch eine gewisse Sicherheit.

Es steht völlig außer Zweifel, dass die Gas- und Strompreise für Haushaltskunden im September 2004 im Bundesdurchschnitt um 20 bis 30 Prozent zu hoch lagen. Das würde jeder Kenner der Sachlage sofort zugeben, wenn er sich interessenfrei dazu äußern dürfte. Dies ergibt sich aus unzähligen Gutachten und Debatten um Preisbestandteile und Preisentwicklungen, die in den vergangenen Jahren und Monaten intensiv geführt wurden, vom Bundeskartellamt, von der Monopolkommission, von Fachministerien, von der EU-Kommission und von verschiedenen Fachverbänden. Im Internet unter www.energieverbraucher.de ist diese Diskussion ausführlichst dokumentiert.

Monatlich zahlen Verbraucher etwa 500 Millionen bis eine Milliarde Euro zuviel für Strom und Gas

Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, die Preise durch eine staatliche Aufsicht über die Netztarife wirksam und dauerhaft zu senken. Auch darüber

Bezugs- und Abgabepreise

Kalkulation E.ON Westfalen-Weser

	Grenzübergang	Ruhrgas AP	Abgabepreis	Marge
1. Quartal 2002	1,21	1,76	2,66	0,90
2. Quartal 2002	1,15	1,53	2,66	1,13
3. Quartal 2002	1,09	1,29	2,66	1,37
4. Quartal 2002	1,2	1,38	2,66	1,28
1. Quartal 2003	1,25	1,5	2,81	1,31
2. Quartal 2003	1,28	1,52	2,81	1,29
3. Quartal 2003	1,23	1,66	2,91	1,25
4. Quartal 2003	1,17	1,54	2,91	1,37
1. Quartal 2004	1,12	1,3	2,91	1,61
2. Quartal 2004	1,13	1,37	2,91	1,54
3. Quartal 2004	1,17	1,38	2,91	1,53
4. Quartal 2004	1,30	1,45	3,46	2,01
1. Quartal 2005		1,75	3,46	1,71
2. Quartal 2005		2,07*		

Alle Zahlen in Cent je Kilowattstunde, ohne Mehrwertsteuer und Erdgassteuer

* Prognose

Alle Gasversorger beziehen in Deutschland das Gas zu mehr oder weniger gleichen Konditionen. Diese mögen von Ort zu Ort etwas unterschiedlich sein und sind im Einzelfall auch nicht genau bekannt. Die zeitliche Änderung dieser Bezugsbedingungen ist aber ebenfalls bundeseinheitlich und zumindest innerhalb der Gasbranche und auch dem Bund der Energieverbraucher durchaus genau bekannt. Auf dieser Basis wurde die Margenentwicklung von E.ON Westfalen Weser (EWW) untersucht.

Da die Gas-Bezugspreise jeweils für drei Monate gelten, genügt eine quartalsweise Betrachtung.

In der folgenden Tabelle sind dargestellt: Die Grenzübergangspreise, die üblichen bundesweit einheitlichen Gasbezugspreise von Stadtwerken je Kilowatt-

stunde, so genannter „Standard-Arbeitspreis Ruhrgas“ sowie die Endkundenpreise von EWW ohne Mehrwertsteuer und Erdgassteuer (Grundpreisänderungen wurden in den Arbeitspreis eingerechnet). Als Differenz ergibt sich die geschätzte Marge von EWW. Der Leistungspreis für den Bezug und Bezugsrabatte wurden hier vereinfachend weggelassen, ein konstanter Wert von circa 0,26 Cent/ kWh. Die Marge von EWW erhöhte sich nach dieser Schätzung durch die Preisanhebung im Oktober 2004 um 38 Prozent auf einen historischen Höchstwert. Die gesunkenen Bezugspreise im Jahr 2004 wurden von EWW überhaupt nicht an die Kunden weitergegeben.

Die Tabelle zeigt auch die aufgrund des Ölpreisanstiegs prognostizierte Verteuerung des Gasbezugs zum 1. April 2005.

besteht Einigkeit zwischen allen Parteien und Akteuren.

So betrachtet wären die heutigen Preise für Strom und Gas deutlich, das heißt um mindestens 20 Prozent, zu kürzen, bevor sie der Billigkeit entsprechen. Und man bräuchte dabei kein schlechtes Gewissen zu haben, dass man weniger bezahlt, als man Energie geliefert bekommt. Wer das damit verbundene höhere Risiko nicht scheut, sollte so vorgehen. Eine Strategie, die größtmögliche Sicherheit verspricht, ist das jedoch sicherlich nicht.

Für die Summe aller Gasversorgungsunternehmen hat der Bund der Energieverbraucher in der vergangenen Ausgabe dieser Zeitschrift nachgewiesen, dass die Gaspreise bereits im September 2004 um 0,28 Cent/kWh überhöht waren.

Eine exakter Beweis, um wie viel Prozent die Gas- oder Strompreise der Stadtwerke x überhöht sind, lässt sich aus Vor- gesagtem nicht ableiten.

Viele Gasversorgungsunternehmen begründen ihre höheren Tarife mit dem Anstieg ihrer Bezugspreise, die an die Ölpreise gebunden seien. Dagegen gibt es drei Einwände:

- Die Gasversorger bleiben den Nachweis schuldig, dass sie überhaupt die Preise anheben dürfen. Denn oft ist ein Recht zu einer einseitigen Preisanpassung nicht vertraglich vereinbart worden.
- Viele Bezugsverträge von Gasversorgern sind aufgrund ihrer langen Laufzeit verbunden mit hohen Bezugsquoten kartellrechtswidrig und damit unwirksam (vergleiche Seite 22).

- Für ein konkretes Unternehmen (E.ON Westfalen Weser) konnte der Verdacht begründet werden, dass die Preiserhöhung zu einer kräftigen Margenverbesserung und damit Gewinnerhöhung genutzt wurde (vergleiche Kasten). Dieser Verdacht dürfte sich auch in anderen Fällen begründen lassen.

Wie gehe ich praktisch vor?

Sie kürzen Ihre Abschlagszahlung und erklären auf der Überweisung, wofür die Zahlung zu verwenden ist (zum Beispiel Abschlagszahlung Monat Mai 2005 Gas: 45 Euro, Strom 65 Euro, Wasser 34 Euro). Bei der Jahresabrechnung ergibt sich eine größere Nachforderung, die Sie keinesfalls bezahlen sollten, solange die Billigkeit dieser Forderung nicht bewiesen wurde: durch Vorlage entsprechender Zahlen durch den Versorger oder durch Gerichtsbeschluss.

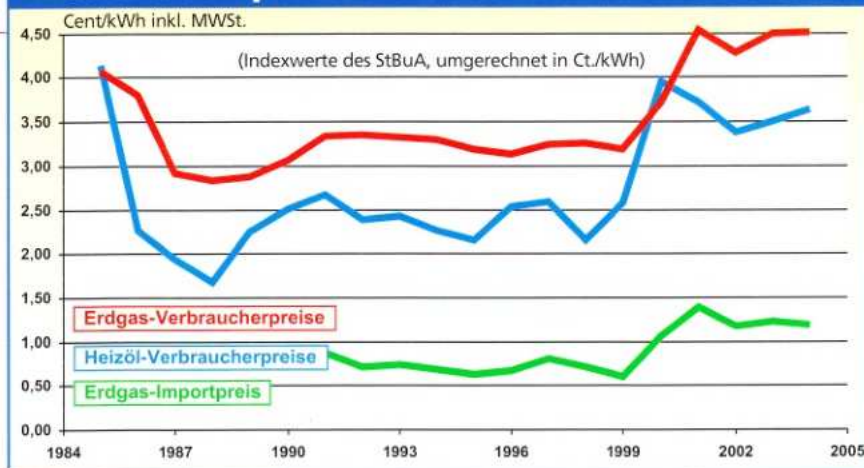
Wie hoch ist mein Risiko dabei?

Machen Sie sich bitte zunächst klar, dass Sie sich keines Versäumnisses schuldig machen, wenn Sie die unbillig überhöhten Preise Ihres Versorgers nicht mehr bezahlen. Vielmehr verstößt der Versorger gegen Recht und Gesetz, wenn er Ihnen einen überhöhten Preis abverlangt!

Das Risiko eines Gerichtsprozesses ist für den Versorger beträchtlich:

- Der Versorger muss seine Kalkulation offen legen. Das kann sehr peinlich werden, die überhöhte Preisforderung würde offensichtlich und aktenkundig.
- Der Verbraucher könnte bereits bei Prozessbeginn die Forderung des Versorgers anerkennen, sobald er die ausführliche mit Zahlen hinterlegte Begründung des Versorgers gesehen hat. Dann muss der Versorger die gesamten Prozess- und Anwaltskosten tragen. Das sind zwar „nur“ 270 Euro, jedoch weit mehr als der geforderte Betrag.
- Das Gericht könnte zugunsten des Verbrauchers urteilen: Die Preise beziehungsweise die Preiserhöhung ist überhöht. Dann könnte der Versorger auch von den anderen Kunden die überhöhten Preise nicht mehr verlangen. Ein gewaltiger materieller und immaterieller Schaden.

Öl- und Gaspreise für Haushalte 1985 bis 2004



Diese Faktoren haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass es unseres Wissens nach keine einzige Klage eines Versorgungsunternehmens gegen einen privaten Verbraucher gegeben hat, der sich auf die Unbilligkeit eines Preises berufen hat.

Das Risiko des Verbrauchers ist dagegen überschaubar:

- Der Verbraucher braucht mit einer Klage nicht zu rechnen.
- Er kann im Fall einer Klage die Forderung sofort anerkennen und geht dann ohne weitere Kosten nach Hause.
- Im Falle einer gerichtlichen Preisfestsetzung hat er auch gute Chancen, zumindest teilweise Recht zu bekommen.
- Sollte das Gericht ein teures Sachverständigengutachten beantragen, dann kann der Verbraucher die Forderung immer noch anerkennen, bevor das Gutachten in Auftrag gegeben wird.
- Der Verbraucher wird vom Bund der Energieverbraucher unterstützt, insbesondere, wenn er Mitglied im Verein ist (32 Euro Jahresbeitrag, ermäßigt 16 Euro).

Wo erhalte ich weiteren Rat?

Der Bund der Energieverbraucher hat in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt eine umfangreiche Sammlung oft gestellter Fragen erarbeitet. Sie kann im Internet abgerufen werden unter www.energieverbraucher.de/seite1445.de.

Man kann sich die Sammlung auch zusenden lassen gegen einen Kostenbeitrag von fünf Euro.

Ferner gibt es im Internet ein Forum zum Erfahrungsaustausch, in dem auch ein Anwalt schwierige Fragen beantwortet: <http://forum.energienetz.com/viewforum.php?f=31>

Es haben sich auch einige örtliche Initiativen gebildet (Kasten rechts). Dort kann man ebenfalls Fragen stellen. ■

Liste örtlicher Initiativen

22250 HAMBURG

Jürgen Stoppel, 040-46961302
hn7119177@hansenet.de
www.buergerini.tk

23552 LÜBECK

Gunhild Duske, 0451-74327
duske@mustard-x.de

26121 OLDENBURG

Gerd Marxen, 0441-86868

27572 BREMERHAVEN

Joachim Weihrauch, 0471-9712196
joachim.weihrauch@bremerhaven.de

33102 PADERBORN

Roswitha Köllner, 05251-23223
withakoellner@web.de
www.gaspreise-runter-owl.de

45699 HERTEN

Joachim Jürgens, 02366-37653
webmaster@pro-herten.de
www.pro-herten.de/gas.htm

46573 DINSLAKEN

Ekkerhard Wrede, 02064-36928
e.wrede@arcor.de

48282 EMSDETTEN

Willy Sellin, 02572-80283
Willy.Sellin@t-online.de

53604 BAD HONNEF

Jan Iversen, 02224-10452
jan.iversen@freenet.de
beam.to/gaspreis-widerstand.de

55543 BAD KREUZNACH

Gerd Cremer, 0671-64455
gerd@cremer-kreuznach.de

67678 MEHLINGEN

Hartmut Wagner, 06303-2674
Steinmann.A@t-online.de

74074 HEILBRONN

Klaus von Waldeyer-Hartz
07131-573990
waldeyer@versanet.de
www.vw-h.d/energieprotest/

Dank an E.ON

Kommentar zur Diskussionsveranstaltung am 21. Januar in Paderborn:

„Andererseits schafft E.ON Westfalen Weser mit seinen saftigen Gaspreiserhöhungen im Paderborner Land das, was sogar George Bush und Hartz IV nicht geschafft haben.“

E.ON hat dafür gesorgt, dass tausende Menschen über alle Altersgrenzen und Schichten hinweg nun zäh und unverdrossen gegen etwas kämpfen, was sie vielleicht gerade noch als „marktgerecht“ aber trotzdem als zutiefst „ungerecht“ empfinden.

Mal ehrlich: Eine solche Solidarisierung ist doch schon ein Wert an sich. Deshalb gebührt E.ON auch Dank. Für die Teilnahme an der Diskussion. Aber auch ein bisschen für die Preispolitik.“

Aus: Neue Westfälische vom 24. Januar 2004.

Amtsgericht Heilbronn

Der Rechtsanwalt Klaus von Waldeyer-Hartz, ehemals selbst Richter, klagt vor dem Amtsgericht Heilbronn gegen die Heilbronner Versorgungs GmbH. Das Gericht solle feststellen, dass die Preiserhöhung nicht der Billigkeit entspreche. Die Richterin Rumler hat am 4. Februar 2005 in einem Beschluss verkündet, dass der Versorger seine Kalkulation offenzulegen habe (Aktenzeichen 15 C 4394/04).

Auszüge aus dem Gerichtsbeschluss:

„Das Gericht hatte bereits in der mündlichen Verhandlung auf die vom BGH (...) geäußerte Ansicht hingewiesen, dass sich die Zielrichtung der Regelungen des Kartellrechts (GWB) und der des §



Paderborner lassen sich von E.ON nicht verkohlen – Paderborner Bürgerinitiative „Gaspreise runter“

315 BGB nicht entsprechen, weil die kartellrechtlichen Bestimmungen allein diejenigen Nachteile ausgleichen wollen, die sich aus dem fehlenden Wettbewerb ergeben, während § 315 BGB im Unterschied dazu die der einen Vertragspartei übertragene Rechtsmacht, den Inhalt des Vertrages einseitig festzusetzen, eingrenzen soll.“

Erst unter Vorbehalt zahlen und dann zurückfordern?

„Insbesondere hat das Gericht es als unzumutbar bezeichnet, dass der Verbraucher zunächst die Preiserhöhung bezahlen müsste, um dann später auf Rückzahlung zu klagen. Dies hatte jedoch der Versorger behauptet.“

Sind Preiskalkulationen Betriebsgeheimnisse?

„Soweit die Beklagte darauf beharrt, der Gaspreis sei als „Marktpreis“ einer Billigkeitskontrolle unzugänglich, so ist darauf zu verweisen, dass nach dem eigenen Vortrag der Beklagten dem angeblichen Wettbewerb mit dem anderen großen Heizenergieträger Erdöl bereits durch die so genannte Ölpreisbindung Rechnung getragen wird. Ansonsten gibt

es derzeit keinen Wettbewerb zu anderen Gasanbietern, dem die Beklagten sich aussetzen müsste. Deshalb ist auch nicht nachvollziehbar, inwieweit die Offenlegung ihrer Preiskalkulation der Beklagten zum Nachteil gereichen sollte.“

Öffentliche Liste mit über 1.400 Namen

Alle, die den Einwand der Unbilligkeit ihrem Versorger mitgeteilt haben, können ihren Protest öffentlich machen, indem sie sich in eine Internetliste eintragen: www.energieverbraucher.de/seite1442.html

Die Liste zeigt, dass es in Deutschland sehr viele Verbraucher gibt, die sich nicht mehr alle Energiepreise bieten lassen. Sie erleichtert die Kontaktaufnahmen zwecks gemeinsamer Aktionen. Und sie gibt allen Mut, sich der Aktion anzuschließen.

E.ON-Hanse abgemahnt

Tausende Hamburger Gaskunden haben die Gaspreiserhöhungen von E.ON Hanse nicht akzeptiert. E.ON-Hanse

hatte im Dezember 2004 allen widerspenstigen Kunden geschrieben: „Das Bundeskartellamt hat (...) die Gaspreiserhöhung von E.ON-Hanse (...) als angemessen bestätigt. Wir sehen Ihren Widerspruch (...) somit als gegenstandslos an ...“.

Weil diese Behauptung unzutreffend war, hat der Bund der Energieverbraucher E.ON-Hanse abgemahnt: „Die unzutreffende Tatsachenbehauptung (...) dient allein dazu, weiteren Widerstand gegen die Erhöhung seitens Ihrer Kunden zu brechen. Damit machen Sie sich in Ihrem Schreiben die Autorität einer Bundesbehörde zu eigen, ersichtlich um ihre erhöhten Preise durchzusetzen (...)“.

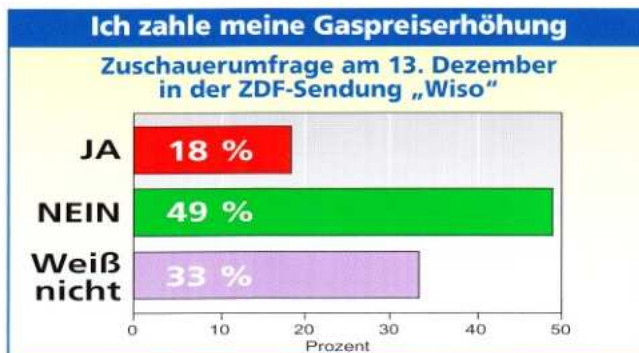
E.ON-Hanse hat sich schriftlich gegenüber dem Bund der Energieverbraucher dazu verpflichtet, künftig nicht mehr zu behaupten: „Das Bundeskartellamt hat der Entscheidung vom 17. Dezember 2004 die Gaspreiserhöhung von E.ON-Hanse zum 1. Oktober 2004 für angemessen bestätigt“.

ZDF-Sendung „Wiso“

Die ZDF-Sendung „Wiso“ am 13. Dezember 2004 kritisierte die Gaspreiserhöhungen deutlich und wies auf das Musterschreiben des Bundes der Energieverbraucher hin.

49 Prozent der Studiogäste erklärten bei einer kleinen Abstimmung im Anschluss an den Beitrag, die Gaspreiserhöhung nicht zu zahlen, 18 Prozent wollten zahlen und 33 Prozent waren unentschieden.

Hochgerechnet auf alle 17,2 Millionen Gaskunden sind das 8,4 Millionen Verbraucher, die sich den unbilligen Preisforderungen verweigern.





Oliver Stens

Energielegenden aus 1001 Nacht

Rund ums Thema Energie prägen falsche Vorstellungen und Missverständnisse das öffentliche Meinungsbild. Viele Gerüchte halten sich hartnäckig. Der Bund der Energieverbraucher hat die zehn gängigsten Energielegenden gesammelt und stellt sie richtig.

„Spinat enthält viel Eisen“ lautete ein Untersuchungsergebnis, das vor 40 Jahren an die Öffentlichkeit gelangte. Obwohl schon kurz darauf der Kommafehler entdeckt und berichtigt wurde, dass Spinat die gleichen Eisenwerte wie anderes Gemüse hat, geistert der Irrglaube noch heute in den Köpfen vieler Spinatfreunde herum. Bei Energiefragen gibt es ähnliche Phänomene. Wenn solche Irrtümer die Ursache für falsche Entscheidungen sind, gehen sie oft zulasten von Energieverbrauch und -kosten.

„Photovoltaikmodule benötigen für ihre Herstellung mehr Energie, als sie während ihrer Lebensdauer einbringen.“

Eine Uraltlegende, die seit Jahrzehnten durch Deutschland geistert. Es ist nicht genau auszumachen, von wem diese Fehlinformation kommt. Vielleicht stammt die Aussage noch aus den sechziger Jahren, als der erste Satellit mit Solarzellen ausgerüstet wurde. Weil PV-Module inzwischen Massenartikel geworden sind, haben sich natürlich auch die Verhältnisse verändert. Heute rechnet man bei PV-Modulen mit dem Erntefaktor 15. Das besagt, dass im Laufe der Lebenszeit 15-mal so viel Energie erzeugt wird, wie für die Herstellung der Anlage aufgewendet wurde. Nichtsdestotrotz beruft sich ein Mainzer Professor noch heute auf die Fehlinformation und leitet daraus die Notwendigkeit zum Atomausbau ab. Und auch ein Bildband zum Thema Bionik druckte die Aussage noch 2001 in zigtausendfacher Auflage unbekümmert ab.

„Energiesparleuchten brauchen bei häufigem Aus- und Einschalten mehr Strom, als wenn man sie brennen lässt.“

Das ist ein weit verbreitetes Ammenmärchen. Wahr ist, dass in Montagehallen großer Firmen die Beleuchtung auch während der Pausen oft bewusst eingeschaltet bleibt. Davon verspricht man sich durch die geringere Schalthäufigkeit eine längere Lebensdauer der Leuchtstoffröhren. Dafür nimmt man höhere Stromkosten in Kauf. In großen Hallen ist das Auswechseln der Leuchten teuer, da meist ein Gerüst oder Kran benötigt wird. Bei den Arbeitern hat sich scheinbar daraus die Vorstellung entwickelt, die Leuchten

benötigten für den Startvorgang sehr viel Energie. Der Mehrverbrauch beim Starten ist aber völlig unbedeutend.

„Stromheizungen sind 'ne saubere Sache.“

Immer wieder werben Energieversorger und Hersteller mit dieser falschen Aussage. Ebenso kontinuierlich stoppt der Bund der Energieverbraucher diese Kampagnen wegen Irreführung der Verbraucher. Strom zum Heizen ist nicht nur extrem teuer, sondern auch umweltschädlich. Die Verschmutzung tritt zwar nicht im Heizungskeller auf, dafür aber um so heftiger in den Kohle- und Atomkraftwerken, wo der Strom erzeugt und dem Kunden verkauft wird.



Solarzellen ernten 15 mal mehr Energie, als zu ihrer Herstellung benötigt wird.



Trocknen Windräder Felder aus?

„Windräder trocknen Felder aus.“

Eine besonders schöne Anekdote berichtet ein Windkraftwerkplaner. Bei Vor-Ort-Terminen äußerten regelmäßig Landwirte Bedenken, durch den erhöhten Wind von Windkraftwerken könnten die Äcker austrocknen. Natürlich ist das Unfug, denn Windräder blasen keinen Wind in die Landschaft. Sie nutzen lediglich den vorhandenen Wind zur Erzeugung elektrischer Energie.

„Nee, nee, bei einem Wechsel meines Stromversorgers krieg' ich am Ende den Strom abgestellt.“

Will ein Kunde den Stromanbieter wechseln, dürfen Stromversorger weder den Strom zeitweise abstellen noch damit drohen. Das ist gesetzlich so festgelegt.

„Ausgeschaltete Geräte verbrauchen keinen Strom.“

„Ausgeschaltet“ heißt heute noch lange nicht, dass kein Strom mehr verbraucht wird. Unter dem Stichwort Standby-Verbrauch ist aufgeklärten Energieverbrauchern längst bekannt, dass der Stromverbrauch oft erst durch Ziehen des Netzsteckers auf Null bekommt. Und warum werden solche Geräte gebaut, das gab es doch früher nicht? Richtig, aber Geräte mit Restverbrauch sind in der Herstellung ein paar Cent billiger, als solche mit einem Ausschalter, der wirklich vom Stromnetz trennt. Alle mit dem Ausschalt-

ter vollständig ausgeschalteten Elektrogeräte der Bundesrepublik verbrauchen jährlich dennoch rund zwei Milliarden Kilowattstunden Strom, der etwa 300 Millionen Euro kostet. Der hohe Stromverbrauch ist dem Verkäufer scheinbar genauso egal wie die damit einhergehende erhöhte Brandgefahr.

„KW und kWh – ist doch dasselbe, oder?“

Die beiden Größen kW und kWh werden in Zeitungsberichten regelmäßig verwechselt oder gleichgesetzt. Dabei ist der Unterschied zwischen kW und kWh ebenso gravierend wie zwischen Stundenlohn und Gehalt. kW steht für Kilowatt (1000 Watt) und bezeichnet die elektrische Leistung. Eine Kochplatte hat 1000 Watt, solange sie an ist. In einer Stunde verheizt sie also eine Kilowattstunde (kWh), in zwei Stunden zwei Kilowattstunden etc. Denn Arbeit (gemessen in kWh) ist Leistung (kW) mal Zeit (h). Nicht ganz verstanden? – Macht nichts, sogar Ingenieure bringen kW und kWh durcheinander.

„Wenn ich das Thermostatventil auf Stufe fünf aufdrehe, wird es schneller im Raum warm als bei Stufe zwei.“

Ein nachvollziehbarer Trugschluss. Die falsche Vorstellung kommt wohl von der Erfahrung beim Kochen. Die Herdplatte wird auf maximaler Stufe viel schneller heiß als auf kleiner Stufe. Der Heizungs thermostat funktioniert aber anders. Er kennt nur den Zustand aus oder ein. Am Thermostat stellt man lediglich die Tem-

peratur ein, bei der das Ventil endgültig schließt. Will man einen Raum tatsächlich schneller aufheizen, kann man vorübergehend die Vorlauftemperatur an der Heiztherme erhöhen und die Heizungen in Nebenräumen abstellen.

„Nachtabsenkung bringt doch nichts. Um ein ausgekühltes Haus aufzuheizen, wird mehr Energie verbraucht, als wenn ich gleichmäßig durchheize.“

Hier muss jeder Physiker protestieren. Ein physikalisches Naturgesetz besagt: Je niedriger die Raumtemperatur ist, desto weniger Wärme geht verloren. Die nachts eingesparte Energie ist dabei stets größer als die morgens notwendige zusätzliche Heizenergie. Oft wird empfohlen, maximal sechs Grad abzusenken, da sonst Wasser an kalten Stellen kondensiert und Schimmelbefall droht. Will man noch stärker absenken, zum Beispiel bei längerer Abwesenheit, sollte man durch Extremlüften die Luftfeuchte auf ein Minimum reduzieren.

„Ich heize ja die Wohnung meines Nachbarn über mir mit.“

Wer glaubt, seine Heizrechnung sei so hoch, weil man ja über die Decke die Wohnung des Obermieters mitheizen muss, liegt meist falsch. Sind beide Wohnungen gleich beheizt, geht keine Wärme von einer Wohnung in die andere über. Trotzdem hat der Mieter mit den wenigsten Nachbarwohnungen meist die höchste Rechnung. So verliert ein Bewohner im Erdgeschoss Wärme über die Seitenwände nach außen und durch den Fußboden in den Keller. Der Bewohner im Mittelgeschoss bekommt zwar keine Wärme von unten. Aber er verliert eben keine Wärme nach unten. Damit hat er also den Vorteil geringster Wärmeverluste. Heizkostenmäßig gesehen profitieren zwei heizende Nachbarn gegenseitig gleich stark voneinander. ■

Oliver Stens



Dreht die SPD auf Kurs der Energiewirtschaft?

Die Fraktionsspitzen haben Mitte Februar die rot-grünen Koalitionsgespräche über das neue Energiewirtschaftsgesetz ergebnislos abgebrochen. Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion herrscht noch keine Einigkeit über wichtige Grundsatzfragen, wie zum Beispiel die Einbeziehung der Körperschaftsteuer in die Netzentgelte oder die Vergünstigungen für stromintensive Betriebe. Auch ist das Wirtschaftsministerium den Arbeitsaufträgen aus der Fraktion noch nicht nachgekommen.

Kräftig die Hände im Spiel hat nach wie vor die Energiewirtschaft. Wichtige Schlüsselfragen wie die Nettosubstanzerhaltung entscheidet der Bundeskanzler und die Fraktionsspitze, ohne die Abgeordneten einzubeziehen. Bei anderen Fragen beraten unter anderem der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rolf Hempelmann, Präsident des RWE-finanzierten Fußballvereins Rot-Weiß-Essen, mit dem Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium Georg Wilhelm Adamowitsch, früherer Leiter des Büros des NRW-Ministerpräsidenten, dann Beauftragter beim Energiekonzern VEW, später RWE.

Von einer Beteiligung von Verbrauchervertretern ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz musste nach der EU-Richtlinie bis 1. Juli 2004 in Kraft getreten sein. Jeden Monat zahlen die Verbraucher durch die fehlende Regulierung etwa 500 Millionen bis

eine Milliarde Euro zu viel für Strom und Gas. Erst zum Sommer 2004 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf des zuständigen Wirtschaftsministerium verabschiedet und in den Bundestag eingebracht. Von den zahlreichen zugehörigen Verordnungen liegen bis heute aber nur wenige als Entwurf vor.

Der neue EU-Energiekommissar Andris Piebalgs drängt die Deutschen zur Eile und will weitere Verzögerungen nicht mehr hinnehmen. Im März droht ein Mahnschreiben aus Brüssel. Bereits die Vorgängerrichtlinie zur Öffnung des Gasmarkts hatte Deutschland nicht umgesetzt. Die Kommission hatte gegen Deutschland bereits Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben.

Es zeichnet sich ab, dass in Deutschland das neue Gesetz erst 2006 in Kraft tritt. Die Regierungsparteien haben sich bisher noch nicht auf Änderungsvorschläge geeinigt. Auch ist noch unklar, ob es zu einer Einigung mit den Bundesländern kommen wird. Die absehbaren Abstimmungsprobleme mit dem Bundesrat werden das Inkrafttreten weiter verzögern – mindestens um ein weiteres halbes Jahr.

Stromwirtschaft dirigiert Clement

Vom vorigen Wirtschaftsminister weiß man inzwischen, dass er auch als Minister noch von den Stromkonzernen bezahlt wurde. Der derzeitige Wirtschaftsminister agiert so, als stände auch er auf verschiedenen Gehaltslisten.

Am 6. November 2004 trafen sich die Vorstände der vier Stromriesen mit dem Wirtschaftsminister. In einem Papier vom 9. November wurden die Forderungen der Vorstände konkretisiert (im Faksimile Abbildung gegenüber). Die Forderung nach einer Entlastung der stromintensiven Industrie zu Lasten der übrigen Verbraucher wurde folgsam von Clement übernommen und in die Beratungen der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht.

Vierter Benchmarking-Bericht

Defizite beim Energiewettbewerb und deutsche Preisüberhöhung

Die Umsetzung der neuen Binnenmarkt-Richtlinien wird von einem Bericht der EU-Kommission als enttäuschend bezeichnet. Dieser Zustand sei unbefriedigend, zumal jetzt klar sei, dass diese Richtlinien nicht ausreichend waren, um das Ziel des Wettbewerbs zu erreichen: „Ein unabhängiger Betreiber des Übertragungsnetzes ist wesentlich für einen funktionierenden Strommarkt. Quersubventionierungen müssen entfernt werden (...) Die Unabhängigkeit der Regulierer ist von entscheidender Bedeutung, um einen fairen Netzzugang zu gewährleisten“, heißt es in einer Stellungnahme.

Netznutzungsentgelte in Deutschland rund zwei Cent je kWh überhöht

Die Netznutzungsentgelte für Strom liegen nach der Analyse der EU-Kommission in Deutschland höher als in allen anderen EU-Staaten. Die Netznutzungsentgelte für Haushalte liegen um 53 Prozent oder rund zwei Cent je Kilowattstunde über dem Durchschnitt aller EU-Länder.

Strom- und Gaspreise in Deutschland zu hoch

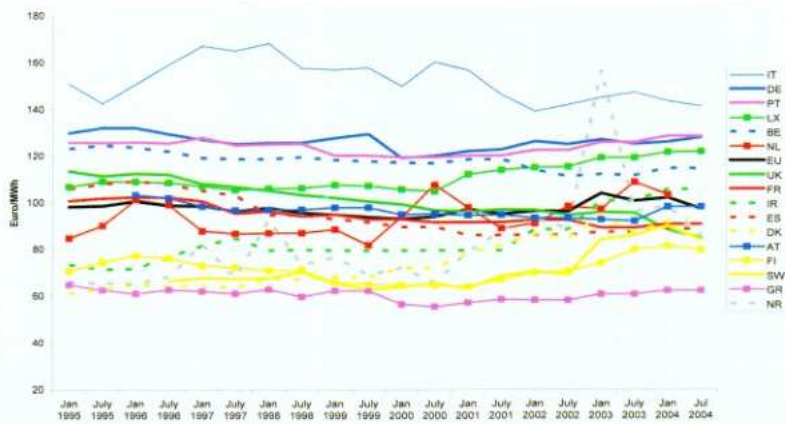
Der Bericht vergleicht auch die Strom- und Gaspreise innerhalb der EU und deren Entwicklung. Die deutschen Strom- und Gaspreise für Haushalte und auch für Gewerbe und Industrie sind höher als in den meisten anderen EU-Ländern. Deutschland ist demnach das einzige EU-Land mit sowohl hohen Strom- als auch Gaspreisen. Die Strompreise für kleinere



Stets ein offenes Ohr für die Energiebosse: Wirtschaftsminister Wolfgang Clement

Strompreise innerhalb der EU

Haushaltsstrompreise 1997 - 2004, 3.500 kWh Jahresverbrauch



Gewerbebetriebe sind in Deutschland höher als in allen anderen EU-Staaten.

Zudem wird nirgendwo sonst die private Kaufkraft durch überhöhte Energiepreise so stark gebremst. Kein Wunder, dass die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich so schlecht abschneidet! Denn Monat für Monat zahlen Wirtschaft und Verbraucher in Deutschland für Strom und Gas etwa eine Milliarde Euro zu viel. Das sind überhöhte Kosten und verlorene Kaufkraft gleichermaßen. Die Politik will daran bis zum Jahr 2008 nichts ändern.

Energieverbraucher warnen vor maroden Stromnetzen

Gesetzliche Regelung erforderlich

Der Bund der Energieverbraucher hat in einem Schreiben an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages vor einer fahrlässigen Vernachlässigung der Versorgungsqualität im geplanten neuen Energiewirtschaftsgesetz gewarnt:

Sehr geehrter Herr/Frau Abgeordneter,

Der Bund der Energieverbraucher sieht die Sicherheit und Preiswürdigkeit der Stromversorgung in Deutschland durch das neue Energiewirtschaftsgesetz gefährdet.

Vor der Energiemarktliberalisierung im Jahr 1998 haben die Versorgungsunternehmen alle Kosten für das Stromnetz auf die Strompreise aufgeschlagen. Das hat die Strompreise nach oben getrieben, aber auch die Netze gut und sicher gemacht.

Seit 1998 sind die Kosten für die Netznutzung um das Dreifache gestiegen. Die Investitionen in die Netze sind jedoch drastisch teilweise auf ein Drittel zurückgegangen (vergleiche Ausschuss für Wirt-

schaft und Arbeit, Ausschussdrucksache 15(9)1511, Seite 218).

Derzeit machen die Energieversorger Netzkosten geltend unabhängig davon, ob und wie viel in die Netze investiert wird. Von den Netznutzungsentgelten in Höhe von circa 18 Milliarden Euro jährlich wird nur ein geringer Teil in die Netze investiert (circa zwei Milliarden Euro). Die Verbraucher zahlen also heute mehr für die Netze und bekommen weniger Sicherheit dafür. Das ist die Folge der fehlenden Regulierung. Deshalb ist die Netzqualität und die Versorgungssicherheit in Deutschland drastisch gesunken. Mehrstündige regionale Stromausfälle (Region Trier am 2. September 2004: drei Stunden, Bad Wörrishofen 27. Januar 2005: 14 Stunden) sind möglich, ohne dass der Netzbetreiber (RWE) selbst nach monatelangen Untersuchungen die Ursache dafür finden kann.

Eine unabhängige Untersuchung (SAG) hat den gefährlich schlechten Zustand deutscher Netze bestätigt. Auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung wird diesen Zustand nicht ändern. Denn er regelt an keiner Stelle, wie sicher denn die Leitungsnetze künftig sein müssen. Es gibt dafür auch keine annähernd befriedigende technische Norm.

Der Gesetzentwurf regelt auch nicht, was die Folge unzureichender Netzqualität für die Versorger ist, die für die Erhaltung dieser Netze jahrelang bezahlt worden sind. Der Gesetzentwurf ist fahrlässig einäugig in Bezug auf die Versorgungsqualität.

Ich bitte Sie als Abgeordneter, dafür zu sorgen, dass Versorgungsqualität im Gesetz klar definiert wird und die Netzbetreiber zu deren Einhaltung verpflichtet werden. Andernfalls lassen sich Netzentgelte nicht festlegen, weil die zu erbrin-

gende Leistung unbestimmt bleibt. Anders als derzeit müssten künftig die Netzbetreiber finanziell für die Folgen schlechter Netzqualität haften und nicht die Verbraucher.

Investitionen in die Stromnetze wird es nicht geben, wenn man den Netzbetreibern noch höhere Netznutzungsentgelte zubilligt. Auch eine Bemessung der Netzentgelte an den tatsächlichen Investitionen führen zu überhöhten und überflüssigen Ausgaben. Vielmehr muss die Netzqualität klar definiert werden. Und die Netzbetreiber müssen für deren Nichteinhaltung mit ihrem Gewinn haften und dürfen die Ausfallkosten nicht auf die Verbraucher umwälzen.

Ein internes Papier der Energiekonzerne bestätigt die Befürchtungen und verdeutlicht den dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf. In einem internen Grundsatzpapier von EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall Europe vom 9. November 2004 konkretisieren die Vorstandsvorsitzenden die Forderungen, die sie am 6. November 2004 mit Wirtschaftsminister Clement besprochen haben. Dabei wird klar ausgesprochen, dass man bei unzureichender Rendite Risiken für die Versorgungssicherheit in Kauf nehmen wird.

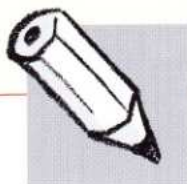
Forderungen der Stromversorger an Wirtschaftsminister Clement:

„1. Investitionen von den vier beteiligten Unternehmen EnBW: E.on, RWE und Vattenfall Europe sind bis 2010 Investitionen in die Stromnetze in der Größenordnung von 9,3 Milliarden Euro geplant. Bei einem Drittel dieser Investitionen handelt es sich um Modernisierungs- und Erneuerungs-investitionen zur Erhöhung/ Beibehaltung der Versorgungssicherheit, die bei unzureichender Rentabilität (verglichen mit dem vom Kapitalmarkt vorgegebenen Renditeniveau) nicht vorgenommen würden, sondern unter Inkaufnahme von Risiken für die Versorgungssicherheit gestrichen oder verschoben würden.“

Der dritte Teil dieser Investitionen handelt es sich um Modernisierungs- und Erneuerungs-investitionen zur Erhöhung/ Beibehaltung der Versorgungssicherheit, die bei unzureichender Rentabilität (verglichen mit dem vom Kapitalmarkt vorgegebenen Renditeniveau) nicht vorgenommen würden, sondern unter Inkaufnahme von Risiken für die Versorgungssicherheit gestrichen oder verschoben würden.

Die unterlassenen Investitionen der vergangenen sieben Jahre werden zum politischen Druckmittel umfunktioniert: Nur bei guter Rendite investieren wir ausreichend!

Mit freundlichen Grüßen



Zu ED 4/2004: Flexible Regler mit Zukunft

In der Zeichnung regelt ein zentraler Funkthermostat alle Räume. Ich halte es für energiesparender, Bad und Schlafzimmer mit normalen mechanischen Thermostatventilen kühler zu halten und je einen zeitprogrammierbaren Thermostat für Küche und Wohnraum zu verwenden. Wenn man nicht per Zeitprogramm steuern möchte, erleichtern die Geräte neben der Tür bequem per Knopfdruck das Hochstellen und Absenken aller Heizkörper des Raumes.

Ich verwende zufriedenstellend seit zwei Jahren zwei Geräte der Firma Conrad. Gewöhnungsbedürftig finde ich das manchmal auftretende Regelgeräusch der Stellmotoren an den Heizkörpern.

Tom Albrecht,
Leuschnerdamm 19, 10999 Berlin

AUF DIESEN SEITEN SOLLTEN SIE ALS LESER ZU WORT KOMMEN:

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor.
Also greifen Sie gleich zur Feder.

Hallo Ihr da,

toll, dass es Euch gibt. Schade ist, dass es so wenige wissen, da die Internetnutzung im Bereich der Energieverbraucher, gemessen an der Gesamtbevölkerungszahl, doch ziemlich klein ist.

Warum eigentlich nicht eine „Verbraucherpartei“ gründen? Ich denke, an Wählerstimmen würde es nicht mangeln, und da es für jede Wählerstimme auch Geld gibt, hättet Ihr

auch die finanziellen Mittel um durch mehr Öffentlichkeitsarbeit manches Versorgungsunternehmen, das sich heute noch „sicher“ wähnt, ins „Schwitzen“ zu bringen. Ob das dann vielen politischen Mandatsträgern, die ihr Zubrot durch entsprechende Lobbyarbeit verdienen, genehm wäre, ist natürlich wieder eine andere Frage. *A. Cicero*

Ich lese gern über sparsame Autos und bin gegen jede Form von Energieverschwendung. Ihre Seiten passen gut zu meinen Interessen, dachte ich, bis ich dann an Ihren Anti-Bush-Dümmlichkeiten erkannt habe, dass wir wenig gemeinsam haben.

Dr. Dr. Johannes Barkowsky

Zu ED 4/2004: Sicherheit mangelhaft

Es ist ungeheuerlich, was da läuft. So kann es nicht bleiben. Auf-

klärung und Schadenersatz tut not. Lassen Sie nicht locker.

Klaus Giermann, Wilhelmstr. 15,
55257 Budenheim

Zu ED 4/2004: Wasser und Stromerzeugung

Interessante Aspekte, die noch viel mehr Verbreitung finden sollten.

Klaus Giermann, Wilhelmstr. 15,
55257 Budenheim

Zu ED 4/2004, Seite 7: Solar- thermie vor Windenergie

Mit Interesse habe ich wieder Ihre Dezembernummer gelesen. Großes Kompliment für die Vielseitigkeit und den Tiefgang.

Woher kommt der Umrechnungsfaktor 0,7 kW/qm?

Ich nehme an, dass damit der Systemwirkungsgrad gemeint ist, der bei gut funktionierenden Anlagen tatsächlich so gut sein kann. Allerdings sinkt er in der Praxis wegen

fehlender Wärmeausnutzung im Sommer meist erheblich unter diesen Wert ab. Bei Strom ist sein erheblich höherer energetischer Wert zu berücksichtigen.

Martin Creuzburg

Zu ED 4/2004: Strukturierte Abzockermodelle

Nimmt man Energieeinsparung und den damit verringerten CO₂-Ausstoß ernst, führt kein Weg an Kraftwärmekopplung vorbei. Dass dies durch die höheren Anschaffungskosten in der Regel Contracting-Modelle sind, liegt in der Natur der Sache. Ich hätte mir einen differenzierteren Beitrag gewünscht, der diesem Sachverhalt Rechnung trägt.

Roland Nagler, Berlin

Zu ED 4/2004: Die M10 Story

Vor circa einem Jahr habe ich auf Ihren Bericht hin die Biral



Die Sicherheit der Stromversorgung ist gefährdet



Stromsparende Heizungspumpen erobern den Markt

MC 10 eingebaut und bin begeistert. Zuvor war eine Pumpe mit 130 Watt eingebaut, mit deutlichen Nebengeräuschen. Jetzt ist es ruhig – und genauso warm. Die Sole im Kollektorkreislauf meiner Kollektoranlage wird von einer LAING ECOCIRC D2 umgewälzt. Sie verbraucht gerade mal sechs Watt und wird auch bei intensiver Einstrahlung mit 12 Quadratmeter Kollektorfäche gut fertig. Für kleinere Heizkessel wäre sie auch als Pufferladepumpe einsetzbar.

Georg Högner, Gaymühle 10, 54673 Rodershausen

Nachzügler zum Stromwettbewerb

Wir sind im Herbst 1993 in unser Haus, ein Altbau von 1959, eingezogen und haben in den zehn letzten Jahren 16.200 Kilowattstunden Strom bezogen. Eine Insel-PV-Anlage liefert jährlich 180 bis 220 Kilowattstunden Strom, die in einem Zwölf-Volt-Netz für Licht, Radio usw. sorgen, auch

– was immer öfter vorkommt – wenn das 230 V-Netz weg ist. Seit April 2003 betreiben wir eine Netz-PV-Anlage mit 1,1 kWp. Warmwasser von der Sonne haben wir seit April 2002. Die 1.500 Liter Heizöl pro 125 Quadratmeter und Jahr sind noch zu hoch. Das Dach müsste noch besser isoliert werden. Mal sehn. Weg zur Arbeit: täglich 25 km Fahrradfahren. Gut für Geldbeutel, Gesundheit und dem Lebensraum unserer zwei Kinder. Soweit eine kurze Beschreibung unserer Energielage.

Was ich nicht verstehe: Wie kann man 4.000 kWh im Jahr verbraten? Wir haben doch hier im Haus auch alles und verzichten auf keinen Komfort? Wie machen die Leute das? Heizen die den Balkon im Winter elektrisch?

Zur aktuellen Situation bei den Strompreisen: Das beste Druckmittel ist nach meiner Meinung: nicht kaufen, nicht verbrauchen. Nur das Nötigste. Das dann aber in guter Qualität aus seriösen Quellen

(EWS). Konjunktur? Wirtschaftswachstum? Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass der große Kladeradatsch kommt, ob mit oder ohne letzten oder vorletzten Aufschwung. Je früher, desto weniger katastrophal. Wer dann am wenigsten braucht, ist am besten dran.

P.S.: Betrachtet Euch als von mir mit Lob überschüttet – für die gute Energiedepesche (90 bis 95 Prozent prima) – für die energetische Wühlarbeit.

Josef Foglszinger, Silcherstr. 7, 71665 Vaibingen/Enz

Zu ED 4/2004: Umsteuern durch Energiesteuern

Das sehe ich auch so!

Klaus Giermann, Wilhelmstr. 15, 55257 Budenheim

So wichtig es ist, immer wieder auf die in absehbarer Zeit bevorstehende Verknappung hinzu-

weisen und Energiesparen anzumahnen, so wenig hilfreich sind nicht zu Ende gedachte Patentrezepte wie Ihr oben genannter Artikel.

Dr. Herbert Wagini, Kleinneundling, 94344 Wiesenfelden

Reingefallen?

Ich bin einem Betrügerling mit dem Namen GfEM in Olching auf den Leim gegangen. Ich habe im Jahr 2001 580 DM an eine Vertriebsfirma Montana gezahlt. Dieses Geld sollte zu viel gezahlte Stromkosten zurückholen. 50 Prozent sollte für die GfEM und 50 Prozent für den Kunden sein. In Hamburg ist die Firma nie tätig geworden. Gibt es noch mehr Betroffene?

Ingolf Werth, Osterrade 4, 21031 Hamburg

Anmerkung der Redaktion:

Der Bund der Energieverbraucher hatte vor der Firma GfEM bereits vor Jahren gewarnt.



Heizen die Leute ihren Balkon elektrisch?



Netznutzungsentgelte 1

Anstieg um 1,1 Prozent

Die Ene't Energieberatung hat die Netznutzungsentgelte aller deutschen Netzbetreiber erfasst und deren Entwicklung ausgewertet. Im Jahr 2004 hat sich danach der Durchschnittspreis um weniger als ein Prozent verändert. Die Bandbreite der Preisänderungen ist nach wie vor in allen Spannungsebenen und bei allen Abnahmeverhältnissen unverhältnismäßig hoch. Von einer nachvollziehbaren einheitlichen Entwicklung kann also keine Rede sein. Deutliche Preiserhöhungen des einen Netzbetreibers werden nach wie vor durch ähnlich hohe Preisreduzierungen des anderen Netzbetreibers ausgeglichen. Lediglich die Gesamtbandbreite der Preise nimmt tendenziell ab, ist allerdings im Vergleich zu anderen europäischen Ländern immer noch extrem hoch.

Die Preisänderungen der „großen Vier“ zum Jahreswechsel 2004/5 (vor allem

auf der Hochspannungsebene) haben allerdings eine Lawine von Preisanpassungen bei den „nachgelagerten“ Netzbetreibern ausgelöst.

Netznutzungsentgelte 2

4,66 Cent/kWh Unterschied

Bei 151 Stromnetzen besteht der Verdacht, dass die Betreiber ihren Kunden überhöhte Netzentgelte in Rechnung stellen, über 30 Prozent mehr als vor einem halben Jahr. Das berichtet der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) in Essen.

Untersucht wurden die Entgelte von 1290 Netzbetreibern. Betroffen vom schlechten VIK-Urteil sind insgesamt 37 Prozent aller Hochspannungs-, sieben Prozent aller Mittelspannungs- und 15 Prozent aller Niederspannungsnetzentgelte. Verglichen wurden nur Stromnetze mit gleichen Strukturmerkmalen.

In der Hochspannung liegt demnach der maximale Preis um 0,62 Cent pro kWh

beziehungsweise 51 Prozent über dem niedrigsten, in der Mittelspannung beträgt der Unterschied mit 2,23 Cent pro kWh 109 Prozent und in der Niederspannung mit 4,66 Cent pro kWh 150 Prozent. Die Haushaltskunden zahlen die Netznutzungsentgelte der Niederspannung.

Die Unterschiede seien völlig überzogen, so der VIK. Es sei daher höchste Zeit, im Rahmen der Regulierungsvorbereitungen ein wirkungsvolles Vergleichsmarktkonzept mit wenigen Strukturklassen und ein Konzept zur Anreizregulierung zu entwickeln.

Stromausfall

Verbraucher zahlen Schäden

Die RWE sieht keine Haftungspflicht aus dem Stromausfall in Trier und Luxemburg am 2. September 2004. Es sei weder fahrlässiges noch vorsätzliches Fehlverhalten beim Unternehmen nachweisbar, so die RWE Transportnetz GmbH, Trier.

Insgesamt gebe es 320 Anträge auf Schadenersatz, Unternehmen, Behörden und Privatleute forderten insgesamt 760.000 Euro. Nach Abschluss aller Untersuchungen gebe es keinen Hinweis darauf, warum es an einer 220-kV-Leitung zu einem Kurzschluss kam.

Schweiz

Stromhandel vervünffacht

Der Stromhandel der Schweiz ist zwischen 1998 und 2003 geradezu explodiert: Alleine die Aare-Tessin, die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg und Bernischen Kraft-

werke steigerten ihren Stromabsatz von 52 Milliarden kWh auf sage und schreibe 249 Milliarden kWh im Jahr 2003. Das ist der Gesamtstromverbrauch der Schweiz mal vier. Gut verdient wird an Speicherkraftwerken. Am Sonntag pumpt man den Speicher für zwei Rappen/kWh (Ein Rappen = 1/100 Schweizer Franken) voll und über die Mittage der folgenden Woche wird dieser Strom für sieben Rappen/kWh mit gutem Verdienst wieder verkauft. Aus dem Kohle- oder Kernkraftstrom ist zudem sauberer Wasserkraftstrom geworden.

Kartellbeschwerde

Kombiangebot München ok?

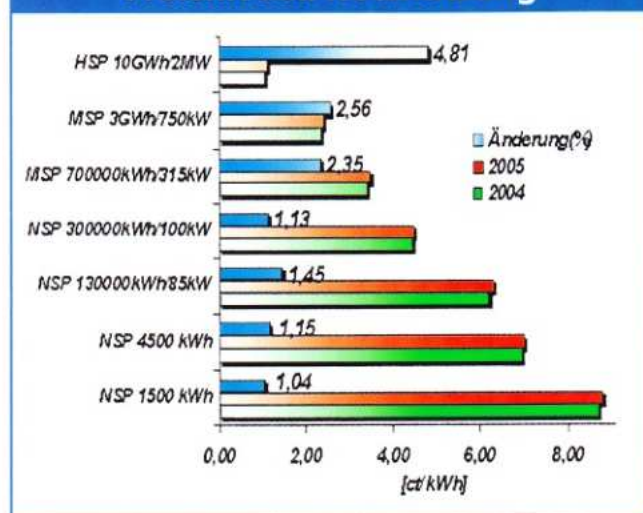
Die Stadtwerke München haben Fernwärmekunden, die auch den Strom der Stadtwerke beziehen, einen Sonderrabatt von 4,8 Prozent eingeräumt. Da dies unter der kartellrechtlichen Erheblichkeitschranke von fünf Prozent bleibt, kann das Kartellamt nicht dagegen einschreiten. Das aufgrund der Beschwerde des Bundes der Energieverbraucher gegen die Stadtwerke eingeleitete formlose Vorgehen wurde daher eingestellt.

Stromstatistik 2003

Haushalte zahlen drauf

Nach Angaben des Wiesbadener Statistischen Bundesamts stiegen die Durchschnittserlöse der Stromversorger 2003 wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren weiter an. Tarifkunden, also zumeist private Haushalte, zahlten den Versorgern 2003 mit 13,61 Cent je kWh im

Preisniveau Netznutzung



Netznutzungsentgelte 2004 und 2005: Durchschnitt aller Netzbetreiber. Für Privathaushalte beträgt das Netznutzungsentgelt bei 4.500 kWh Jahresverbrauch rund sieben Cent/kWh.

Die Strompreise beschäftigen die Öffentlichkeit wie selten zuvor. Der Stromrechner Verivox hat sich alle Stromversorger in Deutschland angesehen und die Preise zum Stichtag 1. Februar 2005 verglichen. Dem Vergleich lag ein jährlicher Durchschnittsverbrauch von 3.000 Kilowattstunden zugrunde.

Preise 2005: Mit 632,22 Euro pro Jahr ist der Allgemeine Stromtarif der EnBW der teuerste in unserem Vergleich. Die Avacon ist in Niedersachsen mit 519,60 Euro um circa 18 Prozent günstiger. Allerdings steht auch bei der Avacon eine Preiserhöhung für Anfang März an. enviaM (617,09 Euro) und ESAG (612,27 Euro) folgen im Vergleich der teuersten Stromanbieter Rang 2 und 3.

Vergleich mit 2000: Interessant ist die Preisentwicklung der Allgemeinen Tarife seit 2000. Hier mussten die Stuttgarter (früher Neckarwerke, heute EnBW) mit 44,9 Prozent die höchste Preiserhöhung hinnehmen. Auch die Pfalzwerke haben deutlich zugelegt: Sie führen nicht nur die Liste der höchsten Preiserhöhungen 2005 an, sondern belegen auch mit einer Preiserhöhung von 32,18 Prozent Rang zwei im Vergleich mit 2000. Auf Rang drei finden sich die Stadtwerke Düsseldorf, deren Preise seit 2000 um 31,42 Prozent anstiegen.

Schnitt acht Prozent mehr als 2002 und 15 Prozent mehr als 1991. Sondervertragskunden in Industrie und Gewerbe zahlten 2003 im Schnitt mit 6,28 Cent je kWh elf Prozent mehr als im Vorjahr und 19 Prozent weniger als 1991.

In den Erlösen sind neben Arbeits-, Leistungs- und Verrechnungsentgelten auch Netznutzungsentgelte, Stromsteuer sowie Ausgleichsabgaben nach dem EEG und dem KWKG enthalten, jedoch nicht die Mehrwertsteuer und rückwirkende Stromsteuerrückerstattungen. Sie beschreiben nur die Einnahmeseite der Stromversorger und dürfen nicht mit deren Gewinn gleichgesetzt werden.

Strompreise

Happige Erhöhung

Die Stromkostensteigerungen im Januar 2005 in Nordrhein-Westfalen fallen deutlich geringer aus, als von vielen Energieversorgern geplant. Beantragt wurden zum Teil außergewöhnlich hohe und sogar „recht happige“ Erhöhungen um bis zu neun Prozent. Bei drei Viertel der Bescheide hat das Wirtschaftsministerium daher Korrekturen nach unten vorgenommen. Elf Anträge seien daraufhin sogar zurückgezogen und nicht neu eingereicht worden.

Bundesweit wurde der Strom zum Jahresanfang in Deutschland teurer. Der Aufschlag beträgt in Einzelfällen bis zu acht Prozent, meist aber zwischen drei und fünf Prozent. Besonders tief in die Tasche greifen müssen die Stromverbraucher in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hamburg und Sachsen. Deutlich günstiger kommen die Bayern

davon. Verbraucherschützer kritisierten die Preissteigerungen als „abenteuerlich“.

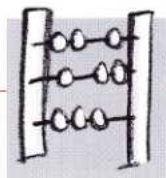
In Rheinland-Pfalz stiegen die Strompreise nach Angaben des Mainzer Wirtschaftsministeriums ab dem 1. Januar 2005 je nach Versorger zwischen 2,8

und acht Prozent. Alle 73 regionalen Stromversorger im Land hätten Preiserhöhungen beantragt, berichtete Wirtschaftsminister Hans Artur Bauckhage (FDP). Das Ministerium habe die Anträge geprüft und in 93 Prozent der Fälle die geplanten

Erhöhungen als zu hoch eingestuft. In den revidierten Anträgen seien die Preiserhöhungen dann deutlich niedriger ausgefallen. Wirtschaft und Verbrauchern werde so wahrscheinlich ein zweistelliger Millionenbetrag erspart.

Anbieter	Kosten	Anstieg 2000-2005	Erhöhung 2005
EnBW (Stuttgart) früher: Neckarwerke Stgt	632,22	44,93%	3,43%
Pfalzwerke	588,30	32,18%	7,20%
SW Düsseldorf AG	580,88	31,42%	6,43%
RWE Westf.-Weser-Ems	583,38	30,26%	5,82%
swb Bremen	604,68	26,84%	4,63%
entega	581,28	25,48%	5,02%
Sw Duisburg	591,49	25,45%	4,95%
DREWAG	589,43	25,09%	6,99%
Sw Leipzig	611,69	22,40%	3,36%
DEW	573,24	21,38%	4,08%
Mainova	590,94	20,77%	2,79%
EnBW (Rest)	632,22	20,39%	3,43%
Bewag	598,98	20,15%	4,94%
EWE AG	539,30	18,87%	6,20%
enviaM früher: envia Energie S/BB	617,09	18,24%	6,64%
E.ON Bayern früher: ÜW Unterfranken	544,55	17,90%	Erhöhung zum 1.3. erwartet
energis	607,50	17,75%	4,38%
GEW Rhein	557,73	17,31%	keine Erhöhung
ESAG	612,27	17,13%	6,03%
SW Hannover	563,90	16,52%	4,89%
AVACON (Niedersachsen)	547,30	16,07%	5,33%
enviaM früher: MEAG	617,09	14,83%	6,64%
HEW	600,75	14,47%	4,49%
Sw München	589,04	13,92%	3,97%
AVACON (Sachsen-Anhalt)	580,30	13,64%	5,07%
N-ERGIE	549,17	9,06%	2,87%
e.dis	605,50	7,68%	2,92%
E.ON Bayern früher: OBAG	544,55	6,35%	Erhöhung zum 1.3. erwartet
E.ON Bayern früher: ISAR-Amperwerke	544,55	6,35%	Erhöhung zum 1.3. erwartet

Quelle: Verivox



Hochkonjunktur für E-Fit

Motivation rauf, Energiekosten runter: Die Aktionswoche E-Fit steigert die Energieeffizienz in Unternehmen. Die Energieagentur NRW unterrichtet Belegschaften von Unternehmen über Energieeffizienz. Beeindruckendes Ergebnis: Einsparungen von fünf bis 15 Prozent.

Über mangelnde Nachfrage brauchen sich die Macher der Aktionswoche E-Fit nicht den Kopf zu zerbrechen. Die Energiespar-Aktionswoche, die die Energieagentur NRW Unternehmen und Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen anbietet, hat in Zeiten knapper Kassen Hochkonjunktur. Denn mit E-Fit können Unternehmen fünf bis 15 Prozent Energiekosten einsparen – genauer: beim Stromverbrauch. Einzige Voraussetzung: Das Unternehmen muss mindestens 100 Mitarbeiter zählen. Diese Kostenreduzierung geht nicht zu Lasten der Mitarbeiter, sondern kommt Belegschaft und Firmenleitung gleichermaßen zugute. Angesichts des zunehmend schärferen globalen Wettbewerbs suchen viele Unternehmen nach Möglichkeiten, ihre Kosten zu senken, um mit der Konkurrenz aus dem Ausland Schritt halten zu können.

Energie-Know-how und Mitarbeitermotivation

Das Ziel von E-Fit: alle Mitarbeiter achten darauf, Energie zu sparen. Dazu schult die Energieagentur NRW Multiplikatoren aus dem teilnehmenden Unternehmen, die dann ihrerseits die Aktionswoche in Eigenregie in ihrem Betrieb durchführen. Hintergrund: Informierte und motivierte Mitarbeiter helfen dabei, beachtliche Mengen an Energie einzusparen – und das ohne kostspielige Investitionen und ohne Komfortverlust. Denn selbst die beste technische Ausstattung nützt nichts, wenn die Nutzer sich nicht entsprechend verhalten.

Die Experten der Energieagentur NRW haben ein Projekt mit verschiedenen Modulen wie gezielten klimabereinigten

Verbrauchsmessungen, Infomaterial sowie einem Ideenwettbewerb und einem Mitarbeiterquiz zusammengestellt. Die Chancen auf gute Resonanz und entsprechende Einsparerfolge im Unternehmen sind hoch, denn der Aktionsbalken basiert auf fünf Jahren kontinuierlicher Arbeit mit rund 100 Aktionswochen. „Wir sind zu diesem Schulungsmodell übergegangen, nachdem die Wartezeit für interessierte Unternehmen fast zwei Jahre betrug und wir die Nachfrage einfach nicht mehr

Die Schulungen für Mitarbeiter zur Aktionswoche E-Fit finden einmal monatlich in Wuppertal statt.

Die Termine sind auf den Internetseiten www.ea-nrw.de verzeichnet.

Interessenten wenden sich an die Energieagentur NRW, Katja Hensel, Kasinostr. 19-21, 42103 Wuppertal, E-mail: katja.hensel@ea-nrw.de



Die Kaufhof AG sparte 9,4 Prozent Strom durch die Aktionswochen

bewältigen konnten“, so Elke Hollweg, Abteilungsleiterin bei der Energieagentur NRW. „Zudem haben wir nach Projektbausteinen gesucht, mit denen Unternehmen, die bereits eine E-Fit-Woche absolviert haben, ihre Aktion eigenständig wiederholen und auffrischen können.“

Die Schulung ist für Firmen in Nordrhein-Westfalen kostenlos.

„In der Aktionswoche konnte der Stromverbrauch um 9,4 Prozent gegenüber der Vergleichswoche gesenkt werden“, freut sich Stefanie Hahn aus dem Bereich Umwelt der Kaufhof AG. „Wir wollten Strom sparen, und zwar ohne Komfortverluste und ohne gesonderte Investitionen – nur durch einen bewussteren Um-



Elke Hollweg (links) und Thomas Wallbaum (rechts) erklären Jürgen Trittin (mitte) das E-Fit Programm

gang mit allem, was Energie verbraucht. Das ist uns erfreulicherweise mit dem Projekt E-Fit auch so gelungen. Wir freuen uns über den Erfolg – zumal Briefe auch weiterhin mit dem PC geschrieben werden“, schmunzelt Hahn.

Strom ist die teuerste Form von Energie

Nach wie vor ist elektrischer Strom die teuerste Form von Energie. Im Vergleich zu den Primärenergieträgern Gas, Kohle oder Öl sinkt beim Strom der Wirkungsgrad auf 30 Prozent – Verluste, die sich selbst mit hoch effizienter Energietechnik nicht vermeiden lassen. Ein hoher Stromverbrauch ist deshalb in Hinsicht auf die betriebliche Energieeffizienz immer eine Schwachstelle. Die Analyse und Senkung der Stromkosten ist nicht nur ein relativ einfacher, sondern auch ein ökonomisch sinnvoller Schritt bei der Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs.

So lang wie klangvoll ist dementsprechend die Referenzliste der Unternehmen, die sich bereits energie-fit gemacht haben: Deutsche Bank, Deutsche Post und Deutsche Telekom gehören ebenso dazu wie die Kaufhof AG, der WDR in Köln, die AOK in Essen oder die Klaus Steilmann GmbH in Bochum. Rund 25 Stadtverwaltungen aus der Region haben ihren

Stromverbrauch ebenfalls gedrückt, unter ihnen Duisburg, Köln und Wuppertal. Einige der großen Unternehmen mit weitreichendem Filialbetrieb übernehmen die E-Fit Aktionswoche nach einem Testlauf in NRW nun bundesweit an allen Standorten.

Vom effizienten Nutzerverhalten zum betrieblichen Energiemanagement

Nicht selten zeigt die Aktionswoche E-Fit noch weitere Ergebnisse. Die Ver-

brauchsmessungen decken Energielecks auf, die aus den Kostenabrechnungen allein nicht ersichtlich sind. Typisches Beispiel sind überdimensionierte Klimaanlage, die selbst bei sparsamem Nutzerverhalten die Stromkosten in die Höhe treiben. Erst durch die gezielten Messungen werden sie als Ursache für einen überhöhten Verbrauch entlarvt. E-Fit liefert so auch Anhaltspunkte dafür, welche Investitionen in Zukunft für eine effiziente energetische Ausstattung des Unternehmens notwendig sind.



Quelle: Niedrig-Energetisum, Dermold 2001



Schützenhilfe vom Kartellamt

Langfristige Bezugsverträge

Gute Nachricht für Verbraucher: Langfristige Gasbezugsverträge und darauf beruhende Preiserhöhungen sind nichtig.

Alle Gasversorger begründen ihre abenteuerlichen Preiserhöhungen mit langfristigen Verträgen. Solche Verträge sind jedoch kartellrechtlich unzulässig und deshalb nichtig.

Das Bundeskartellamt hat am 25. Januar 2005 ein hoch brisantes Papier veröffentlicht. Danach sind die meisten Gasbezugsverträge zwischen Ferngasgesellschaften und örtlichen Gasversorgern wegen der langen Laufzeiten in Verbindung mit den hohen Bezugsquoten kartellrechtlich unzulässig.

Das gilt für Verträge mit einer Bedarfsdeckung von mehr als 80 Prozent und einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren oder mit einer Bedarfsdeckung von mehr als 50 Prozent und einer Laufzeit von mehr als vier Jahren. Kartellrechtlich unzulässig sind auch so genannte „englische Klauseln“. Stillschweigende Verlängerungsklauseln, die den Vertrag als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen erscheinen lassen, sind ebenfalls unwirksam. Kartellrechtswidrige Gasbezugsverträge sind per se bereits jetzt unwirksam und nichtig (§ 1 GWB in Verbindung mit § 134 BGB).

Einer Verbotsverfügung durch das Kartellamt bedarf es nicht mehr, weil allein die Feststellung der Kartellrechtswidrigkeit die Verträge aus den Angeln hebt.

Das ist eine gute Nachricht für Endverbraucher. Denn Preiserhöhungen für Haushaltskunden können demnach nicht mit Preiserhöhungen der Vorlieferanten begründet werden, denen nichtige und unwirksame Verträge zugrunde liegen.

Das einzelne Gasversorgungsunternehmen würde andernfalls die Folgen seines unternehmerischen Risikos an den Kunden weitergeben, welches unter anderem daraus resultiert, dass es sich selbst nicht auf die Nichtigkeit des eigenen Bezugsvertrages gegenüber dem Vorlieferanten beruft. Der Gasversorger kann und muss sich seinerseits auf die Unwirksamkeit des Bezugsvertrages gegenüber dem Vorliefe-

ranten berufen und hiernach im „vertragslosen Zustand“ (das heißt ohne Heizöl-Preisankpassungsklausel) seinen Gasbezug vom Vorlieferanten bis auf weiteres fortsetzen. Denn zum Ersten wird die Gas-/Ölpreiskopplung vom Bundeskartellamt in derzeit laufenden Verfahren in Frage gestellt. Zweitens sind nach den Ausführungen des BET-Büro für Energiewirtschaft und technische Planung Aachen GmbH am freien Gasmarkt durchaus Gasbezüge deutlich unterhalb des überall als Bezugspunkt verwendeten Ruhrgas-Preisniveaus möglich. Handelspreise der Gasübergabepunkte Bunde und Zeebrugge liegen ab April 2005 bis zu 50 Prozent unter den Arbeitspreisen der Langfristverträge von Ruhrgas.

Im Falle der Gesamtnichtigkeit der Gasbezugsverträge zwischen Ferngasgesell-

schaften und Weiterverteilern sind alle aktuellen Preiserhöhungen für Erdgas vollkommen unbegründet. Verbraucher sollten sich vor dem Griff ins eigene Portemonnaie vom Gasversorger nachweisen lassen, dass die drastischen Preiserhöhungen aufgrund eines kartellrechtlich noch zulässigen und wirksamen Bezugsvertrages zustande gekommen sind. Andernfalls sind sie vollkommen unbegründet und entsprechen nicht der Billigkeit. Örtliche Gasversorger müssen sich nun schleunigst von der E.ON-Ruhrgas-Fessel befreien. Das ist im Interesse aller Erdgaskunden unumgänglich. Angeblich langfristige Bezugsverträge können überbezahlten Erdgasbezug nicht mehr rechtfertigen. Verbraucher werden kritisch hinterfragen, ob und wie Gasversorger die neuen Möglichkeiten nutzen. ■

Rechtsanwalt Thomas Fricke aus Jena beurteilt die Lage aus juristischer Sicht:

Vieles spricht dafür, dass alle oder zumindest eine Vielzahl der Gasbezugsverträge zwischen Ferngasunternehmen, wie zum Beispiel Ruhrgas und Weiterverteilern kartellrechtswidrig sind.

Ob die Gasbezugsverträge zwischen Ferngasunternehmen und Weiterverteilern kartellrechtswidrig sind, entscheidet nicht das Bundeskartellamt. Entweder sie sind es schon oder sie sind es nicht. Das Bundeskartellamt will die Verträge zukünftig als kartellrechtswidrig behandeln. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sie tatsächlich kartellrechtswidrig sind. Deshalb spricht sehr viel dafür, dass eine Vielzahl dieser Verträge bereits jetzt schon kartellrechtswidrig ist.

Das hat gemäß §§ 1 GWB und §§ 134 BGB Unwirksamkeit beziehungsweise Nichtigkeit zur Folge. Auch wenn das Bundeskartellamt diese Rechtsfolge in seinem Diskussionspapier nicht genannt hat, ergibt sich diese direkt aus dem Gesetz. Jedenfalls nach der Rechtsprechung des Kartellsenats des OLG Düsseldorf


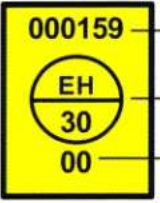


(Urteil vom 7.11.2001, Aktenzeichen U (Kart) 31/00) hilft auch keine salvatorische Klausel mehr.

Einiges spricht dafür, dass sich das Bundeskartellamt gegen den Druck von E.ON-Ruhrgas und Bundesregierung durchsetzt. Dann müssen in nächster Zeit hunderte Verträge neu verhandelt werden. An dieser Stelle wird deshalb die Verhandlungsposition der Stadtwerke gestärkt, ihre Bezugspreise zu senken.

Es gilt also: Eine große Anzahl von Verträgen kann bereits jetzt unwirksam sein. Dafür spricht die Argumentation des Bundeskartellamtes. Preiserhöhungen können sich aber nicht auf unwirksame Verträge stützen. Ob die Verträge im Einzelfall nichtig sind, kann man nur beurteilen, wenn man die konkreten Vertragsgestaltungen kennt. Die werden jedoch nicht offen gelegt.

Deshalb muss man sich bisher auf die Empirie des Bundeskartellamtes in dieser Frage verlassen.

Kennzeichnung geeichter Messgeräte

Hauptstempel einer Eichbehörde	Hauptstempel einer Staatlich anerkannten Prüfstelle
<p>Klebbemarke</p>  <p>Eichzeichen einer Eichbehörde Jahresbezeichnung 00 bedeutet: geeicht im Jahre 2000</p>	<p>Klebbemarke</p>  <p>000159 → laufende Nummer EH → Eichzeichen einer Prüfstelle 30 → Jahresbezeichnung 00 bedeutet: geeicht im Jahre 2000</p>
Hauptstempel eines EWG-erstgeeichten Messgerätes	Hauptstempel einer Staatlich anerkannten Prüfstelle
<p>Klebbemarke</p>  <p>EWG-Eichzeichen Jahresbezeichnung 01 bedeutet: geeicht im Jahre 2001</p>	<p>Plombe</p>  <p>KH → Eichzeichen einer Prüfstelle 10 → Jahresbezeichnung 01 bedeutet: geeicht im Jahre 2001</p> <p>Vorderseite 01 Rückseite</p>

Quelle: Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen (LBME)

Eichstempel abgelaufen

Was tun?

Die Eichdauer für Gaszähler in Haushalten beträgt acht Jahre. Ein im Jahr 2003 geeichter Zähler gilt also bis 2011 als geeicht.

Wenn der Eichstempel am Gas-, Strom- oder Wärmehzähler abgelaufen ist, könnte es sein, dass aufgrund einer Stichprobenprüfung der Zähler weiterhin als „gültig geeicht“ gilt. Verbraucher können sich im Zweifelsfall an das Versorgungsunternehmen wenden, das zur Auskunft verpflichtet ist.

In Problemfällen helfen die Landeseichämter oder der Bund der Energieverbraucher.

Kartellämter

Gasversorger geprüft

Das Land Bayern hat gegen 16 regionale Gasversorger förmliche Missbrauchsverfahren eingeleitet. Die Unternehmen sollen ihre Gaspreise senken, im Einzelfall um bis zu 16 Prozent. Die Untersuchungen betreffen mehrere Versorger, die zur E.ON Bayern AG, Regensburg gehören sowie auch die Gasversorgung Ebermannstadt, Bad Rodach, Wunsiedel

und Erdgas Forchheim.

Jeder vierte Versorger in Bayern hat überhöhte Preise, so das bayerische Wirtschaftsministerium, das die Gaspreise der 110 bayerischen Gasversorger abgefragt hatte. Dabei wurden 25 Unternehmen beanstandet.

Auch in Hessen überprüft die Kartellbehörde die Gaspreise aller Unternehmen.

Das thüringische Wirtschaftsministerium hat gegen sieben Gasversorger in Thüringen Kartellverfahren eingeleitet und die Unternehmen aufgefordert, die Preise zu senken.

Falsche Gasabrechnungen

Gasversorgungsunternehmen überprüft

Die Eichbehörden der Bundesländer haben 82 der bundesweit insgesamt 700 Gasversorgungsunternehmen überprüft. Dabei fanden die Prüfer bei 42,7 Prozent der Unternehmen Fehler bei der Berücksichtigung des Gasdrucks in der Abrechnung. Weitere 25,6 Prozent der Unternehmen haben das Monatsmittel des Brennwertes nicht korrekt ermittelt und verwendet. Der Bund der Energieverbraucher hat die Landeseichämter des-

halb um Informationen über falsche Gasabrechnungen gebeten. Die bundesweite Arbeitsgemeinschaft Mess- und Eichwesen und auch die meisten Landeseichämter haben mittlerweile geantwortet.

Die Übertragung der in der Stichprobe gefundenen Beanstandungsquote von 42,7 Prozent allein für Fehler beim richtigen Effektivdruck ließen sich, so die Eichbehörden, nicht auf die Gesamtheit aller Gasversorger übertragen, weil die untersuchten Unternehmen keine repräsentative Stichprobe darstellten. Es seien zu-

dem auch Fehler beanstandet worden, die keinen Einfluss auf das Abrechnungsergebnis gehabt hätten. Angestrebt werde eine jährliche Überprüfung von 20 Prozent aller Unternehmen.

Die Entwicklung der Öl- und Gaspreise ist auf Seite 10 grafisch dargestellt.

Auf die Frage, ob es systematische Abweichungen zu Ungunsten der Verbraucher gegeben hat und wie groß diese Abweichungen gewesen sind, wird keine quantitative Antwort gegeben. In keinem Fall ordneten die Eichämter Korrekturen der Verbrauchsabrechnungen an. Das sei, so die Eichämter, nicht notwendig gewesen.

Das Gutachten der Eichbehörden und der vollständige Schriftwechsel ist im Internet nachlesbar auf www.energieverbraucher.de/seite1457.html

Auch zahlreiche Landeseichämter haben dem Bund der Energieverbraucher geantwortet. Lediglich die Eichbehörde des Landes Brandenburg bezifferte die festgestellten Abweichungen konkret: Der Brennwert sei in einem Netz um mit 1,16 Prozent zu Gunsten der Kunden überschritten worden.

Ganz offensichtlich will man Verbraucher und ihre Vertreter nicht im Detail über die Prüfungsergebnisse informieren. Denn wer nicht angeben kann, wie groß eine gemessene Abweichung ist, sollte besser nicht in einer Eichbehörde arbeiten.

Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen als Dienstaufsichtsbehörde hat den Bund der Energieverbraucher und das Landeseichamt zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Der Bund der Energieverbraucher fordert eine Offenlegung der Prüfungsergebnisse. Denn die Antworten der Eichbehörden befriedigen in keinsten Weise.



Innovationspreis der Energiedepesche

Die Redaktion des „Energiedepesche“ vergibt diesen Preis an Produkte mit besonders hohem Energieeinspareffekt bei gleichzeitig gutem Preis/Leistungsverhältnis.

Fenster schließt automatisch

Sicher ärgert Sie das auch oft: Sie gehen im Winter auf die Toilette und das Fenster steht weit offen. Das Örtchen ist ungemütlich kalt und Sie haben zum Fenster hinaus geheizt. Der Augsburger Sanitär-Großhändler Gustl Pürsch hat für dieses Problem eine Lösung: Er hat ein einfaches Gerät erfunden, mit dem jedes Fenster nach zehn Minuten automatisch schließt, egal ob Flügel-, Kipp-, Lüftungsfenster, oder Türen. Fenster nach dem Öffnen schließen – das können Sie mit dieser Erfindung getrost vergessen.

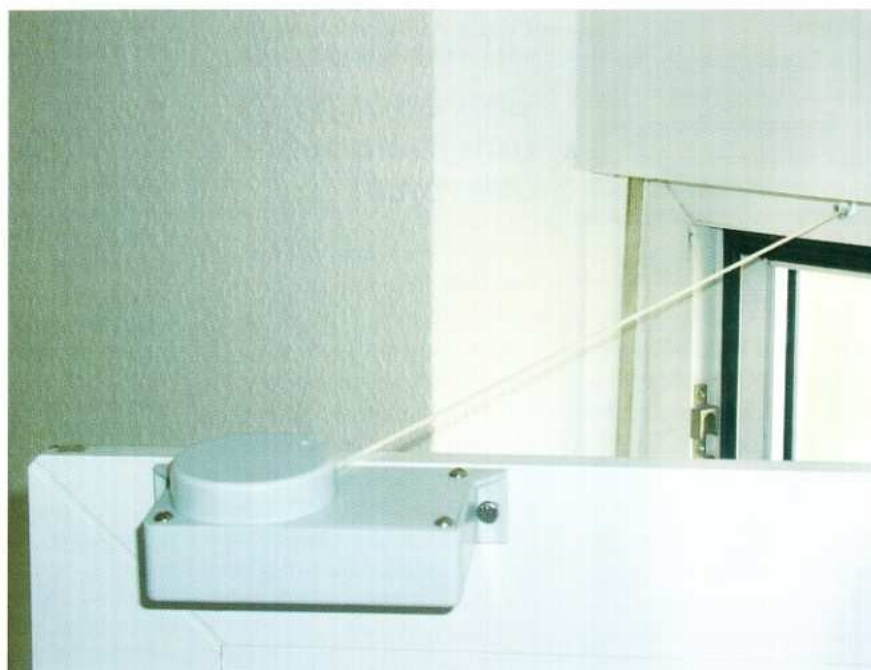
Das kleine Werk wird oben am Fensterrahmen angeschraubt. In den Fensterstock wird ein Haken montiert. Eine Kugel am Ende einer Nylonschnur, die aus dem Apparat herausführt, wird in den Haken eingehängt.

Daran befindet sich eine Spiralfeder. Diese wird mechanisch aufgezogen, wenn man das Fenster öffnet und so die Nylonschnur aus dem Werklein zieht. Entspannt sich die Feder wieder, so rollt sie dabei die Nylonschnur auf. Ein Hemmanker im Werklein bremst diesen Vorgang – das

Das Gerät kostet 22,15 Euro zzgl. Versandkosten und kann bestellt werden bei Gustl Pürsch, Holzbachstr. 4, 86152 Augsburg, Tel.: 0821 34 693 0.

Fenster schließt sich nur langsam. Öffnet man das Fenster nur zur Hälfte, spannt sich die Feder nicht vollständig. Das Fenster schließt sich doppelt so schnell.

Auf diese simple Weise kann jeder die Lüftungsdauer in etwa bestimmen. ■



Geniale Erfindung: der automatische Fensterschließer

Leuchtdioden contra Sparlampen: Der Licht-experte Wolfgang Buttner beantwortet Leserfragen

Ich möchte meinen Stromverbrauch auch bei der Beleuchtung verringern. Ich bin auf die neuen Leuchtdioden aufmerksam geworden. Welche Erfahrungen liegen Ihnen hiermit vor? Kann man ohne weiteres herkömmliche 12V-Halogenbirnen durch LED's ersetzen?

Nein, das ist nicht möglich. Die Fassungen passen nicht, das Spannungsniveau ist unterschiedlich und auch die Leuchtcharakteristik ist verschieden.

Ich vermisste in den technischen Angaben von LED's einen Leistungsvergleich wie bei den Energiesparlampen (ESL), zum Beispiel 11 W ESL (Energiesparlampe entspricht xx W konventionell).

Einen solchen Vergleichswert gibt es leider nicht. Dahinter steckt vermutlich die Tatsache, dass eine weiße LED lediglich eine Lichtausbeute von etwa 20 Lumen je Watt hat, das heißt, sie ist nicht besser als HNV (Halogenniedervolt) mit höchstens 25 Lumen je Watt. HNV-Lampen haben wesentlich höhere Lichtströme (Lumen) als die stärksten LED-Lampen mit derzeit fünf Watt. Wenn Sie gleiche Lumen-Pakete preislich vergleichen, so liegt da mehr als Faktor zehn dazwischen, das heißt LED's sind noch viel zu teuer.

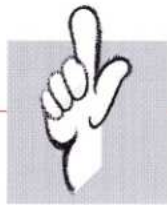
Obendrein bekommen Sie bei weißen LED's derzeit nur Lampen mit sehr viel Blauanteil (4.000 bis 6.000 Grad Kelvin) und wer will schon seinen Wohnbereich so beleuchten? Diese kalten Farbtemperaturen wirken bei niedrigen Beleuchtungsstärken wie fahles Mondlicht!

Wo sehen Sie den klassischen Einsatz von LED's, und wo eher nicht?

LED's eignen sich für Taschenlampen, Verkehrssignallampen und Anzeigelampen, zum Beispiel auf Armaturenbrettern. Also überall dort, wo sehr stark gerichtetes Licht benötigt wird!

Ab welcher Betriebszeit täglicher Mindestbetriebszeit haben ESL ihre Berechtigung?

Ab einer Stunde Brenndauer pro Tag macht sich eine ESL bereits bezahlt!



Dusch-Spaß mit halb so viel Naß

Nach dem Heizen verbraucht der Durchschnitts-Deutsche im Haushalt am meisten Energie beim Warmwasser. Beim Duschen kann man mit geringstem Aufwand enorm sparen: bis 340 Euro jährlich pro Person. Von Oliver Stens.

Sparbrause ist nicht gleich Sparbrause

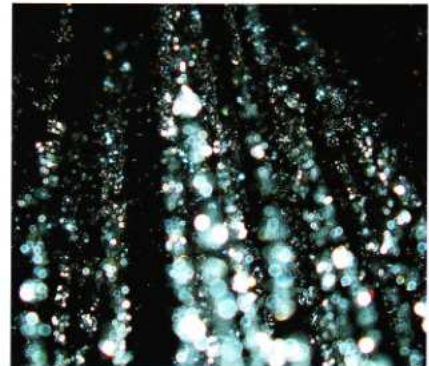
Verbraucht ein Duschkopf weniger als zwölf Liter pro Minute, darf er bereits als „Sparduschkopf“ verkauft werden. Es gibt aber auch Modelle, die mit der Hälfte Wasser auskommen. Eine Überprüfung Ihrer Dusche lohnt sich also.

Was der Brausespaß kostet ...

Sparsame Brauseköpfe gibt es in verschiedenen Ausführungen. Die Billigsten kosten circa 15 Euro. Eine gute Wahl ist die „Turbulenzdusche“ der Firma RST. Sie ist aus Kunststoff und wird in Weiß und Chrom in Baumärkten (Obi, Hornbach) verkauft. Ein solches Exemplar ist

in unserer Dusche seit 15 Jahren störungsfrei im Einsatz. Mit vergleichsweise primitiver Luft-Einperl-Technik erzeugt der Duschkopf das Gefühl eines satten Duschstrahls mit einem Durchfluss von nur acht Litern pro Minute.

„Dabei geht bestimmt das Duschvergnügen verloren“, denkt mancher Skeptiker. Nun, bisher hatte noch keiner unserer Duschgäste den Eindruck, es käme zu wenig Wasser aus der Brause. Im Gegenteil: Der Duschstrahl erweckt den Eindruck von reichlich kühlem Naß. Mein Schwiegervater war nach einem Duschbad der Meinung, der Wasserstrahl sei zu stark. Wir sollten uns mal nach einem Sparmodell umsehen. So täuscht der Eindruck.



Gutes Duschgefühl bei halbem Verbrauch: Duschköpfe mit mehr als acht Litern Durchfluss pro Minute sollte man ersetzen.

Eine etwas edlere Spardusche nach gleichem Funktionsprinzip gibt es in robuster Metallausführung unter dem Namen „espresso“. Ihr Wasserdurchfluss liegt sogar bei nur sechs Litern pro Minute.

Zu finden bei Wolf Umwelttechnologie, Martinweg 2, 83329 Waging am See, Tel.: 08681-45546. Der Preis liegt bei etwa 80 Euro.

... was der Brausespaß spart

Ein Beispiel: Eine Person duscht täglich zehn Minuten lang. Das Wasser wird elektrisch erwärmt und der Strom kostet 15 Cent/kWh. Der Wechsel von einer 16-Liter zu einer Sechs-Liter-Brause spart jährlich 190 Euro Stromkosten pro Person. (Zum Nachrechnen: Stromersparnis in Euro/Jahr = 365 Tage/Jahr x 10 min x (16-6) l/min x 4,18 kJ/[Liter K] x Aufheiztemperatur (42-12)K x 0,15 Euro/kWh / 3,6 s).

Durch den geringeren Wasserverbrauch spart man aber auch noch Wasser. Bei vier Euro je Kubikmeter ergibt dies jährlich 150 Euro weniger Wasserkosten. Und jetzt fangen Sie am besten gleich an, Ihren Duschkopf auszumessen. Morgen wird es bestimmt vergessen, wetten?

Der Putzeimer test

Dieser Test geht ganz einfach

Man nehme eine Uhr mit Sekundenzeiger, einen leeren 10-Liter-Wassereimer und die eigene Brause. Die Brause wird in den Wassereimer gelegt, der Wasserhahn wird aufgedreht und gleichzeitig der Sekundenzeiger der Uhr beobachtet. Nach Ablauf einer Minute wird der Wasserhahn geschlossen und die Wassermenge im Eimer gemessen (siehe Markierung am Rand). Wichtig: Den Wasserhahn ganz aufdrehen!

Sollte der Eimer innerhalb der einen Minute übergelaufen sein, ist die Brause sicherlich kein Wassersparmodell.

Wiederholen Sie in diesem Fall den Test mit 30 Sekunden Laufzeit. Die Literzahl mal zwei ergibt dann den Durchfluss pro Minute. Liegt der Verbrauch über acht Liter pro Minute, lohnt sich der Austausch.



Oft kommen aus dem Brausekopf 16 Liter pro Minute oder mehr. Die Besten dagegen schaffen einen satten Duschstrahl mit nur sechs bis acht Litern.



Solarstrom

Kein Blackout dank Sonne?

Die Zahl der PV-Anlagen nimmt schnell zu, die Zuverlässigkeit der Stromversorgung dagegen sinkt beständig (vgl. S. 15). Aber im Fall des Falles darf auch die Solaranlage die Stromversorgung nicht übernehmen. Denn die technischen Regeln schreiben vor, dass bei einem Netzausfall gar kein Strom mehr ins Netz fließen darf: Es könnte sich ja um eine Abschaltung zu Wartungszwecken handeln. Dann wäre eine Einspeisung gefährlich.

Eine solare Notstromversorgung im eigenen Haushalt ist dennoch möglich. Die Voraussetzungen dafür: eine andere Schaltungstechnik und zusätzlicher Aufwand für Batteriespeicher und Ladegeräte. Im Fall eines Stromausfalls wird das Haus vom öffentli-

chen Stromnetz getrennt. Das PV-System mit Speicher versorgt das Hausnetz. Weniger die Technik als die Kosten sind das Problem. Für circa 2.000 Euro zusätzlich gibt es derzeit zwei dafür gerüstete Wechselrichter-Anbieter auf dem Markt: Die Firma Xantrex Technologie Inc. (www.xantrex.com) und Sun Power Solartechnologie GmbH (www.sunpower.de).

Biodiesel

Ein Viertel des Kraftstoffs vom Acker?

Die Fachagentur nachwachsende Rohstoffe hat im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums ausgerechnet, dass bis 2020 jeder vierte Liter Kraftstoff in Deutschland aus Biomasse gewonnen werden kann.

Während Öl- und Benzinpreise beängstigend stiegen,

gab es im vorigen Jahr Raps-Diesel für 65 bis 70 Cent pro Liter. Die Nachfrage an Biodiesel ist 2004 kräftig gestiegen – weniger aus ökologischen als aus ökonomischen Gründen. Der bisherige Treibstoff geht zu Ende und wird immer teurer. Deshalb wird Biosprit immer attraktiver. Auch die Zahl der Biogasanlagen in Deutschland stieg 2004 von etwa 2.000 auf 3.000. Der deutsche Bauernverband geht davon aus, dass der Verbrauch von derzeit 1,1 Millionen Tonnen Biodiesel auf zwei Millionen Tonnen bis 2006 wächst.

Die Landwirtschaft verfügt über Biomasse reichlicher als die Ölscheichs über Öl. Deren Vorräte gehen zu Ende – aber Pflanzen wachsen „ewig“.

2004 wurden in Deutschland auf 900.000 Hektar nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung angebaut. Wenn künftig 25 Prozent des Spritverbrauchs vom Acker

kommen sollen, wird sich die Anbaufläche für Biosprit vervierfachen. Das ist ökonomischer und ökologischer als Bauern „Flächenstilllegungsprämien“ zu bezahlen: Aus Landwirten werden Energiewirte.

Marktüberblick

Solarenergie macht Schule

Die technische Nutzung von Solarenergie als wichtiger Bestandteil erneuerbarer Energien erfährt heute einen rasanten Ausbau. Um Schüler schon frühzeitig für diese Art der Energiegewinnung zu sensibilisieren, hat das Informationszentrum solid in Fürth nun eine Marktübersicht solarer Lehrsysteme erstellt.

Die Liste enthält Kurzbeschreibungen und Bilder und soll so einen Überblick über die zur Zeit am Markt erhältlichen solaren Lehrsysteme bieten. Weiter soll sie Pädagogen bei der Auswahl geeigneter Lehrmittel zum Thema Solarenergie unterstützen, zum Beispiel für die schuleigene Lehrmittelsammlung. Die aufgeführten Lehrmittel eignen sich vornehmlich für den Physikunterricht.

Windenergie

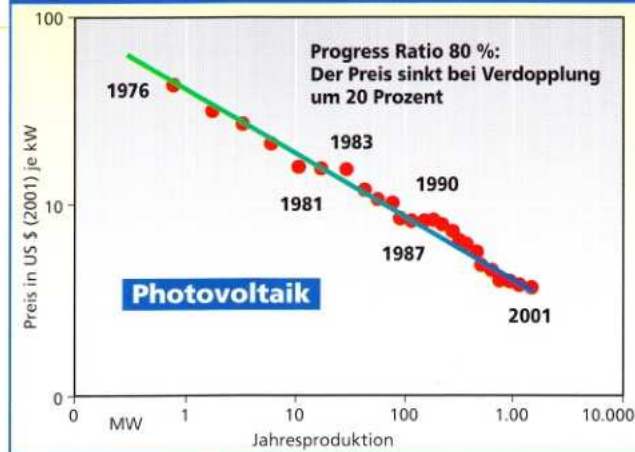
Mehr Watt im Watt

Eine neue Generation von Windenergie-Anlagen steht vor der Markteinführung – die Multimegawatt-Anlagen. Ihre Kennzeichen: Mehr als vier Megawatt Nennleistung, 110 bis 130 Meter Rotordurchmesser und die neuen Anlagen erzeugen eine Strommenge, die zur Versorgung einer Kleinstadt mit 15.000 Ein-



Sinkt der Spritverbrauch zum Beispiel durch effiziente Fahrzeuge und sparsame Fahrweise auf ein Viertel, dann kann der gesamte Kraftstoffverbrauch auf heimischen Feldern erzeugt werden.

Erneuerbare Energien werden billiger



wohnern ausreicht. Die neuen Multimegawatt-Anlagen erzeugen damit an einem Tag so viel Strom wie eine Windenergie-Anlage von 1990 in einem ganzen Jahr.

Die neuen Rotoren benötigen wegen ihrer Länge eine höhere Steifigkeit. Die Größe der neuen Anlagen führte daher zu einer überproportionalen Gewichtszunahme. Turmbauwerke, Statik, Logistik und Transportwege mussten angepasst werden.

Die neuen Großanlagen bieten auch an Land vielversprechende Perspektiven, denn sie ermöglichen eine bessere Ausnutzung der knapp werdenden Aufstellungsflächen. Das bevorzugte Einsatzgebiet der neuen Anlagen liegt aber offshore. Ab 2005/06 soll 40 bis 100 Kilometer vor der deutschen Küste die erste seegestützte Windenergie-Anlage gebaut werden. Mitten im Meer müssen die Anlagen besonders zuverlässig sein und und möglichst wartungsfrei laufen.

Die Bundesregierung verfolgt für den Zeitraum bis 2030 ehrgeizige Ausbaupläne. Windenergie soll dann bis zu 25 Prozent zur deutschen Stromversorgung beitragen. Rund 60 Prozent des Windstroms sollen offshore produziert werden.

Ausbaupläne

Umstrittene Windstudie

Die Studie „Energiewirtschaftliche Planung für die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore bis 2020“ sorgt für Streit. Die Deutsche Energie-Agentur dena gab sie 2003 in Auftrag. Ein Konsortium des Deutschen Windenergie-

Instituts, E.ON Netz, des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln, RWE Transportnetz Strom und Vattenfall Europe Transmission erstellte die Studie.

Die Vertreter der Windbranche und der Netzbetreiber konnten sich trotz langer Diskussion nicht auf eine Deutung der Ergebnisse einigen. Einig wurde man sich über die Zusammenfassung der Studie: In Deutschland müssen bis 2020 1,15 Milliarden Euro ins Netz investiert werden, damit ein Fünftel des Stroms regenerativ erzeugt werden kann. Dafür sind 845 Kilometer neue Höchstspannungsleitungen zu errichten.

Solarstrom

Deutschland übernimmt Weltspitze

Im vergangenen Jahr hat sich Deutschland bei der Installation neuer Solarstromanlagen weltweit an die Spitze gesetzt. Die Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft teilte mit, dass inländische Photovoltaik-Hersteller im Jahr 2004 ihre Produktionskapazitäten verdoppelt und offenbar 5000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Bundesweit entstanden neue Solarstromanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 300 Megawatt. Im Vergleich dazu installierten Japan 280 Mega-

watt und die USA 90 Megawatt. Unterstützt wurde dieses Ergebnis durch die günstigen Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Während 1998 nur 14 Megawatt-Photovoltaik-Anlagen installiert wurden, waren es 2004 mehr als zwanzigmal soviel.

In der deutschen Solarwirtschaft sind laut UVS rund 30.000 Mitarbeiter beschäftigt. Der Umsatz stieg 2004 um 60 Prozent auf über zwei Milliarden Euro. 2002 waren es noch 840 Millionen Euro, 2003 rund 1,3 Milliarden Euro. Damit sei der Bereich der erneuerbaren Energien ein wichtiger Faktor „für künftiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen“.

Solarspeicher und Regler

Solider Marktüberblick

Die Zeitschrift „Sonne Wind & Wärme“ hat in der Januarausgabe 2005 einen aktuellen Überblick über Solarspeicher und Solarregler veröffentlicht.

Bei den Speichern gibt es drei Bauarten: Warmwasserspeicher, Kombispeicher für Heizungsunterstützung und Pufferspeicher. Warmwasserspeicher haben einen Marktanteil von 75 Prozent, Kombispeicher 20 Prozent und Pufferspeicher fünf Prozent. Die größten Anbieter am

deutschen Markt sind Sonnenkraft, Joeman, Pro Solar, Weißhaupt und Sunset.

Bei den Solarreglern geht der Trend zu übersichtlichen Displays und selbsterklärenden Menüführungen. Multifunktionsregler übernehmen die Steuerung komplexer Anlagen und lassen sich frei programmieren. Zu den großen Herstellern gehören Resol, Prozeda, Sorel und Technische Alternative.

Lernkurven

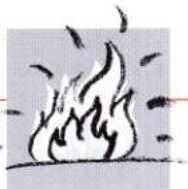
Erneuerbare im Aufwind

Strom aus Wind und Sonne wird rasch günstiger, weil die Zahl der Anlagen schnell wächst. Die Preise des Windstroms sanken von 1990 bis 2002 von etwa 0,85 Euro/kWh auf 0,40 Euro/kWh. Die installierte Leistung stieg in diesem Zeitraum um zwei Größenordnungen, von 70 auf 10.000 Megawatt.

Noch deutlicher sichtbar sind sinkende Kosten und steigende Leistung bei der Photovoltaik. Von 1976 bis 2001 fielen die Preise von 70 auf vier US-Dollar je Kilowattstunde. Der Absatz stieg von 0,3 Megawatt auf mehr als 1.000 Megawatt um mehr als drei Größenordnungen.

In doppeltlogarithmischer Darstellung ergeben sich Geraden, die auch als Lernkurven oder progress-ratio (pr) bezeichnet werden. Sie erlauben eine Aussage über die Dynamik der Preissenkung. Beim Wind ergibt sich pr=89 Prozent: der Preis fällt bei verdoppelter Leistung um elf Prozent. Photovoltaik hat eine höhere pr=80 Prozent: Der Preis sinkt bei Verdoppelung um 20 Prozent.

Quelle: ISET-Jahresbericht 2003



Flüssiggas: Preisanpassungsklauseln meist nichtig

Wirksame Preiserhöhungsklauseln in Flüssiggasverträgen gibt es kaum. Das ist durch eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren offenkundig geworden, die der Bund der Energieverbraucher bisher sämtlich gewonnen hat. Rechtsanwalt Gerd Rentzmann aus Quakenbrück berichtet über die Gerichtsverfahren und deren Konsequenzen. Verbraucher können sich mit Hilfe des Bundes der Energieverbraucher wirksam gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungsklauseln wehren.

Flüssiggasliefervträge erlauben dem Versorger meist die Anpassung der Flüssiggaspreise an geänderte Bezugs- und Marktpreise. Der Bund der Energieverbraucher e. V. hat in mehreren Prozessen gegen Flüssiggaslieferanten bei verschiedenen Landgerichten Unterlassungsklagen gegen die verwendeten Preisanpassungsklauseln angestrengt. Er hat hierbei bislang in allen Prozessen voll obsiegt.

Tyczka Totalgaz GmbH zu 82538 Geretsried

Das Landgericht München I hat gegen die Firma Tyczka Totalgaz GmbH zu 82538 Geretsried am 16. Dezember 2004 zu Az.: 12 O 16429/04 eine Entscheidung getroffen. Sie besteht aus einer üblichen Straf-Formel („Die Beklagte hat es bei Vermeidung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollstrecken gegenüber den Geschäftsführern der Beklagten, zu unterlassen, als Flüssiggaslieferant im Zusammenhang mit Miet- und Lieferverträgen für Flüssiggas, sowie Lieferabkommen für Flüssiggas mit Behälternutzung in den AGB'en folgende oder inhaltsgleiche Klauseln gegenüber Verbrauchern zu verwenden und sich bei der Abwicklung bestehender Vertragsverhältnisse auf die Bestimmung zu berufen“). Sodann wird im Urteil die unzulässige Preisklausel benannt: „Kaufpreis ist der Tagespreis, den der Verkäufer jeweils für Flüssiggas unter Berücksichtigung der Marktlage für Flüssiggas nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) festsetzt.“

Dieses Urteil ist rechtskräftig.

In einer weiteren Entscheidung vom 23. September 2004 hat das Landgericht München I zu Az.: 12 O 12199/04 ebenfalls die Firma Tyczka Totalgaz GmbH zu 82538 Geretsried die Verwendung folgender Klausel untersagt:

„Bei jeder wesentlichen Veränderung von Einstandspreis oder Aufwendungen (zum Beispiel Transport, Lohn, öffentliche Abgaben, Umschlagskosten, Gebühren der Technischen Überwachung) ist Südgas zu einer angemessenen Preisänderung berechtigt und verpflichtet. Südgas ist verpflichtet, nur marktgerechte Einstandspreise und Aufwendungen zu akzeptieren und Preisanpassungen dementsprechend marktgerecht auszugestalten.“

Auch diese Entscheidung ist rechtskräftig.

Das Landgericht Leipzig hat in seiner Entscheidung vom 24. Juni 2004 zu Az.: 10 O 694/04 der Firma Tyczka Totalgaz GmbH folgende Preisformel untersagt:

„Diese Preise von Flüssiggas und Prüfung und Instandhaltung des Gasbehälters können und müssen für den Fall, dass sich während der Laufzeit dieses Vertrages eine oder mehrere der den Preisen zugrundeliegenden Markt- oder Preisfaktoren, insbesondere der Flüssiggaseinkaufspreis, öffentliche Gebühren und Abgaben, Frachtkosten, Gebühren der technischen Überwachung sowie Löhne und Gehälter ändern, im Verhältnis der Änderung des beziehungsweise der betroffenen Preisfaktoren angemessen angepasst werden. Tyczka Minol ist verpflichtet, nur marktgerechte Einstandspreise und Aufwendungen zu akzeptieren und Preisanpassungen dementsprechend marktgerecht auszugestalten.“

Auch dieses Urteil ist rechtskräftig.



Rechtsanwalt Gerd Rentzmann hat sämtliche Gerichtsverfahren für den Bund der Energieverbraucher gewonnen.

Firma Friedrich Scharr KG zu 70569 Stuttgart

In einem weiteren Rechtsstreit des Bundes der Energieverbraucher e. V. gegen die Firma Friedrich Scharr KG zu 70569 Stuttgart vor dem Landgericht Stuttgart zu Az.: 20 O 234/04 ist es der Firma Scharr KG gemäß Urteil vom 13. Juli 2004 untersagt,

„ (...) im geschäftlichen Verkehr mit Verbrauchern im Zusammenhang mit Flüssiggas-Belieferungsverträgen die nachfolgende oder eine inhaltsgleiche Klausel zu verwenden oder sich auf diese Klausel zu berufen:

Wenn sich nach Abschluss des Vertrages die Gestehtungspreise für Flüssiggas, die Material-, Lohn-, Transport- und Lagerkosten oder die Mineralöl-beziehungsweise Mehrwertsteuersätze ändern, kann Scharr im Umfang der Veränderungen dieser Kostenfaktoren pro Liefereinheit den vorstehend angegebenen derzeitigen Gaspreis ändern. Wenn sich die vorgenannten Kosten ermäßigen, kann der Kunde die

Dauerschuldverhältnis

Ein langjähriger Flüssiggasliefervertrag stellt ein so genanntes „Dauerschuldverhältnis“ dar. In einem solchen Verhältnis wird von beiden Partnern eine gegenseitige Rücksichtnahme auf die jeweilige notwendigen Interessen des anderen Vertragspartners verlangt.

Hintergrund: Wirksamkeit von Preiserhöhungsklauseln

Ein wesentlicher Mangel in den Preiserhöhungsklauseln der Flüssiggasoligopolisten liegt darin begründet, dass der Verbraucher bei Vertragsschluss weder in der Lage ist, den Grund für eine Preiserhöhung zu erkennen noch zu erkennen, in welchem Umfang Preiserhöhungen auf ihn zukommen können.

Das Oberlandesgericht Stuttgart spricht in seiner Entscheidung vom 13. Januar 2005 deutliche Worte und führt aus, dass die vertragliche Regelung der Preiserhöhung für den Kunden klar und verständlich gefasst sein muss.

Für die Wirksamkeit einer Preiserhöhungsklausel kommt es hiernach entscheidend darauf an, dass der Verbraucher den Umfang der auf ihn zukommenden Preissteigerungen bei Vertragsschluss aus der Formulierung der Klausel erkennen und die Berechtigung einer von den Verwendern vorgenommenen Erhöhung an der Ermächtigungsklausel selbst messen kann (so auch der Bundesgerichtshof als höchste zivilrechtliche Instanz in NJW 2003, Seite 746; OLG Brandenburg in NJW RR 2002, 1640, 1641).

Alle Ausführungen zeigen, dass es den Flüssiggasfirmen anhand der von der höchstrichterlichen Rechtsprechung aufgestellten Kriterien in der Regel kaum gelingen wird, wirksame Preiserhöhungsklauseln durchzusetzen.

Neufestsetzung des Preises im Rahmen der Veränderung der Kostenfaktoren verlangen.“

Gegen dieses Urteil hatte die Firma Friedrich Scharr KG zu Stuttgart Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat gemäß Urteil vom 13. Januar 2005 zu Az.: 2 U 134/04 die Berufung zurückgewiesen. Die Revision gegen dieses Urteil ist zugelassen worden. Die Firma Scharr hat gegen diese zweitinstanzliche Entscheidung Revision eingelegt.

Firma Westfalen AG zu 48155 Münster

Das Landgericht Dortmund hat mit Entscheidung vom 2. Oktober 2003 zu Az.: 8 O 296/03 der Firma Westfalen AG zu 48155 Münster folgende Preisanpassungsklausel untersagt:

„Sollte das Flüssiggas während der Dauer des Vertrages mit neuen fiskalischen Belastungen belegt werden oder sollten die Kosten von Westfalen eine Änderung erfahren, so ist Westfalen berechtigt, vom Tage des Inkrafttretens der Veränderung an den Gaspreis und die Grundgebühren entsprechend zu ändern“.

Die hiergegen eingelegte Berufung hat die beklagte Firma Westfalen AG nach ausdrücklichem Hinweis des Oberlandesgerichts Hamm wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurückgenommen.

Das Urteil ist rechtskräftig.

Welche Konsequenz hat eine unwirksame Preisklausel?

Ist eine von der Flüssiggasfirma in dem Liefervertrag vorgegebene Preisanpassungsklausel unwirksam, so gilt zunächst der bei Vertragsabschluss festgelegte Flüssiggasverkaufspreis. Bei Dauerschuldverhältnissen (siehe Kasten) ändern sich mit der Zeit die der Preisgestaltung zugrunde liegenden Kostenstrukturen. Nach den Grundsätzen der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu Dauerschuldverhältnissen darf eine Flüssiggasfirma zwar eine angemessene Preisanpassung verlangen. Es ist jedoch erforderlich, dass die Kostenveränderungen seit Vertragsabschluss oder seit der letzten Preisanpassung konkret darlegt und nachgewiesen werden. Eine bloße pauschale Behauptung einer Preiserhöhung reicht nicht aus.

Keine Gewinnerhöhung zulässig

Insbesondere darf durch eine Preisanpassung keine Erhöhung des Gewinnanteils der Flüssiggasfirma eintreten. Würde eine Flüssiggasfirma also etwa darlegen, der Einkaufspreis für Flüssiggas habe sich bei ihr um zehn Prozent erhöht und verlangt sie demgemäß auch eine zehnprozentige Erhöhung des Vertragspreises mit dem Kunden, so läge darin auch eine zehnprozentige Erhöhung des Gewinnanteils. Eine derartige Preisanpassung wäre

daher unwirksam. Bei diesen Preisanpassungen müssen auch die Interessen des Kunden berücksichtigt werden, keinen wesentlich höheren Flüssiggaspreis zu zahlen, als den Marktpreis. Aufgrund einer Preisanpassung darf daher der Flüssiggaspreis für den Kunden nicht wesentlich über dem jeweils aktuellen Marktpreis steigen, da das allgemeine Marktpreisrisiko selbstverständlich bei der Flüssiggasfirma verbleiben muss.

Was tun, wenn man den überhöhten Preis schon bezahlt hat?

Hat der Kunde in der zurückliegenden Zeit aufgrund einer einseitigen Preisanpassung einen wesentlich höheren Flüssiggaspreis als den jeweils aktuellen Marktpreis bereits gezahlt, so ist die Flüssiggasfirma um den zu hohen Anteil am Flüssiggaspreis gegenüber dem Marktpreis ungerechtfertigt bereichert. Sie müsste diesen Betrag nach § 812 Bürgerliches



Preisgleitklauseln lassen die Bestellung zum Glücksspiel werden.

Gesetzbuch (BGB) dem Kunden auf dessen Verlangen hin zurückzahlen. Dies gilt allerdings nur für die zurückliegenden drei Jahre, da die Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Kündigungsmöglichkeit

Sollte die Flüssiggasfirma auf einer Erhöhung des Flüssiggaspreises bestehen, der zu einem weit höheren Flüssiggaspreis als dem Marktpreis führt, und sollte die Flüssiggasfirma die weitere Belieferung von der Hinnahme dieses Preises abhängig machen, so liegt eine erhebliche einseitige Vertragsverletzung der Flüssiggasfirma vor.

Der Verbraucher kann den Flüssiggasvertrag entweder fristlos oder aber mit einer angemessenen Kündigungsfrist von circa drei Monaten kündigen. ■



Der lange Arm der Energiewirtschaft

Die deutsche Energiewirtschaft bildet ein ökonomisches und politisches Machtkartell, das demokratiegefährdende Formen angenommen hat. Ein enges Geflecht von wirtschaftlichen und personellen Abhängigkeiten sichert die Machtposition innerhalb von Staat und Gesellschaft ab. Aktuell wird eine wettbewerbsfreundliche Gesetzgebung im Bundestag behindert (vergleiche Seite 14). Von Matthias Corbach.

Vier große Konzerne beherrschen die deutsche Energiewirtschaft: E.ON, RWE, Vattenfall Europe sowie die Energie Baden-Württemberg (EnBW).

Deren Macht geht häufig zu Lasten von Haushaltskunden, denn unter anderem verhindern die vier Energieriesen einen funktionierenden Wettbewerb. Um lukrativen Großkunden Dumpingpreise anbieten zu können, verlangen die Unternehmen Haushaltskunden wesentlich höhere Stromtarife ab. Nach dem Willen der vier Energiekonzerne soll diese Vorgehensweise sogar im neuen Energiewirtschaftsgesetz verankert werden.

Ökonomische Verflechtungen

Wirtschaftlich sind die vier großen Energiekonzerne mit etlichen Akteuren der Finanzwirtschaft wie der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sowie der Allianz AG verbunden. Dadurch entstand ein Netzwerk der mächtigsten Wirtschaftszweige der Bundesrepublik (siehe Abbildung: „Netzwerk der Energiewirtschaft“).

Energiekonzerne „schlucken“ viele Stadtwerke

Zeitlich parallel zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes erwarben insbesondere E.ON und RWE viele Stadtwerke oder kauften zumindest nennenswerte Anteile. Dies geschah teilweise auch durch zwischengeschaltete Konzerntöchter wie der E.ON-Tochter Thüga. Von den etwa 900 Stadtwerken in Deutschland haben bisher 194 den beiden großen Verbundunternehmen E.ON und RWE eine Minderheitsbeteiligung von mehr als zehn Prozent eingeräumt. Diese Beteiligungen

sichern den Stromabsatz der beiden Giganten ab: Die Stadtwerke beziehen den Strom vom jeweiligen Energiekonzern, statt selbst Kraftwerke zu bauen.

Industrie als Großkunde

Innerhalb des Firmengeflechtes sind auch Verbindungen zu einigen Industrieunternehmen als Großkunden hervorzuheben. Darunter fällt vor allem die besonders energieintensive Chemie- und Aluminiumindustrie. Um zu verhindern, dass diese Unternehmen eigene Erzeugungskapazitäten aufbauen, boten ihnen die Energie-Riesen im Vergleich zu Privatkunden niedrigere Stromtarife an. Darüber hinaus beteiligten sich die Energiekonzerne an den entsprechenden Unternehmen, etwas dem Chemieriesen Degussa (siehe Abbil-

dung). Daher liegt der Marktanteil der Stromerzeugung aus industriellen Kraftwerken, mit denen in der Regel nur der Eigenbedarf an Energie abgedeckt werden soll, bei lediglich acht Prozent.

Des Weiteren sprechen sich die erwähnten Unternehmen an der Seite der Energiewirtschaft für angeblich „billigen“ Kohle- und Atomstrom und gegen erneuerbare Energien aus.

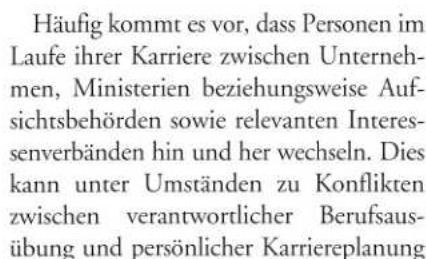
Gewerkschaften, vor allem die IG Bergbau, Chemie, Energie, die die Belegschaften der Chemieindustrie wie des Bergbaus vertritt, unterstützten diese Politik.

Personelle Verflechtungen

Bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts integrierten Unternehmen wie RWE Kommunalpolitiker in ihren Auf-



Um sich ein wohlgesonnenes politisches Umfeld zu schaffen, bekommen auf kommunaler Ebene zig Ländräte, Bürgermeister und andere hauptamtliche Kommunalpolitiker für fünf jährliche Treffen als



Beispielsweise arbeitete das heutige Vorstandsmitglied der E.ON Energie AG, Walter Hohlenfelder, von 1975 bis 1980 im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als persönlicher Referent des Ministers. Von 1980 bis 1985 hatte er diverse Funktionen im Bundesinnenministerium inne. Anschließend wechselte er als Geschäftsführer zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). Darauf folgte von 1986 bis 1994 eine Tätigkeit als Ministerialdirektor im Bundesumweltministerium für „Reaktorsicherheit, Strahlen-



Aufsichtsratsmitglieder des TÜV Nord GmbH aus der Energiewirtschaft

Person	Energieunternehmen
Dr. rer.nat. Georg Schöning	RWE Dea AG
Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Ebeling	Stadtwerke Hannover AG
RA Egbert Pottgießer	RWE Systems AG
Dr. rer.nat. Hans-Ulrich Fabian	E.ON Kernkraft GmbH
Dipl.-Ing. Lothar Velde	VKK Standardkessel Köthen GmbH

Quelle: Webseite TÜV Nord.

schutz und nukleare Entsorgung“ (Aufsichtsbehörde). In den Jahren 1994 bis 1999 arbeitete er als Generalbevollmächtigter der Veba AG (heute Teil von E.ON) in der Wirtschaftspolitik. Seit Juli des Jahres 2000 ist er Vorstandsmitglied bei der E.ON Energie AG (Betreiber etlicher Atomkraftwerke in Deutschland) und

übernahm parallel dazu, im April 2004, das Amt des Präsidenten des Deutschen Atomforum e. V., dem bedeutendsten Interessenverband pro Atomenergie in der BRD.

Der TÜV – unabhängig und neutral?

Bei den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) – in der Bevölkerung oft als ein vermeintliches Markenzeichen für technische Gründlichkeit und Seriosität geschätzt – handelt es sich nicht wie oft vermutet um eine staatliche Kontrollbehörde, sondern um private Unternehmen mit Gewinninteressen. Diese sollen im Auftrag staatlicher Behörden den Ge-

setzesvollzug in Fragen der technischen Sicherheit von Kraftwerken und im Umweltschutz kontrollieren. Gleichzeitig sind die Überwachungsvereine aber auch an guten Geschäftskontakten zu dem jeweiligen Kunden – dem Kraftwerksbetreiber – interessiert.

Auch in diesen Unternehmen hat sich die Energiewirtschaft im wahren Sinn des Wortes „engagiert“ – durch eigenes Personal. Besonders bei Überwachung hoch sensibler Anlagen wie Atomkraftwerken ist dies nicht unproblematisch. So stammen beispielsweise beim TÜV Nord GmbH von einem 20-köpfigen Aufsichtsrat fünf Personen aus der Energiewirtschaft, von denen der Vorsitzende für ein Tochterunternehmen des AKW-Betreibers RWE, der RWE-DEA AG, tätig ist.

Fazit

Mittlerweile hat das dargestellte Geflecht der Energiewirtschaft demokratiegefährdende Formen angenommen. Dies zeigt sich anhand der Fähigkeit der Energiewirtschaft, Regierungsvorhaben zu unterbinden – wie bei der ursprünglich vorgesehenen Quotenregelung für KWK-Anlagen.

Matthias Corbach ist Student der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin (FU)

Die ideale Ergänzung für Ihre Solaranlage

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen.

Bei der MS1002 führen Sie über die SOLARANLAGE ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.



Buchwaldstr. 53 • D-97769 Bad Brückenau
Tel. 09741/2555 • Fax 09741/5343
e-mail: martin@esra.de • www.ms1002.de



Im Aufsichtsrat von TÜV-Nord ist die Energiewirtschaft sehr gut vertreten



Recht und Unrecht: GEW Köln

Bruno Horman aus Frechen bei Köln ist Mitglied im Bund der Energieverbraucher. Die GEW RheinEnergie AG Köln stellte ihm eine horrende Rechnung – obwohl sie es fünf Jahre versäumt hatte, seinen Zähler abzulesen.

Fünf Jahre ohne Stromableser

Im Juli 1999 kam wie gewohnt der Stromableser, vom damaligen örtlichen Versorger RWE. RWE gab dann das Versorgungsnetz an die GEW Köln ab. Der Stromableser ließ sich aber lange nicht mehr blicken. Ganze fünf Jahre lang bis zum Juli 2004. Bruno Horman zahlte weiterhin seine monatlichen Abschläge. Im August 2004 schickte GEW eine Rechnung über 1.234 Euro. Den kompletten Verbrauch der fünf Jahre berechnete die GEW zum aktuellen und weit höheren Strompreis des Jahres 2004. Bruno Horman protestierte schriftlich im



Allein in Berlin gab es 25.000 Stromsperrern. Oft wird Strom und Gas ohne Berechtigung gesperrt.

Vorsicht geboten

Sperrkassierer in Aktion

Die Stadtwerke Karlsruhe sperrten am 18. Januar 2005 bei Wintertemperaturen Andreas Bastelberger das Gas. Er war mit 18 Euro im Zahlungsrückstand. Die Sperre wurde mit 45 Euro in Rechnung gestellt, die Entsperrung mit weiteren 46 Euro. Der Sperrkassierer hielt es noch nicht einmal für notwendig, zu klingeln und das Geld zu fordern. Offenbar heuern viele Versorger so genannte „Sperrkassierer“ auf Provisionsbasis an. Die Ausbildung dazu kann in wenigen Tagen durchlaufen werden. Allein in Berlin wurden voriges Jahr 25.000 Stromanschlüsse gesperrt, in Kassel wurden 19.000 Verbrauchern der Strom gesperrt.

Beim Sperren werden die gesetzlichen Vorschriften (Fälligkeit, Verhältnismäßigkeit) oft nicht beachtet. Verbraucher können sich gegen solche ungesetzlichen Übergriffe zur Wehr setzen (Hausverbote, einstweilige Verfügung) und sollten auch die Öffentlichkeit alarmieren. Dem Sperrkassierer darf ohne weiteres Hausverbot erteilt werden, auch wenn man nur Mieter ist.

September 2004 und zahlte unter dem Vorbehalt der Rückforderung 1.000 Euro. Er bat um eine korrigierte Rechnung, der der Strompreis der jeweiligen Verbrauchsjahre zugrunde gelegt werde.

GEW will Strom sperren

Auf sein Schreiben vom September 2004 hat Herr Horman bis heute keine Antwort erhalten. Statt dessen droht die GEW ihm wiederholt die Sperre der Stromversorgung an, wenn er nicht binnen 14 Tagen den Restbetrag von 234 Euro nebst Mahngebühren zahle.

In gleicher Weise hat GEW offenbar alle von RWE übernommenen Kunden „begrüßt“. Betroffen sind demnach viele tausend von Kunden im Erftkreis und den Städten Frechen und Brühl.

Der wehrhafte Verbraucher

Wie gut, dass Bruno Horman Mitglied im Bund der Energieverbraucher ist! Der Verein übernahm die Kosten einer Erstberatung bei der engagierten bonner Rechtsanwältin Brigitte Faßbender sowie des einstweiligen Verfügungsverfahrens. Die Anwältin schreibt der GEW: „Es ist Ihre Verpflichtung, die Ablesungen vorzunehmen. Schätzungen sind nur zulässig, wenn Sie die Räume des Kunden nicht betreten können. Dies jedoch hätten Sie jederzeit tun können. (...) Die Voraussetzung für eine Versorgungseinstellung liegt nicht vor. Insbesondere besteht keine

Zahlungsverpflichtung, sondern im Gegenteil ein Rückforderungsanspruch. Eine Nachforderung Ihrerseits für die mit den Jahresrechnungen 2000 bis 2002 zu niedrig gehaltenen Abrechnungen ist wegen der zweijährigen Ausschlussfristen und wegen Verjährung nunmehr ausgeschlossen.

Sollte der Betrag von 555 Euro nicht innerhalb von 14 Tagen meinem Konto gutgeschrieben sein, bin ich beauftragt, Zahlungsklage gegen Sie einzureichen. (...) Sollten Sie nicht bis heute, 13 Uhr, schriftlich die Sperrandrohung zurücknehmen, werde ich noch heute eine einstweilige Verfügung gleichen Inhalts beantragen“.

Verfügung erlassen

Auch diesen Termin ließ GEW ungenutzt verstreichen. Die Anwältin beantragte eine einstweilige Verfügung. Das Amtsgericht Köln erließ diese Verfügung ohne mündliche Verhandlung (Az: 378 AR (E) 1/05), die Kosten wurden der GEW auferlegt. Damit hat das Gericht zumindest vorläufig entschieden, dass eine Strom- und Wassersperre unzulässig ist. Dessen ungeachtet versandte GEW zwei Tage nach Zustellung der Einstweiligen Verfügung Herrn Horman neuerlich die Androhung, die Versorgung einzustellen, falls er die vermeintliche Forderung von 234 Euro nicht umgehend begleiche.

Nun wird Bruno Horman die GEW wohl auf Rückzahlung verklagen. ■



Bahn frei für den Emissionshandel

Am 1. Januar hat der EU-weite Emissionshandel begonnen. Auch in Deutschland sind die Gesetze und Verordnungen im Jahr 2004 in Kraft getreten: das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) und das Zuteilungsgesetz 2007 (ZuG 2007) sowie die entsprechenden Verordnungen. Thomas Schmalschläger stellt ihnen die rechtlichen Voraussetzungen und das Verfahren vor, grenzt den Emissionshandel gegen das EEG ab, geht auf die projektbezogenen Instrumente JI und CDM ein und schließt mit einem Ausblick auf die nächsten Jahre.

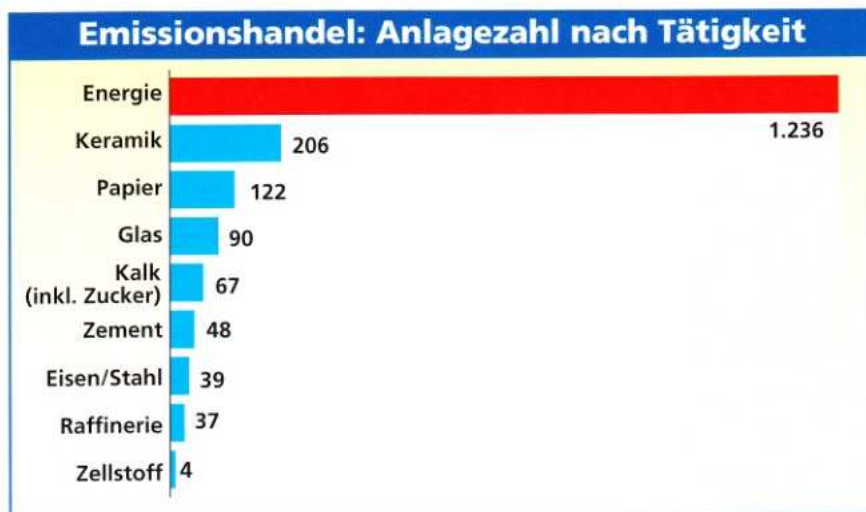
Deutschland hat sich verpflichtet, seine CO₂-Emissionen bezogen auf das Jahr 1990 um 21 Prozent bis 2012 zu reduzieren. Das erscheint viel. Aber durch den wirtschaftlichen Einbruch in den neuen Bundesländern Anfang der 90er Jahre verminderten sich die Emissionen. Deutschland hat seine Emissionen bis heute bereits um 19 Prozent reduziert.

Deutschland will in der Periode 2005 bis 2007 seine CO₂-Emissionen auf jährlich 859 Millionen Tonnen Kohlendioxid mindern. Davon entfallen 503 Millionen Tonnen auf die Industrie und 356 Millionen Tonnen auf andere Sektoren: Verkehr und Haushalte 298 Millionen Tonnen; Gewerbe, Handel Dienstleistungen 58 Millionen Tonnen. Während Deutschland sein Ziel erreichen wird, sind andere europäische Länder davon weit entfernt. Spanien und Italien beispielsweise liegen gegenwärtig rund 55 Prozent über dem angestrebten Wert.

Am Emissionshandel teilnehmen müssen in der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 rund 1.853 Anlagen, vom Brennofen einer mittelständischen Ziegelei mit etwa 6.000 Tonnen CO₂ pro Jahr bis hin zu großen Kraftwerken oder Raffinerien mit einigen Millionen Tonnen.

Das Prinzip

Das Prinzip ist einfach: Es wird eine Höchstmenge an Emissionen festgelegt. Diese wird auf die betroffenen Unternehmen verteilt. Dabei ist eine Reduktion der festgelegten Höchstmenge eingeplant, um auf dem Weg der im Kyoto-Abkommen vereinbarten Reduktionsziele voranzukommen. Betreiber, die ihre Emissions-



rechte nicht ausschöpfen, können diese an andere Unternehmen verkaufen, die einen höheren Bedarf haben. Die Möglichkeit, mit den Emissionsrechten Geld zu verdienen, gibt Anreize, den eigenen CO₂-Ausstoß zu verringern.

Die Zuteilung

Grundlage für die Zuteilung der Emissionsrechte für die erste Handelsperiode sind die so genannten „historischen Emissionen“ der jeweiligen Anlage aus den Jahren 2000 bis 2002. Diese werden um einen „Erfüllungsfaktor“ verringert, der zum einen das Minderungsziel auf dem Weg zur Erfüllung der Kyoto-Verpflichtungen umfasst. Das Bundeskabinett hat dazu für die erste Handelsperiode eine Reduktion um 4,9 Prozent festgelegt. Zum anderen sind die Rückstellungen für „Sondertöpfe“ darin enthalten. Solche Sonderregelungen gibt es beispielsweise für so genannte „Early actions“, das sind freiwillige Emissionsminderungsmaßnahmen,

die zwischen 1996 und 2002 vorgenommen wurden. Neue Anlagen, die mit der bestverfügbaren Technik arbeiten, bekommen kostenlos Emissionszertifikate. Wenn diese Neuanlagen ältere ersetzen, greift die Übertragungsregel: Die Zertifikate der alten Anlage dürfen auf die neue übertragen werden, ein Anreiz zum Ersatz von Altanlagen. Viele Antragsteller wollen ihre Altanlagen wie Neuanlagen behandeln lassen und Produktionsprognosen und Emissionswerte nach dem Stand der Technik zugrunde legen. 521 Betreiber nutzen diese Optionsregel.

Streit vorprogrammiert

Am 1. Januar 2005 hat der EU-weite Emissionshandel begonnen. Der Start liegt also erst ein paar Tage zurück, da gibt es schon massive Proteste.

Die meisten betroffenen Unternehmen, von den Energieerzeugern über die Zement-, Papier-, Keramik-, Glas- oder Stahlindustrie bis hin zu den Raffinerien,

Quelle: DEHSr, aus EXM 1. Februar 2005, S. 18

haben weniger Emissionsrechte zugeteilt bekommen, als sie beantragt hatten. Das ist ja das Ziel, werden Sie einwenden. Die Firmen beklagen sich darüber, dass der Basiszeitraum (2000 bis 2002), auf dem die Berechnungen basieren, für das Unternehmen nicht repräsentativ gewesen sei. Daher wollen nicht nur einige „Große“ wie die Energieversorgungsunternehmen E.ON AG oder die RWE AG, sondern auch kleinere Firmen klagen.

Wege zur Emissionsminderung

Wie lässt sich das Ziel, die Emissionen zu reduzieren, erreichen?

- Durch Ordnungsrecht: Jedes Unternehmen muss in seiner Anlage die CO₂-Emissionen um einen bestimmten Prozentsatz reduzieren. Das ist ein sehr teures Verfahren.
- Steuern oder Abgaben: Für jede Tonne CO₂ muss eine Abgabe in Höhe von X Cent bezahlt werden.
- Zertifikatskonzept (Emissionshandel)
- Wirtschaftliche Anreize, wie zum Beispiel das Marktanreizprogramme bei regenerativen Energien
- Andere Maßnahmen, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung, Fortbildungen, Beratung, et cetera.

Ist ein Verfahren besser als das andere? Behindern sie sich vielleicht sogar gegenseitig? Nein, auch wenn immer wieder etwas anderes behauptet wird. Ziel ist die Gestaltung eines möglichst widerspruchsfreien Maßnahmenbündels. Der Emissionshandel ist also kein Patentrezept, sondern ein Instrument.

Projektbezogene Instrumente JI und CDM

Neue Möglichkeiten eröffnen sich über die beiden Instrumente Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM). Durch diese können Teilnehmer am Emissionshandel über Investitionen im Ausland CO₂-Gutschriften bekommen.

Unter Joint Implementation werden Investitionen in Industrie- oder Schwellenländer verstanden, beispielsweise in den EU-Beitrittsländern oder Russland. Emissionsgutschriften für Projekte dieser Art können erst in der zweiten Handelsperiode von 2008 bis 2012 gut geschrieben werden.

Unter Clean Development Mechanism fallen Projekte in Entwicklungsländern. Diese können schon in der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 genutzt werden.

Der Aufwand bei JI wie bei CDM (die so genannten Transaktionskosten) sind sehr hoch. Daher lohnen sich solche Projekte erst ab einer bestimmten Größe. Alle CDM-Projekte müssen direkt bei den Vereinten Nationen registriert und anerkannt werden. Das ist ein sehr komplexer Prozess. Die Kosten für ein solches Projekt können daher durchaus bei 250.000 Euro liegen.

Gegenwärtig werden Emissionsreduktionen aus innerdeutschen Projekten – so genannten Nationalen Ausgleichsprojekten – nicht anerkannt. Das ist schade, denn hier liegt ein riesiges Potenzial. So könnte ein Stadtwerk seine Busflotte auf biogene Treibstoffe umstellen. Diese freiwilligen Reduktionen könnten den Kraftwerken gutgeschrieben werden.

Folgende Projekttypen – egal ob im In- oder Ausland – sind denkbar:

- Steigerung der Energieeffizienz in Kraftwerken und Industrieanlagen sowie
- Gebäuden (Wohn- und Industriegebäude sowie öffentliche Gebäude)
- Reduzierung von Transmissionsverlusten
- Einsatz regenerativer Energieträger, wie Windkraftanlagen, Wasserkraftwerke, Solaranlagen, Geothermiekraftwerke oder Bioenergieanlagen
- Brennstoffwechsel (zum Beispiel Holzhackschnitzel statt Heizöl)
- Kraft-Wärmekopplung.

Projekte auf der Basis regenerativer Energien sind kleiner und generieren weniger Emissionsgutschriften als andere Maßnahmen (zum Beispiel eine Kraftwerkssanierung). Besonders interessant sind Projekte, die neben Kohlendioxid (CO₂) auch Methan (CH₄) einsparen, denn CH₄ ist 21 mal klimaschädlicher als CO₂. Das bedeutet, eine Tonne Methan entspricht 21 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten (CO₂e).

Projekte, die die Sonnenenergie nutzen, dürften sich daher kaum rechnen. Bessere Chancen haben Bioenergie, Windkraft und Wasserkraft – allerdings erst ab einer

gewissen Größenordnung. Für Windparks liegt die Rentabilitätsschwelle bei rund zehn Megawatt installierter Leistung.

Die Abgrenzung zum EEG

Der Emissionshandel steht nicht im Widerspruch zur Öko-Steuer oder zum Erneuerbaren Energie-Gesetz (EEG). Denn die durch den massiven Ausbau von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien bedingten Treibhausgaseinsparungen sind im Gesamtbudget für den Emissionshandel bereits mit einkalkuliert. Darüber hinaus haben Emissionshandel und erneuerbare Energien wenig miteinander zu tun. Denn in § 2 Abs. 5 TEHG werden alle Energieanlagen, die unter § 2 des EEG fallen, vom Emissionshandel ausgeschlossen. Grund ist die Vermeidung von Doppelförderungen. Sie werden nur berücksichtigt, wenn in der Anlage neben Deponiegas, Klärgas, Grubengas oder Biomasse theoretisch auch fossile Energieträger eingesetzt werden könnten.

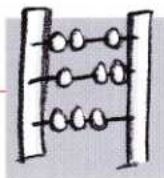
Wie geht es weiter?

Unternehmen, denen am Ende Emissionsrechte fehlen und die kein Projekt durchführen wollen oder können, können Emissionsrechte kaufen, wie Sie heute Aktien an einer Börse oder von privaten Anbietern. Dafür wurde im Umweltbundesamt die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) neu eingerichtet.

Die Zuteilungen sollen veröffentlicht werden. Ob das durchsetzbar ist – es sei nur an den Datenschutz erinnert – muss abgewartet werden.

Richtig interessant wird der Emissionshandel erst ab 2006. Denn dann werden die Unternehmen den Emissionsbericht für 2005 vorlegen, in dem ihre tatsächlichen Emissionen nachgewiesen werden. Dann wird auch dem letzten Unternehmen bewusst werden, ob es Emissionsrechte kaufen muss, um bis zum Ende der Zuteilungsperiode 2006 ins Reine zu kommen. Experten gehen davon aus, dass Zertifikate je Tonne CO₂ fünf bis zehn Euro kosten werden. Für Emissionen ohne Zertifikat sind Strafzahlungen von 40 Euro je Tonne CO₂ vorgeschrieben. ■

*Thomas Schmalschlager
(info@energy-21.de) berät seit 2003
betroffene Unternehmen bei
der Umsetzung des Emissionshandels.*



Sparen oder untergehen

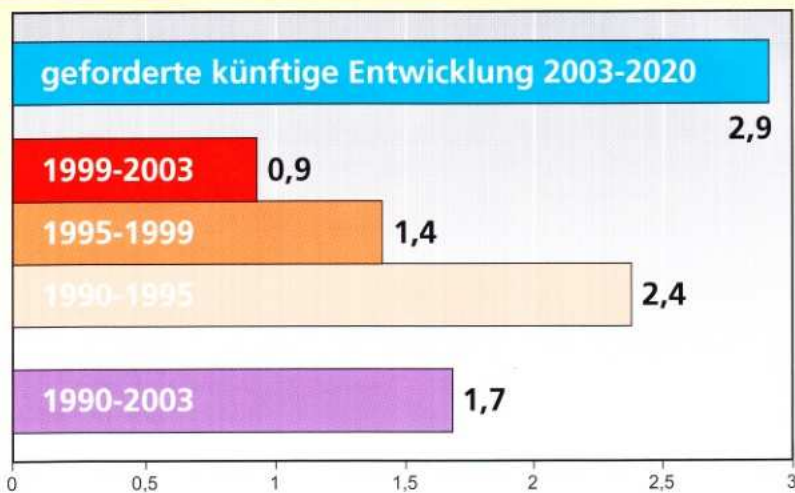
Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hält den Klimakollaps für unvermeidbar – wenn wir Energie nicht endlich intelligent nutzen.

Die deutschen Energiepolitiker führen eine gespenstische Debatte. Assistierte von Ökofunktionären und Energiemanagern, streiten sie fast täglich über die falschen Themen: über den Atomausstieg und über die Windenergie, über hiesige Steinkohle und über Erdgas aus Sibirien, über das Zeitalter des Wasserstoffs und über Sprit vom Acker, über alte und neue, vermeintlich gute und vermeintlich schlechte Energiequellen.

Welches Problem wollen die Energiepolitiker mit diesem Streit eigentlich lösen?

Wollten sie die Energieversorgung ernsthaft sicherer, wirtschaftlicher und umweltverträglicher gestalten, müssten sie mehr als über jedes andere Thema über Energieeffizienz streiten. Darüber, was zu tun oder zu lassen ist, um aus einer Kilowattstunde Strom, aus einem Liter Benzin, aus einem Kubikmeter Erdgas mehr herauszuholen: mehr Wärme, mehr Licht, mehr Bewegung. Nichts macht die Energieversorgung sicherer und umweltverträglicher. Doch ausgerechnet darüber streiten die Energiepolitiker kaum, in Deutschland

Energieproduktivität in % p.a. in Deutschland



Quelle: Wolfgang Stinglwagner, BMWA

ebenso wenig wie anderswo. Die einen sind auf ihre Windräder fixiert, die anderen auf ihre Atommeiler. Wer eine Lanze für effiziente Energienutzung bricht, gilt als Träumer.

OECD wird zum Effizienzapostel

Bisher. Denn nun hat sich der „Think Tank“ der Industrieländer, die OECD, zum Kreis der Effizienzapostel gesellt. Auch wenn all die aufs Energieangebot fixierten Politiker es nicht wahrhaben wollen: Laut dem gerade von der OECD vorgelegten „World Energy Outlook 2004“ sind es eben nicht vor allem neue Kernkraftwerke, nicht neue Öl- und Gasquellen, nicht allerlei regenerativ erzeugte Energien, mit deren Hilfe die globale Energieversorgung umweltverträglich gesichert werden könnte. Nötig sind vielmehr sparsamere Autos, weniger energiehungrige Häuser, intelligenter Elektromotoren sowie Stromfabriken, die einer Tonne Kohle mehr Elektrizität abtrotzen. Es sind die unscheinbaren technischen Lösungen, die täglichen Entscheidungen von Millionen Konsumenten, die vielen kleinen Schritte,

die allein das Zeug haben, ein Problem zu lösen, das immer bedrohlichere Ausmaße annimmt: das globale Energieproblem.

Sollte das etwa nicht möglich sein?

Doch. In Deutschland – und anderswo erst recht. Die hiesigen Verbraucher holen schon mehr aus einer Kilowattstunde heraus als die Energienutzer in nahezu allen anderen Ländern; diese können also von den Deutschen lernen. Gleichzeitig ist aber vielfach belegt, dass die Möglichkeiten, Energie besser auszunutzen, selbst hierzulande fast unbegrenzt sind. Es müsste sich nur jemand darum kümmern, zum Beispiel der zuständige Minister Wolfgang Clement. Der hat zwar gerade die Verbraucher ermahnt, Energie effizienter zu nutzen. Doch von den 21 Energiefachleuten seines Wirtschaftsministeriums sind wie viele für Effizienz zuständig? Gerade mal eins.

Von Fritz Vorholz, Wirtschaftsredakteur bei der Wochenzeitschrift „Die Zeit“. Auszüge aus einem in der Zeit Nr. 46/2004 erschienen Artikel, mit freundlicher Genehmigung.





Aktuelle Klimadaten

Referenzstation	November 2004		Dezember 2004		Januar 2005	
Mitteltemperatur in °C	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre
1 Hamburg	5,2	6,3	3,5	2,5	4	2,4
2 Garm.-Partenkirchen	2,3	3,7	-1,7	0,1	-1,9	-1,2
3 Ingolstadt	4	4,5	-0,3	0,5	0	-0,5
4 Mannheim	5,8	7,5	1,9	4	3,5	3
5 Potsdam	4,4	5,3	2	1,1	2,8	0,8
6 Stolberg	2,9	4,3	0	0,1	1,2	-0,1
7 Mülheim	5,3	7,7	2,2	3,9	3,9	3,7
8 Hammelburg	4,4	5,3	0	1,2	1,7	0,7
9 Hof	2,7	3,5	-1,6	-0,9	0	-1,7
10 Mainz	5,7	6,5	1,3	2,7	3,6	2,2
11 Wolfsburg	5,5	6,1	3,1	1,9	4,1	2
12 Chemnitz	3,7	5	0,9	0,8	1,8	0,2
13 Baltrum	7,3	7,1	4,1	3,7	5,2	3,3
14 Freiburg	6,1	7,3	2,1	4	3,8	3,1
15 Juliusruh	6	6,2	4,1	2,8	4,1	1,6
Durchschnitt	4,75	5,75	1,44	1,89	2,52	1,3



mc meteo control
Energie&WetterService

meteocontrol GmbH | Stadlagersstraße 11 | D-86152 Augsburg |

phone +49 (0) 821 / 34 666 - 0 e-mail info@meteocontrol.de
fax +49 (0) 821 / 34 666 - 11 web www.meteocontrol.de

Impressum Nr. 1 · 2005

Die **Energiedepesche**
erscheint einmal vierteljährlich.

Einzelheft:

4,00 Euro inkl. MWSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten: 18 Euro

Für Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e.V.,
Grabenstraße 17, 53619 Rheinbreitbach,
E-Mail: redaktion@energiedepesche.de,
Tel.: 0 22 24 / 92 27-0, Fax: 0 22 24 / 10 32 1,
www.energieverbraucher.de

Postgiro Köln, Kto 17573-508,
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss: 12. Februar 2005

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Matthias Corbach, Katja Hensel,
Aribert Peters, Werner Rathgeb, Gerd
Rentzmann, Thomas Schmalschlager,
Oliver Stens, Fritz Vorholz.

Die Beiträge liegen in der alleinigen
Verantwortung der Autoren.

Teilbeilage:

Verlag für Neue Wirtschaft, Bonn.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln,
E-Mail: designbluemling@yahoo.de

Anzeigenleitung:

Erwin Bidder,
Im Sand 56,
53619 Rheinbreitbach,
Tel.: 0 22 24 / 76 48 2,
E-Mail: Erwin.Bidder@t-online.de

Druck:

Krahe Druck GmbH,
53572 Unkel,
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
E-Mail: krahe@krahe-druck.de

Papier:

100% chlorfrei gebleicht,
ISSN 0933-8055,
Vertriebskz Z 2045 F

Nachdruck oder
Vervielfältigung,
auch auszugsweise,
nur mit ausdrücklicher
Genehmigung
des Herausgebers.



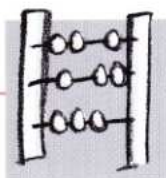
Wetterschaden?



Eine Auskunft klärt's.

Wetter'Service

gutachten@meteocontrol.de
www.meteocontrol.de



Nachhilfe-Set für Kommunen

Bares Geld wert fürs Gemeindesäckel sind die „Hinweise zum kommunalen Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages. Der Arbeitskreis „Energieeinsparung“ sammelt darin die wichtigsten Erkenntnisse aus der Praxis.

Der Arbeitskreis Energieeinsparung besteht aus Vertretern von etwa 30 deutschen Städten, die sich zum Teil seit über 25 Jahren mit dem Thema Energiesparen beschäftigen. Ihre Erfahrungen sammeln sie in den „Hinweisen zum kommunalen Energiemanagement“.

Darin greifen sie aktuelle Themen aus dem kommunalen Energiemanagement auf und stellen sie praxisnah, einfach und übersichtlich dar. Weil Energiekosten bis zu 30 Prozent der gesamten Betriebskosten eines Gebäudes ausmachen, lässt sich durch effizientes Energiemanagement ein enormes Kostenpotential erschließen. Der wirtschaftliche Ertrag ist dabei regelmäßig vier bis siebenmal so hoch wie der Aufwand.

Energiepreisvergleich 2004

Die aktuelle Ausgabe (14/04) Kommunalen Energie- und Wasserpreisvergleich vergleicht die Energiepreise von 25 großen deutschen Städten anhand eines typischen Verwaltungsgebäudes. Er zeigt, wie sich die Preise von Licht- und Kraftstrom, Erdgas, Fernwärme und Heizöl seit 1985 entwickelt haben und in welcher Spanne sie sich bewegen. Heute liegt der Strompreis bei circa 15 Cent/kWh, der Gaspreis

bei vier Cent/kWh (inklusive Abgaben und Mehrwertsteuer). Darüber hinaus listet die Ausgabe die Entwicklung der Frischwasser und Abwasserpreise auf. Für Energiebeauftragte ein idealer Anlass, die Preise der eigenen Stadt oder Gemeinde zu überprüfen.

Stromkosteneinsparung

Ausgabe 1 (12/96): Einsparung von Stromkosten im Gebäudebestand beginnt mit der regelmäßigen Energieverbraucherfassung von Gebäuden – Voraussetzung dafür, dass spätere Erfolge systematisch dargestellt und ausgewertet werden können. Hierzu dienen Kennwerte, wie zum Beispiel der Stromverbrauch pro Quadratmeter Nutzfläche und Jahr. Darüber hinaus gibt es auch Ansatzpunkte für günstigere Stromlieferverträge sowie zahlreiche Einzelmaßnahmen zum energiesparenden Betrieb von unterschiedlichen Stromverbrauchern.

Energiecontracting

Was ist, wenn externe Anbieter der Kommune Energiedienstleistungen anbieten und finanzieren? Ausgabe 2 (08/97), Energiecontracting für kommunale Liegenschaften, empfiehlt, Verträge mit Drit-

ten im Wettbewerb auszuschreiben und so zu gestalten, dass die Handlungsspielräume und Weiterentwicklung des Energiemanagements nicht behindert werden. Das Energiemanagement sollte als städtisches Steuerungssystem unbedingt in kommunaler Verwaltung verbleiben.

Rationelle Verwendung von Trinkwasser

Auch der Wasserverbrauch sollte systematisch erfasst und analysiert werden. So lassen sich in Einzelfällen enorme Kosten sparen, weil zum Beispiel Rohrbrüche rasch erkannt werden.

Ausgabe 3 (10/97), Rationelle Verwendung von Trinkwasser im Gebäudebestand, beschreibt Maßnahmen, die Gebäudenutzer oder Haustechnikern anwenden können oder bei Sanierungen sinnvoll sind.

Dazu gehört die Kennzeichnung von WC-Spartasten ebenso wie die Installation einer Regenwassersammlung zur Bewässerung von Sportstätten.

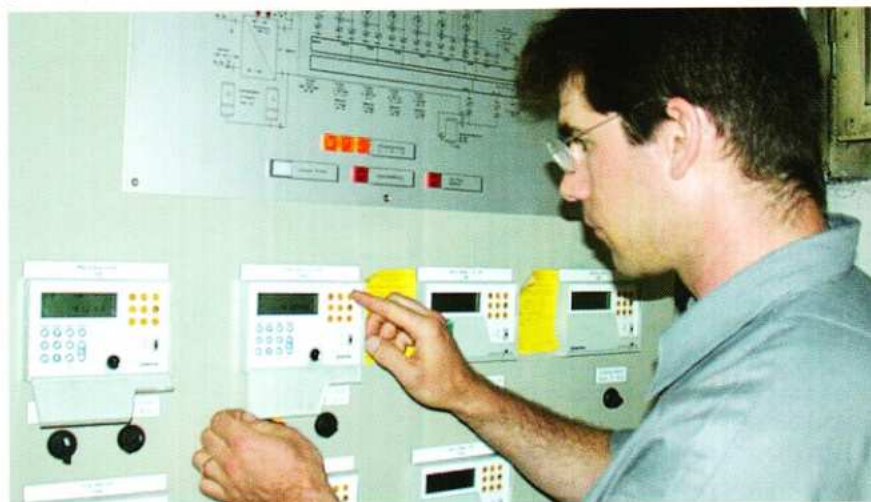
Kommunales Energiemanagement

Drei Grundsatzpapiere zeigen, wie das Energiemanagement in einer kommunalen Verwaltung funktioniert und welche Vorteile es bietet:

- Das Energiemanagement im Rahmen der kommunalen Gebäudewirtschaft – Ausgabe 4 (01/99)
- Umsetzung des kommunalen Energiemanagements – Ausgabe 5 (03/00)
- Organisation des kommunalen Energiemanagements – Ausgabe 6 (11/00)

Energiemanagement ist unverzichtbarer Bestandteil einer modernen, effizienten Gebäudewirtschaft. Es ergeben sich dabei folgende Aufgabenfelder:

- Energiecontrolling
- Betriebsoptimierung
- Energiediagnose und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen
- Mitwirkung bei Baumaßnahmen



Energiemanagement beginnt mit manuellen Aufzeichnungen

- Energieeinkauf, Bewirtschaftung und Vertragswesen
- Erarbeitung von Richtlinien und Standards
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Wie kann die Einrichtung oder Erweiterung des Energiemanagements in einer Kommune begründet werden? In welchen Verwaltungsbereichen sollte Einfluss genommen werden und wie? Weshalb sollte eine zentrale Stelle dafür zuständig sein? Wie viel Personal wird mit welcher Qualifikation benötigt? Diese wichtigen Fragen werden in den Grundsatzpapieren klar beantwortet. Auch Gesichtspunkte der Datenverarbeitung und des Klimaschutzes werden berücksichtigt.

Wärmeeinsparung, Raumtemperaturen und Beleuchtung

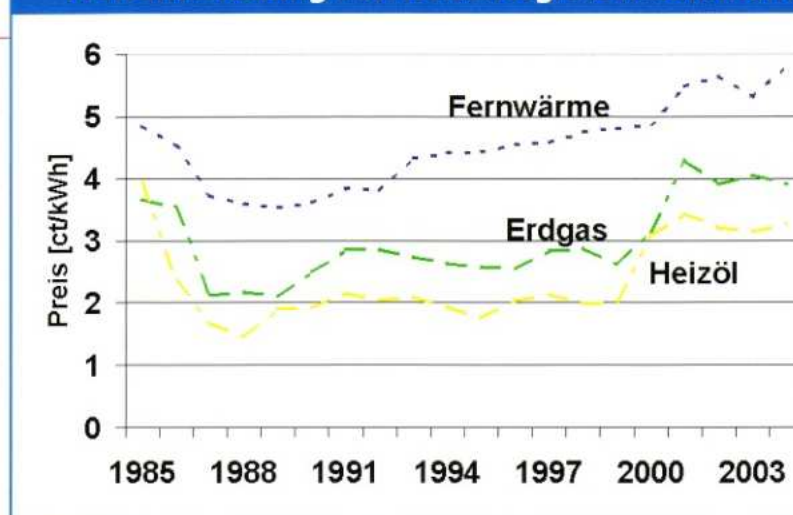
Ausgabe 7 (10/01), Wärmeeinsparung in kommunalen Liegenschaften, macht deutlich, dass die Dämmqualität der Gebäudehülle einen maßgeblichen Einfluss auf den Energieverbrauch hat. Wussten Sie, dass Stuttgart, Frankfurt und Ham-

Mitglieder des Deutschen Städtetags können die Hinweise zum kommunalen Energiemanagement nach Einloggen auf www.staedtetag.de im Extranet unter dem Stichwort „Energiemanagement“ finden. Nichtmitglieder erhalten auf Anfrage an birgit.puth@staedtetag.de die Hinweise-Reihe als PDF-Dateien (14 Ausgaben circa 4,5 MB) kostenlos zugesandt. Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher finden weitere Hinweise im Mitgliederbereich von www.energieverbraucher.de

burg seine neu gebauten Liegenschaften seit vielen Jahren besser isoliert als die gesetzliche Vorgabe es verlangen? Diesen Vorbildern ist nachzueifern. In Einzelfällen lohnen sich auch Investitionen in Energiesparmaßnahmen für Altbauten. Dabei müssen allerdings die Kosten für eine ohnehin anstehende Sanierung vorher abgezogen werden.

Ist es zu kalt oder zu dunkel? Ausgabe 8 (08/02), Raumtemperaturen und Innenraumbeleuchtung im Gebäudebestand, enthält die amtlichen Sollwerte, auf

Preisentwicklung von Heizenergie bei Kommunen



die der verzweifelte Hausmeister seine „Schützlinge“ hinweisen kann. Beispielsweise gelten Richtwerte von 300 Lux und 20 Grad für Büroräume. Eine Dienst- und Arbeitsanweisung legt darüber hinaus die Kompetenzen zur Überwachung und Optimierung fest.

Energieberichte

Ausgabe 9 (09/02) behandelt Energieberichte für kommunale Liegenschaften. Sie richten sich zunächst an die Entscheidungsträger aus Verwaltung und Politik. Mindestens alle zwei Jahre sollten Energieberichte Folgendes dokumentieren:

- Veränderungen bei Gebäuden oder Nutzung
- Verbrauchsentwicklung
- Kostenentwicklung
- Emissionen

Wünschenswert sind ferner die Darstellung der Preisentwicklung und Energiekennzahlen verschiedener Gebäudetypen sowie die Beschreibung besonderer Investitionen.

Energieleitlinien

Sie stellen ein umfassendes Regelwerk zur Planung, Betrieb und Zuständigkeit in Sachen Energiemanagement dar, das von der Verwaltungsspitze oder dem politischen Gremium beschlossen wird. Neben den allgemeinen Zielen enthält es konkrete Grundregeln für Wirtschaftlichkeitsberechnung, Baumaßnahmen, Heizanlagen, Elektroinstallation und Betrieb der technischen Einrichtungen. Wer hat wem gegenüber Weisungsrecht und wer muss frühzeitig in eine Planung einbezogen werden?

Diese Regelungen finden Sie hier, dazu werden die Details einer Musterleitlinie in den folgenden Ausgaben besprochen:

- Ausgabe 10 (04/03): Energieleitlinien – Planungsanweisungen
- Ausgabe 11 (05/03): Energieleitlinien – Betriebsanweisungen
- Ausgabe 12 (05/03): Energieleitlinien – Zuständigkeitsregelungen

Finanzierung von Energiesparmaßnahmen

In Kommunen sind größere Investitionen in wirtschaftliche Energiesparmaßnahmen aufgrund der Trennung von Vermögens- und Verwaltungshaushalt oft schwierig durchzusetzen. Ausgabe 13 (05/03): Bewertung verschiedener Finanzierungsformen für Energiesparmaßnahmen beschreibt daher die Möglichkeit der Eigenfinanzierung aus Einnahmen beziehungsweise Intracting (internes Budget, das sich aus Einsparungen refinanziert) sowie die der Fremdfinanzierung in Form von Contracting, Mietkauf, Leasing oder Miete. *Dipl.-Ing. Werner Rathgeb* ■

ALFA MIX

Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

WARMEWASSER
KALTWASSER

Netzkabel mit Steckernetzgerät

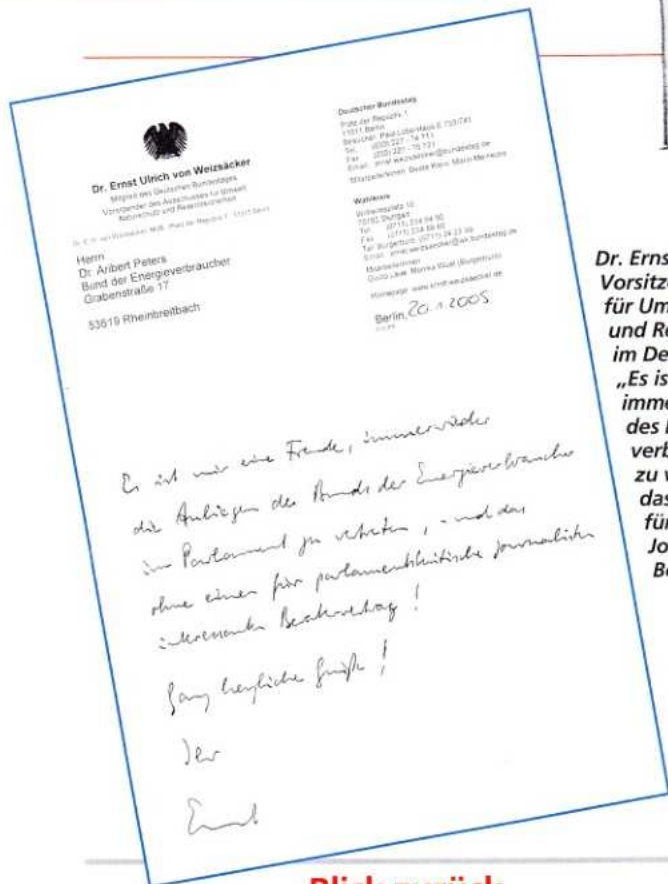
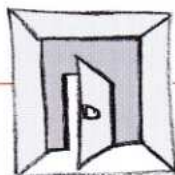
ALFA MIX ermöglicht die Einspeisung von Warmwasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Heizsystemen in die Waschmaschine. Ein 4-Personen-Haushalt kann dabei mehr als 300 kWh Strom im Jahr einsparen.

Umweltschonende Technik

OLFS & RINGEN

Richtweg 4 · 27412 Kirchtimke

T (0 42 89) 92 66 92 · F (0 42 89) 92 66 93
e-Mail: alfamix@nwn.de · www.olfs-ringen.de



Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker,
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
im Deutschen Bundestag:
„Es ist mir eine Freude,
immer wieder die Anliegen
des Bundes der Energie-
verbraucher im Parlament
zu vertreten, und
das auch ohne einen
für parlamentarische
Journalisten interessanten
Beratervertrag!“

Regionalgruppe Bremerhaven gegründet

Am 7. Dezember 2004 wurde in Bremerhaven eine Regionalgruppe des Bundes der Energieverbraucher gegründet. Zum Sprecher wurde Joachim Weihrauch gewählt.



Joachim Weihrauch, Sprecher der Regionalgruppe Bremerhaven, Tel: 0471-9712196

Blick zurück



Aus „Energiedepesche“
Nr. 1 / 1991, Seite 9

„Keinesfalls ist hinzunehmen, dass die örtlichen Gasunternehmen den Privathaushalten nun die Preise um 20 Prozent erhöhen. Denn die Einkaufspreise der Letztverreiber sind um circa 0,5 Pf/kWh erhöht worden und höchstens dies darf als Preiserhöhung weitergereicht werden. Das entspricht etwa zehn Prozent des Erdgas-Endverkaufspreises.“

Aus „Energiedepesche“ Nr. 1 / 1991, Seite 14

Kartellamt besucht Energieverbraucher

„Harald Piltz, für Gas zuständiger Regierungsdirektor im Bundeskartellamt (damals noch in Berlin), besuchte am 3. Dezember 1990 den Bund der Energieverbraucher in Rheinbreitbach. Anlass war die von unserem Verein angemahnte Senkung der Gaspreise. Piltz wies dabei auf die Bedeutung einer kritischen Öffentlichkeit sowie wachsender Verbraucherarbeit für marktgerechte

Die Anstecknadel „Bund der Energieverbraucher“ kann zum Preis von einem Euro beim Verein bestellt werden.



Da ich seit einigen Jahren Mitglied bin und mehr denn je von der Wichtigkeit Ihrer Arbeit überzeugt bin, möchte ich meinen Jahresbeitrag ab 2005 auf 100 Euro erhöhen. Weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Bodo Huchzermeyer,
Bad Oeynhausen

Hiermit erkläre ich meine Austritt aus dem Verein aus Protest gegen Ihre Gaspreis-Kampagne. Mit Ihrem Aufruf zur Kürzung der Gasrechnung treiben Sie die Kunden in eine Prozesskostenfalle. Es gibt seriösere Mittel, gegen Preiserhöhungen zu protestieren, die man für ungerechtfertigt hält. Ihre Kampagne hat Bild-Zeitungsniveau. B. K., Köthen

Index Energiedepesche

„Sehr häufig nutze ich die Energiedepesche als kompetente Fundgrube für Daten und Fakten bei Energiefragen. Auch für Vorträge und Manuskripte ist sie sehr nützlich. Allerdings ist es oft zeitaufwändig, bestimmte Informationen zu finden.“

Es wäre hilfreich, wenn die Energiedepesche mit einem Sachwortverzeichnis erschiene.

Christian Lehmann, 52428 Jülich

Ab sofort gibt es ein kostenloses Sachwortverzeichnis aller bisher 72 Hefte in 18 Jahrgängen der Energiedepesche zwischen 1987 und 2004 als Excel-Datei im Internet. Dort sind alle 2.121 Beiträge aufgeführt mit Titel, Schlagworten, Autor, Jahr, Heftnummer und Seite. Durch die Excel-Suchfunktion kann auch nach Autoren und Stichworten gesucht werden.

Die Datei steht im Mitgliederbereich von www.energieverbraucher.de zum kostenlosen Herunterladen bereit.

Auf Wunsch wird die Datei an Mitglieder auch auf Diskette versandt gegen eine Kostenpauschale von zehn Euro.



Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch durch Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung

Mo. 20.00 - 21.00	040 / 39 02 93 9	Michael Hell
Mi. 21.00 - 22.00	046 62 / 74 00	Günter Thomas

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser

Mo. 19.00 - 21.00	052 31 / 39 07 47	Klaus Michael
-------------------	-------------------	---------------

Schornsteinfragen

Fr. 09.00 - 10.00	0681 / 97 64 91 0	Hans-Joachim Ternig
-------------------	-------------------	---------------------

Flüssiggas - Technische Fragen

Do. 20.00 - 21.00	026 44 / 808 174	(nur für Mitglieder)
-------------------	------------------	----------------------

Rechtsberatung – direkt vom zugelassenen Anwalt

Tgl. 08.00 - 20.00	01908 / 7 32 41 29	1,86 Euro/Min.
--------------------	--------------------	----------------

Flüssiggas-Anwaltshotline

Mo 10.00 - 12.00	0900 / 123 33 80	1,86 Euro/Min.
Di - Fr 16.00 - 18.00		

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Name _____
 Straße _____
 Plz, Ort _____
 Telefon _____

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto _____ BLZ _____
 Kreditinstitut _____

Informationsgutschein

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,88 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> Schönauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> EnergieEinsparverordnung (sieben Euro) |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Solarschulen |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> EnWG (fünf Euro) | |

Energie-Einspar-Paket

Informationen zum Energiesparen:

Acht Ausgaben Energiedepesche + Schönauer Energiespartipps + aktuelle Liste sparsamer Hausgeräte

Alles zusammen für 18,50 Euro inklusive sieben Prozent Mehrwertsteuer.

Auf Wunsch dazu ohne Mehrpreis:

Abenteuer Energiesparen
 DVD oder VHS-Band

E-Mail

service@energieverbraucher.de

Internetadresse

www.energieverbraucher.de

Überprüfungsangebote

So helfen wir Ihnen:

Bitte gewünschte Überprüfung ankreuzen!

☐ Gas-Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie den Verlauf Ihres Gasverbrauchs laufend kontrollieren? Und wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurückbekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder fünf Euro Kostenbeitrag, für Nichtmitglieder 15 Euro.

☐ Heizkostenabrechnung

Jede zweite Heizkostenabrechnung ist fehlerhaft. Ist Ihre Abrechnung richtig? Unser Gutachten sagt es Ihnen. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro. Schicken Sie uns Ihre Heizkostenabrechnung, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, und gegebenenfalls einen Scheck über 50 Euro.

☐ Fernwärmeabrechnung

Ist Ihr Anschlusswert zu hoch und zahlen Sie deshalb zuviel für Fernwärme? Wir lassen Ihre Rechnung überprüfen. Nur für Mitglieder und Abonnenten. Wenn Sie mehr als 50 Euro jährlich einsparen können, wird für 25 Euro ein Gutachten erstellt, andernfalls entstehen Ihnen keine Kosten. Schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, Ihre letzte Fernwärmerechnung und einen Scheck über 25 Euro.

☐ Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag.

☐ Flüssiggas-Lieferverträge

Wollen Sie aus Ihrem langfristigen Liefervertrag heraus? Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro. Schicken Sie uns den ausgefüllten Coupon, eine Kopie Ihres Liefervertrags, eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas – und einen Scheck über 25 beziehungsweise 50 Euro.

☐ Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir rechnen Ihnen aus, wie viel Sie sparen können. Für Mitglieder einmal jährlich umsonst, Nichtmitglieder zehn Euro (bitte Verrechnungsscheck beifügen).

Nennen Sie uns Ihren letzten Stromverbrauch (letzte Jahresabrechnung, Kilowattstunden), die Höhe Ihrer letzten Stromjahresabrechnung, den Namen Ihres derzeitigen Versorgers und den Namen Ihres Stromnetzbetreibers.

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach, Fax 02 22 4 - 10 32 1



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energiediagnose von Wohngebäuden, die vor 1984 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro. Darüber hinaus gehende Kosten, mindestens 222 Euro, trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll ratsuchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Fax: 061 96 495 394, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/eb1-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 10000 • **10243 Berlin** SDU Architekten, Franco Dubbers, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Franz-Mehring-Platz 1, Tel.: 030/28099390 • **10829 Berlin (Schöneberg)** AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460 • **14195 Berlin** GMW Ing.-Büro, Dipl.-Ing. Harald Richter, Ladenberg Str. 20, Tel.: 030/841767-0 • **19069 Lübstorf** Rudi Peters, Am Hegehof 6 A, Tel.: 03867/530184

Leitzone 20000 • **20259 Hamburg** Thomas Nickel, Energieberatung, Fachingenieure Hochbau, Architektur, Bausanierung, Henriettenstr. 42, Tel.: 040/497645 • **22145 Braak/Hamburg** Ingenieurbüro für Energieberatung und Management, Andrea Wahl-Waldmann, Achterhoff 27, Tel.: 040/67589180 • **22147 Hamburg** sparWatt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • **22339 Hamburg** Ökoplant, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • **22765 Hamburg** H-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • **26123 Oldenburg** Planet-Planungsgruppe Energie und Technik, Donnerschweer Str. 89/91, Tel.: 0441/85051 • **26349 Jade** TARA Ing.-Büro, Susanne Korhammer, Sielstr. 5, Tel.: 04451/81331 • **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • **26419 Schortens** Michael Lange, Jeversche Str. 29, Tel.: 04461/986325 • **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, Tel.: 05181/280068 • **31860 Emmerthal** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Hohler Weg 8, Tel.: 05157/952220 • **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • **46147 Oberhausen** Die EnergieArchitekten, Dr.-Ing. Albert & Dipl.-Ing. Bush, Lützowstr. 85 a, Tel.: 0208/62562-12 und 040/3603144621 • **46244 Bottrop** Ecoteam GmbH, Auf der Kämpfe 8, Tel.: 02045/412880 • **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637

Leitzone 50000 • **51069 Köln** Ing.-Büro Wagner, Dipl.-Ing. Lothar Wagner, Schilfweg 2a, Tel.: 0221/6809774 • **51702 Bergneustadt** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/41119 • **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, Tel.: 0228/464219 • **53229 Bonn** Dipl.-Ing. Volker Butzbach, Ingenieurbüro für Energieberatung, Helene-Weber-Str. 42, Tel.: 0228/9768032 • **53489 Sinzig-Westum** Ingenieurbüro für Energie/Wärme Bauphysik, Dipl.-Ing. (FH) Holger Schomer, unabhängiger Energieberater, Krehelheimer Str. 16, Tel.: 02642/9046-60 • **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Bahnhofstr. 17, Tel.: 02664/990965 • **57572 Niederfischbach** Dipl.-Ing. Matthias Simon, Eicherweg 5, Tel.: 02734/571557 • **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821

Leitzone 60000 • **63924 Kleinherbach** ADS-Architekturbüro, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitzka, Im Schloßpark 6, Tel.: 09371/97950 • **65205 Wiesbaden** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Chattenstr. 6, Tel.: 06127/5406 • **65582 Diez** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Wilhelmstr. 25, Tel.: 06432/2095 • **65599 Dornburg** Harald Mohr, Akazienweg 7, Tel.: 06436/2357 • **66119 Saarbrücken** Energieberatung Wünsch, Dipl.-Ing. Peter Wünsch, Julius-Kiefer-Str. 130, Tel.: 0681/8390463 • **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996 • **67454 Haßloch** Dipl.-Ing. Christina Fraude, Gebäude-Energieberaterin, Neumühle, Tel.: 06324/925883 • **67677 Enkenbach** Ing.-Büro für energieeffiziente Gebäude, Dipl.-Ing. Peter Schaumlöffel, Auf dem Hahn 8, Tel.: 06303/800999 oder 800980

Leitzone 70000 • **70193 Stuttgart** Energiebüro Fröhner, Gaußstr. 39, Tel.: 0711/6363585 • **71207 Leonberg** BTB Jansky, Postfach 1716, Tel.: 07152/41058 • **72074 Tübingen** SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/8884118 • **73630 Remshalden** IFSEN Ltd., Innovative Ideen am Bau, Kerner Str. 2, Tel.: 07151/502562 • **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, Tel.: 0721/377896 • **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strahlervweg 117, Tel.: 0721/9415868 • **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • **78224 Singen** Ing.-Büro Rainer Behn, Görresstr. 20, Tel.: 07731/94033 • **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • **81375 München** Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • **82057 Icking** Archilex Ingenieur-Service, Dipl.-Ing. Andrea Huss, Irschenhauser Str. 10, Tel.: 08178/906388 • **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterswiesen 3, Tel.: 08152/7113 • **82282 Unterschweinsbach** Energieberatung Bramberger, Dipl.-Ing. (FH) Hubert Bramberger, Alpenstr. 19, Tel.: 08145/1813 • **84152 Mengkofen** W. Suttort, Steinbach 2, Tel.: 08774/1342 • **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • **86159 Augsburg** H.D. Pluszynski, Reisinger Str. 23, Tel.: 0821/576177 • **86356 Neusäß** Planungsbüro für Haustechnik + Bauphysik, Dipl.-Phys. Hans Strobel, Siemensstr. 4, Tel.: 0821/452312 • **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupfenthal 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • **91504 Ansbach** IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • **92224 Amberg** Planungs- und Ingenieurbüro, Dipl.-Ing. Josef Simon, Untere Angerstr. 6, Tel.: 09621/673932 • **95339 Wirsberg** Uwe Garz - Energieberatung, Cottenau 14, Tel.: 09227/9409624 • **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energient AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/50708450 • **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • **96479 Weitraumsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfänger, Gersbach 3, Tel.: 09561/420644 • **97225 Zelligen** H. Endrich, Billinghamer Str. 51, Tel.: 09364/9319 • **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469



Staatliche Zuschüsse für Energiesparen und Erneuerbare: Übersicht

(genaue Förderbedingungen beachten, ohne Gewähr)

	Zuschuss	Stromabnahme
Dämmung	Für Naturdämmstoffe: 30 bis 40 Euro pro m ³	
Fenstererneuerung	nein	
Heizungserneuerung	nein	
Pellet/Holzheizung	1.700 Euro*	
Sonnenwärme	110 Euro pro m ²	
Sonnenstrom	nein	54,53 Cent pro kWh
Blockheizkraftwerk	nein	5,5 Cent pro kWh

KfW-Darlehen

gilt für alle Maßnahmen,
über Hausbank beantragbar

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

- Gebäude vor 1979
- 1,45 Prozent effektiv
- 15 Prozent Schulderrlass bei umfangreichen Maßnahmen

Wohnraum Modernisieren

- bis 1,94 Prozent effektiv

Ökologisches Bauen

- bis 1,80 Prozent effektiv

Solarstrom erzeugen

- 3,99 Prozent effektiv

Zusätzliche Förderung gibt es oft auf Landesebene, von Kreisen, Gemeinden oder Versorgungsunternehmen.

Bitte nutzen Sie auch die Fördermittelrechner im Internet:

www.energieverbraucher.de/seite982.html

* zzgl. 1.500 Euro Landesförderung in NRW (Forstämter)

Literatur

Club Niederösterreich



ENERGIEVERSORGUNG AM
WENDEPUNKT – BEDROHTES KLIMA,
KNAPPHEITEN BEI ÖL UND GAS

8/9/2004

Gabriele Braband

**Strompreise zwischen
Privatautonomie
und staatlicher Kontrolle**

Verlag C.H. Beck, Schriftenreihe
Energie- und Infrastrukturrecht,
München 2003,
ISBN 3 406 51207 0.

Joachim Hamacher

**Monopolmissbrauch von
Elektrizitätsversorgungs-
unternehmen bei der
Gestaltung ihrer Sonder-
abnehmerpreise, Strom-
preishöhen und -struktur-
kontrolle durch Kartell-
behörden und Gerichte**

Nomos Verlagsgesellschaft 1999,
ISBN 3-7890-5943-9.

Veranstaltungen

Enercert 2005

*Internationale Konferenz
zum Gebäudeenergiepass*

**15. bis 16. März 2005
Frankfurt**

Tel: 030-72 61 656 46

Berliner Energietage

**2. bis 4. Mai 2005
Berlin**

Tel: 030-21 75 21 07

Inter-Solar 2005

**23. bis 25. Juni 2005
Freiburg**

Tel: 07231-585 98 0

Jürgen Schindler, Werner Zittel

**Energieversorgung am
Wendepunkt – Bedrohtes Klima,
Knappheiten bei Öl und Gas**

Club Niederösterreich, 8/9/2004.

120 Seiten, 6,54 Euro.

Tel: 0043-1 533 84 01.

Informationsbroschüre

**Energiekosten sparen – in die
Zukunft investieren durch ener-
gieeffiziente Bauweise bei Büro-,
Labor- und Industriegebäuden**

Erhältlich beim Amt für Umweltschutz
der Stadt Erlangen, Tel.: 09131-86 29 35.

**Die Termine für
2005 sind da:**

SolarSCHULE

des Bundes der Energieverbraucher e.V.
Koordination DGS-Landesgruppe Berlin

Einzelheiten im Internet unter
energieverbraucher.de/seite247.html



Der Verein für gerechte Energiepreise!



Der Bund der Energieverbraucher kämpft für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Energiezukunft.

Zu den Gründungsmitgliedern und Förderern zählen: Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Kurt Biedenkopf und Dr. Hermann Scheer. Hinter dem Verein steht die starke Gemeinschaft von über 8.000 Mitgliedern.

Jedes neue Mitglied stärkt den Verein und seinen Einfluss

Rufen Sie an und werden Sie Mitglied!

Hotline 0800-2333-800

www.energieverbraucher.de



**bund der
energie
verbraucher**

Grabenstr. 17 · 53619 Rheinbreitbach · Fon 02224.92 27 0 · Fax 02224.10 321 · info@energieverbraucher.de · energieverbraucher.de

www.intersolar.de



**Europas größte Fach-
messe für Solartechnik
23.– 25. Juni 2005
Freiburg im Breisgau**

mit 2. Europäischer
Solarthermie-Konferenz
estec (2005)

**inter
solar 2005**

INFO: Tel+49 (0)72 31 / 5 85 98-0
info@intersolar.de